Enough is enough!

Nr. 14
Juni/August 2001
5,- DM

Zeitung für antirassistische und antifaschistische Politik in Schleswig-Holstein und Hamburg

NPD
- Flugblattaktionen in Kiel
- »strategische« Offensive in Schleswig-Holstein

Regionen
- Neonaziszene in Greifswald
- »Der Sommer wird heiß«: Pinneberger Kameradschaft
- Der Club ist rosa (siehe Titelbild...)

Rassismus
- Grenzcamp in FFM

Abonniert die Enough is enough!

Die Enough im Vertrieb von rat · reihe antifaschistischer texte

Neuerscheinung

Nur ein Toter mehr...

Alltäglicher Rassismus in Deutschland und die Hetzjagd von Guben



ISBN 3-89771-806-5
176 Seiten · 10 € · 19,80 DM

Am 13. Februar 1999 wird Farid Guendoul im brandenburgischen Guben von einer Meute Neonazis in den Tod gehetzt.

Das Buch skizziert in Reportagen, Analysen und Interviews die Situation in Guben vor und nach der Tat. Es ist ein Resultat der mehr als zweijährigen Arbeit der AutorInnen, in der sie die überlebenden Opfer der Hetzjagd und die Familie und Freunde von Farid Guendoul unterstützten, den Prozess gegen die elf Täter verfolgten und sich immer wieder in die lokale Politik einmischten.

Was hier am Beispiel Gubens geschildert wird, steht stellvertretend für viele Städte in Deutschland, in denen eine rassistische Dominanzkultur nicht nur mordbereite Neonazis reproduziert, sondern vom Mainstream einer gesellschaftlichen Mitte getragen wird.

Antivisionen (Hg.)

Schicksal & Herrschaft

Materialien zur Kritik an der New-Age-Bewegung



Broschüre A4 · 80 Seiten
1 Ex. – 10 DM · 5 Ex. – 35 DM
10 Ex. – 60 DM · inkl. Porto

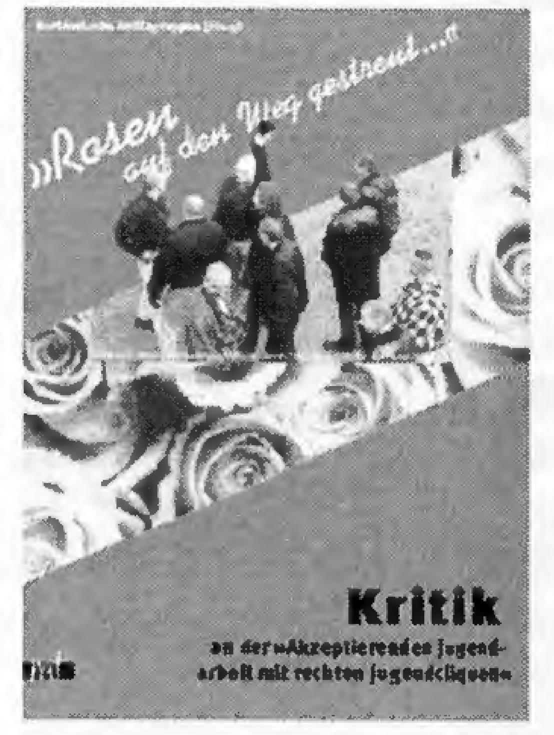
EsoterikerInnen sind keine harmlosen Spinner. Hinter dem alternativen Habitus verstecken sich autoritäre Gesellschaftsmodelle, kapitalistisch-patriarchal orientierte Strukturen, biologistische Geschlechtsrollen und Rassismen.
Die Broschüre stellt in einzelnen Kapiteln verschiedene Versatzstücke esoterischer Ideologien dar und kritisiert sie fundamental.

»Schicksal und Herrschaft heißt ein neuer lesenswerter Reader zum Thema New Age/Esoterik. ... es sei nur noch gesagt, daß eine umfangreiche Literaturliste zum Thema, unterteilt in Original und Kritik, diese – und auch das kann man erwähnen – ansprechend gestaltete Broschüre abschließt.«
ZAG

Norddeutsche Antifagruppen (HG.)

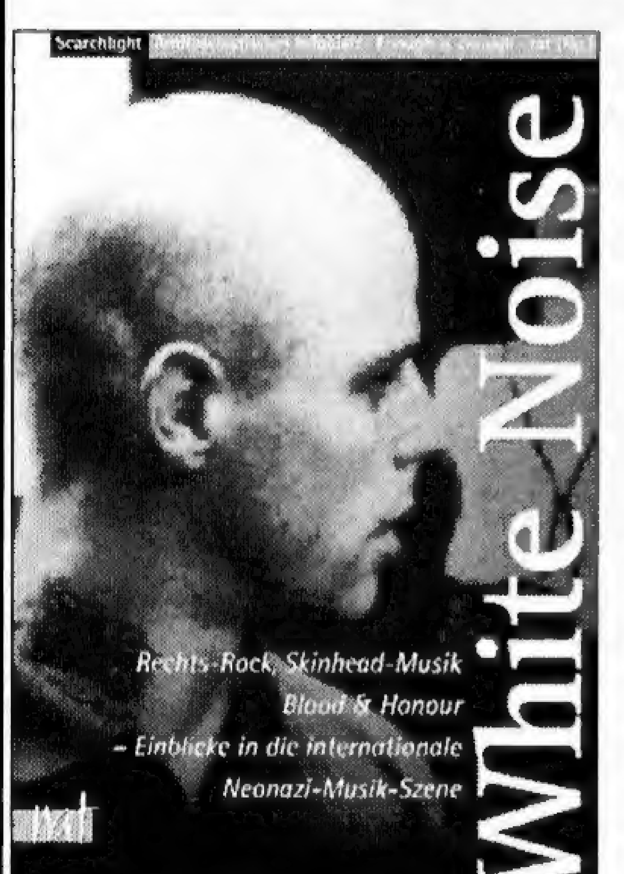
Rosen auf den Weg gestreut

Eine Kritik an der akzeptierenden Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen



4. Auflage 2000
48 Seiten A5
1 Ex. 5 DM/incl. Porto
10 Ex. 30 DM/incl. Porto

Anlaß für diese Broschüre sind die Erfahrungen, die insbesondere in ländlichen Gegenden mit der »akzeptierenden Jugendarbeit« gemacht werden. In den meisten Fällen führte diese Form der Jugendarbeit, die rechtsradikale Einstellungen bei Jugendlichen akzeptiert statt sie in Frage zu stellen und gegen sie zu intervenieren, zur Stärkung rechtsradikaler Strukturen und zur Verdrängung andersdenkender Jugendlicher. An Hand von konkreten Beispielen wird in der Broschüre der Bogen geschlagen zu einer grundsätzlichen Kritik an dem Heitmeierschen Ansatz zur Erklärung rechtsextremer Einstellungen bei Jugendlichen.



3. Auflage
ISBN 3-89771-807-3
176 Seiten
12,50 € · 24,80 DM

Searchlight · Antifaschistisches Infoblatt
Enough is enough · rat (Hg.)

White Noise

Rechts-Rock, Skinhead-Musik, Blood & Honour – Einblicke in die internationale Neonazi-Musik-Szene

»Angesichts der zunehmenden Bedeutung von Rechtsrock widmet sich der ›White Noise‹-Sammelband sowohl den geschichtlichen Entwicklungen von Nazi-Musik in den USA und England als auch den wichtigsten Akteuren in der bundesdeutschen und internationalen Rechtsrock-Szene.«
blick nach rechts 8/2000

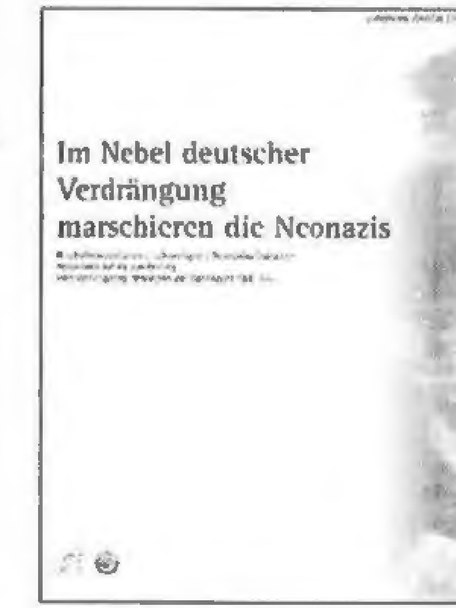
»...ein sehr gut recherchiertes Buch, dass trotz der Fülle an Fakten unterhaltsam zu lesen ist und in keinem antifaschistischen Bücherschrank fehlen sollte. Als Standardwerk für Lehrer und allen in der Jugendarbeit Tätigen nur zu empfehlen.«
antifaschistische Zeitung Berlin 3/2000

Autonome Antifas (HG.)

Im Nebel deutscher Verdrängung marschieren die Neonazis

Reaktionen auf die Ausstellung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944«

»Der Schwerpunkt des Heftes beschreibt die Organisierung militanter Neonazis gegen die Ausstellung. Die AutorInnen geben eine kurze Einführung in ihre Strukturen und zeigen die Entwicklung der für die Mobilisierung gegen die Wehrmachtsausstellung so wichtigen ›Freien Nationalisten‹ auf.«
analyse und kritik (ak)



Broschüre A5 · 2. Auflage · 16 Seiten
1 Ex. – 3 DM · 5 Ex. – 5 DM · inkl. Porto

So gehts:

Ich abonniere ab der nächsten Ausgabe ENOUGH IS ENOUGH für 4 Ausgaben und lege diesem Coupon 25 DM bei. Wenn ich 8 Ausgaben für 50 DM abonniere, erhalte ich eine Broschüre meiner Wahl gratis dazu.

Meine Adresse
Name
Straße
PLZ
Wohnort

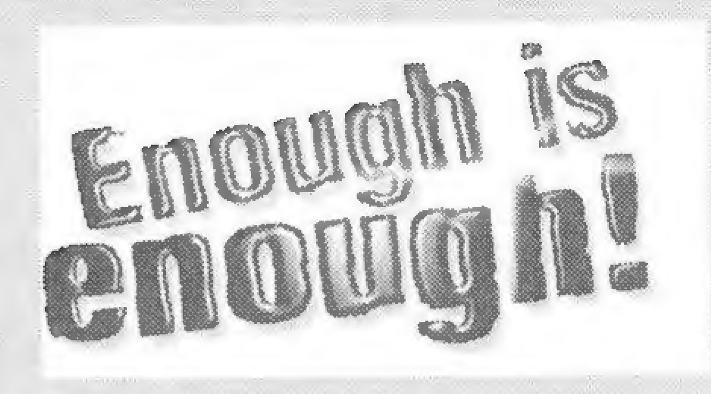
( ) ENOUGH IS ENOUGH-Abo 4 Ausgaben 25 DM ab Nr. ( )
( ) ENOUGH IS ENOUGH-Abo 8 Ausgaben 50 DM ab Nr. ( )
( ) Gratis-Broschüre meiner Wahl ( ) Schicksal und Herrschaft ( ) Rosen ... ( ) im Nebel...
( ) neben dem Abo bestelle ich folgende Bücher ebenfalls gegen Vorkasse
( ) White Noise 3. Auflage ( ) Nur ein Toter mehr
( ) Broschüren ( ) Schicksal und Herrschaft ( ) Rosen ... ( ) im Nebel...

Ich habe der Sendung ( ) DM in Scheinen oder/und Briefmarken beigelegt

reihe antifaschistischer texte · c/o Schwarzmarkt · Kleiner Schäferkamp 46 · 20357 Hamburg

Inhalt:





Zeitung für antirassistische und antifaschistische Politik in Schleswig-Holstein und Hamburg

Herausgeber:
Enough is Enough
Redaktionskollektiv Kiel,
Redaktionskollektiv Lübeck

Redaktion
c/o Initiativenzentrum
Schweffelstraße 6
24118 Kiel

Abo und Vertrieb:
RAT
reihe antifaschistische texte
c/o Schwarzmarkt
Kleiner Schäferkamp 46
20357 Hamburg

Auflage: 1000

Erscheinungsweise:
4 mal pro Jahr

Abo:
25,- DM für 4 Ausgaben
Lieferung nur gegen
Vorkasse möglich

Einzelbestellungen:
5 DM plus Porto

Bankverbindung:
A. Hoffmann
Kto.: 408352 201
Postbank Hamburg
BLZ 200 100 20
Stichwort Enough

V.i.S.d.P.: A. Hoffmann

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

unser Titelbild kann leider nur eine Idee dessen vermitteln, was kürzlich den Neumünsteraner Neonazis vom Club 88 begegnete, als sie zu ihrem geliebten Club 88 zurückkehrten. Da waren sie losgefahren, um in Oldenburg ihre widerliche Propaganda zu verbreiten, und fanden plötzlich ihren Treffpunkt mit rosa Farbe, zwei aufgeklebten Schweinen und einem Scheißehaufen verziert. Leider können wir uns Vierfarbdruck nicht leisten - es wäre das Geld wert. Die Farbe liefern wir daher auf dem Titelbild, das dazugehörige Foto nebenstehend. Auch wenn sich die „Heil Hitler"-Clubmitglieder bemühten, die Fassade noch am selben Tag erneut schwarz zu übertünchen bleibt ein kleines Andenken bis heute zurück. Der in weißer Farbe auf schwarzem Hintergrund über der Türe prangende Schriftzug „Club 88" schimmert trotz Neuanstriches des Rests freundlich rosa dem Betrachter entgegen und erinnert so stets daran, dass „national befreite Zonen" nur ent- und bestehen, wenn der antifaschistische Widerstand ausbleibt. Das Beispiel zeigt, Neonazis sind angreifbar zu jedem Zeitpunkt mit vielerlei Mitteln. Die Aktion macht deutlich, dass die Macht der Nazis bereits vor ihrer Haustüre endet, wenn beherzte AntifaschistInnen die Initiative ergreifen.

Nazistische Aufmärsche finden nach wie vor praktisch jede Woche, mitunter sogar mehrere am gleichen Tag in verschiedenen Städten statt. Die Parolen der jeweiligen Verantwortlichen, Bundes- und Landesregierungen, Lokalpolitiker, Innenministerien oder Verwaltungsbehörden, es müsse „dagegen" etwas getan werden, die Absichtsbekundungen und die Verbotsinitiative gegen die NPD haben nicht dazu geführt, dass diese Demonstrationen und Kundgebungen eingeschränkt oder untersagt wurden. Unter der ewig gleichen Beteuerung - solange die NPD nicht verboten sei fordere es unsere demokratische Grundordnung auch die freie Meinungsäußerung von Nazis zu schützen - wird den Nazis der Weg von Polizeihundertschaften freigeräumt, werden AntifaschistInnen kriminalisiert und „vorsorglich" In-Gewahrsam-genommen. Im Zweifel wird die Schuld an der Situation dem Bundesverfassungsgericht zugeschoben, das in aller Regelmäßigkeit die meist schwachen Verbotsverfügungen der Städte gegen Nazidemonstrationen aufhebt. Dabei muß deutlich gesagt werden: die Verfassungsgerichtsurteile ergeben keineswegs, daß die Nazidemonstrationen unter Einschränkung der Rechte der demonstrierenden durchgesetzt werden müssen.

Hintergrund der Haltung ist die zutiefst verinnerlichte Überzeugung, dass die eigentliche Gefahr von „Links" kommt. Antifaschismus ist auch für Politiker der Grünen oder der SPD nach wie ein „linksradikaler Kampfbegriff – antifaschistische Demonstrationen oder Aktionen gar die Domäne von „gewaltbereiten Autonomen. Diesen Kräften jedoch soll keine Legitimation gegeben werden – lieber werden Wochenende für Wochenende Hunderte von Polizeibeamten dafür eingesetzt, die Verbreitung von Nazipropaganda zu ermöglichen; gleichzeitig wird Tausenden von AntifaschistInnen das Recht auf Demonstrationsfreiheit und freie Meinungsäußerung genommen.

An die Adresse derjenigen die - wohl in der Hoffnung auf die Resultate der angekündigten offiziellen Aktivitäten und Verbotsanträge - meinen, die Versuche nazistische Aktivitäten direkt und praktisch zu behindern und einzuschränken seien der falsche Weg, da sie gegen „demokratische Grundregeln" verstießen sei das Folgende gerichtet: wer die Entwicklung seit dem letzten Sommer beobachtet hat, mußte feststellen, dass die gesamte hektische Betriebsamkeit der Politik zu keinerlei Einschränkungen der Handlungsspielräume der Neonazis geführt hat. In ihren Aktivitäten und ihrer Wirkung gehindert wurden NPD und „Freie Nationalisten" ausschließlich dort, wo ihnen der Raum faktisch genommen wurde.

Auch die Erwartung der einschneidenden Wirkung eines NPD-Verbotes ist trügerisch. Die Verbotsanträge tragen den Kern ihrer Wirkungslosigkeit als Begründungsschwerpunkt in sich: weil die eigene Untätigkeit in den vergangenen Jahrzehnten nicht zugegeben werden darf, wird unisono erklärt, erst unter dem Einfluß der „Freien Nationalisten" habe sich die NPD in den letzten Jahren so verändert, dass sie nun verboten werden müsse – ein Schlag ins Gesicht aller AntifaschistInnen, die seit Jahrzehnten mit guten Gründen ein wirkungsvolles Verbot aller nazistischer Organisationen fordern. Gleichzeitig wird aber durch die aktuelle Politik deutlich gemacht, dass gar niemand daran denkt, die Aktivitäten dieser als das Hauptübel herausgearbeiteten „Freien Nationalisten" zu behindern. Christian Worch und seine Kameraden werden ja genauso „geschützt" wie die NPD. Die klar erkennbaren Organisationsstrukturen dieser Gruppierung, die ein Organisationsverbot nach dem anderen unbeeindruckt überstanden haben, da sie immer über den formalen Organisationsstrukturen standen, werden schlicht geleugnet; da nicht zugegeben werden kann, dass diese Strukturen willentlich oder fahrlässig geduldet wurden, werden sie geleugnet. Damit wird jedoch nicht nur ein Verbot der NPD - juristisch wie politisch – fragwürdig; faktisch werden im Verbotsfall die NPD-Mitglieder direkt in die Struktur der „Freien Nationalisten" gedrängt. Die NPD mag das zwar immer noch schwächen,

denn viele alte und um Seriosität bangende Mitglieder werden von Worch und seinen Kameraden Abstand halten; für den momentan eigentlich notwendigen politischen Kampf gegen erstarkenden Rassismus, Antisemitismus und Nationalismus in der gesamten Gesellschaft wird diese Entwicklung jedoch unter Umständen zur Falle. Wenn nicht das Bundesverfassungsgericht unter diesen Voraussetzungen gar ein NPD-Verbot im Hinblick auf mögliche, weniger einschneidende rechtliche Schritte gegen die „Freien Nationalisten" in- und außerhalb der NPD ablehnt.

Ein Blick in den Hamburger Wahlkampf zeigt, daß auch rechter Populismus in Deutschland ein enormes Potential hat und in der Lage ist, einen weiteren einschneidenden Rechtsruck der etablierten Parteien zu bewirken. Die maßgeblich durch den als „Richter Gnadenlos" bekanntgewordene Ronald Schill formierte Wahlliste „PRO" kann sich bereits vor dem Wahltag auf die Brust klopfen: unter dem Druck der durch sie teilweise initiierten Stimmung haben die Hamburger SPD und Grünen inzwischen einschneidende Veränderungen an ihrer Innenpolitik vorgenommen. Der Einsatz von Brechmittel gegen vermeintliche Dealer, die Ausdehnung von Videobeobachtung öffentlicher Räume etc. sind beschlossen. Das Beispiel Italien zeigt nachdrücklich, daß rechtspopulistische Thesen unter bestimmten Umständen sogar Wahlmehrheiten beschaffen können. Obwohl schon einmal mit dem Versuch Italien regieren gescheitert, trotz seiner offensichtlichen Verstrickungen in organisierte Kriminalität und seiner Allianzen mit Faschisten hat Silvio Berlusconi erneut die Mehrheit der italienischen WählerInnen auf die Seite seiner Wahlallianz gezogen.

Um besondere Beachtung bitten wir für die Aktivitäten im Rahmen des Aktionssommers gegen den Club 88 in Neumünster. Aktivitäten und Veranstaltungen werden breit angekündigt, beachtet also bitte die einzelnen Flugblätter, Plakate und Ankündigungen. Besondere Beachtung sollte das Konzert direkt am Club 88, auf dem gegenüberliegenden Schulhof, finden, das am 21.7.01 ganztägig bis 22 Uhr stattfindet. Ganz unmittelbar, direkt und spürbar wird der Club 88 hier mit lebendiger antifaschistischer Musik und Kultur konfrontiert werden.



Dem Club auf die Pelle rücken...

Aktionssommer gegen den Nazi-Club

Nach Monaten der relativen Ruhe startet das Bündnis gegen rechts Neumünster nun in Zusammenarbeit mit anderen Gruppen einen Aktionssommer gegen den Nazi-Treffpunkt Club 88. Ein Ziel ist es, in der Öffentlichkeit das Bewusstsein über die fortdauernde Existenz des Nazi-Clubs und seiner Bedeutung für die norddeutsche Neonazi-Szene zu fördern; ein anderes Ziel besteht darin, den Nazis die Möglichkeiten ihres Treffs etwas weniger angenehm und selbstverständlich zu machen.

Seitdem Ende Oktober 2000 das Oberverwaltungsgericht Schleswig die von der Stadtverwaltung im August verfügte Schließung des Nazi-Treffs aufgehoben hat, läuft der Betrieb dort weitgehend ungestört und die antifaschistischen Aktivitäten haben an Dynamik zunächst verloren. Neumünsters Oberbürgermeister Unterlehberg (SPD) bedauerte damals zwar die Entscheidung des Gerichts, kommentierte aber auch: „Diese Auseinandersetzung gehört auf die politische Bühne." Davon ist freilich inzwischen nicht mehr viel zu sehen. Dass für die Stadtoberen das Thema Club 88 kein Thema mehr ist, wurde bereits auf einer Sondersitzung der Ratsversammlung deutlich, die im Januar in der Grund- und Hauptschule Gadeland (gegenüber vom Club 88) stattfand. Die dort verabschiedete Resolution enthält nicht eine konkrete Aussage zum Club 88, sondern verbleibt bei allgemeinen Absichtserklärungen. Inzwischen ist auch bekannt geworden, dass die Stadt das Hauptsacheverfahren vor dem Verwaltungsgericht zur Schließung des Nazi-Treffs nicht weiter betreiben wird. Zugleich startete Unterlehberg gemeinsam mit dem Chef des Unternehmerverbandes Mittelholstein Ulrich Wachholtz (ihm gehörte bis vor kurzem auch die örtliche Tageszeitung Holsteinischer Courier) polemische Angriffe gegen den IG-Metaller Peter Seeger und Angelika Beer (Bundestagsabgeordnete der GRÜNEN). Beide hatten sich wiederholt öffentlich gegen die zunehmenden Nazi-Aktivitäten engagiert. Nun wurde ihnen vorgeworfen, „sich sichtbar die Hände an diesem Feuerchen (zu) wärmen, wenn sie denn Gegenklamauk medienwirksam organisieren". Nun gibt es von unabhängigen Antifa-Gruppen berechtigte Kritik am Auftreten Beers, dennoch nimmt die Polemik von Unterlehberg und Wachholtz eine

Der Aktionssommer kostet Geld. Spenden sind dringend erwünscht !!
VVN-Bündnis gegen rechts
Stadtsparkasse Neumünster
(BLZ 212 50 000)
Konto-Nummer 78794



auch in Neumünster anzutreffende Stimmung auf, nach der es vor allem die Aktionen gegen den Nazi-Treff sind, die Unruhe in die Stadt bringen. Zudem zielt die Äußerung auf alle, die sich auch in Zukunft offensiv gegen die Nazi-Aktivitäten in der Stadt engagieren wollen und sich nicht mit den wohlfeil klingenden, aber wirkungslosen Resolutionen der Ratsversammlung begnügen wollen.

Inzwischen ist auch eine Ende November von der Stadt Neumünster u.a. in der Wochenzeitung Die Zeit ausgeschriebene Stelle „zur Umsetzung eines Modellvorhabens der Straßensozialarbeit mit gewalttätigen und gewaltbereiten Jugendlichen sowie für eine aufsuchende Arbeit mit szenenahen rechten Jugendlichen" besetzt worden. Als die entsprechende Absicht im Herbst 2000 bekannt geworden war, hatte das Bündnis gegen rechts Neumünster sich sehr kritisch zu diesem Vorhaben geäußert und davor gewarnt, dass die geplante „akzeptierende Jugendarbeit" nicht von den Neonazis instrumentalisiert werden dürfe. Die kürzlich eingestellte Sozialpädagogin verfügt über keine Erfahrungen mit dieser Art von Tätigkeit; ein tragfähiges Konzept, das sich zum Beispiel mit den Mechanismen der Funktionalisierung oder dem Unterlaufen durch die neonazistische Szene auseinandersetzt, ist bisher ebenfalls nicht bekanntgeworden. Für das auf drei Jahre angelegte Projekt sind Kosten von 440.000 DM veranschlagt.

Nazi-Schläger verurteilt

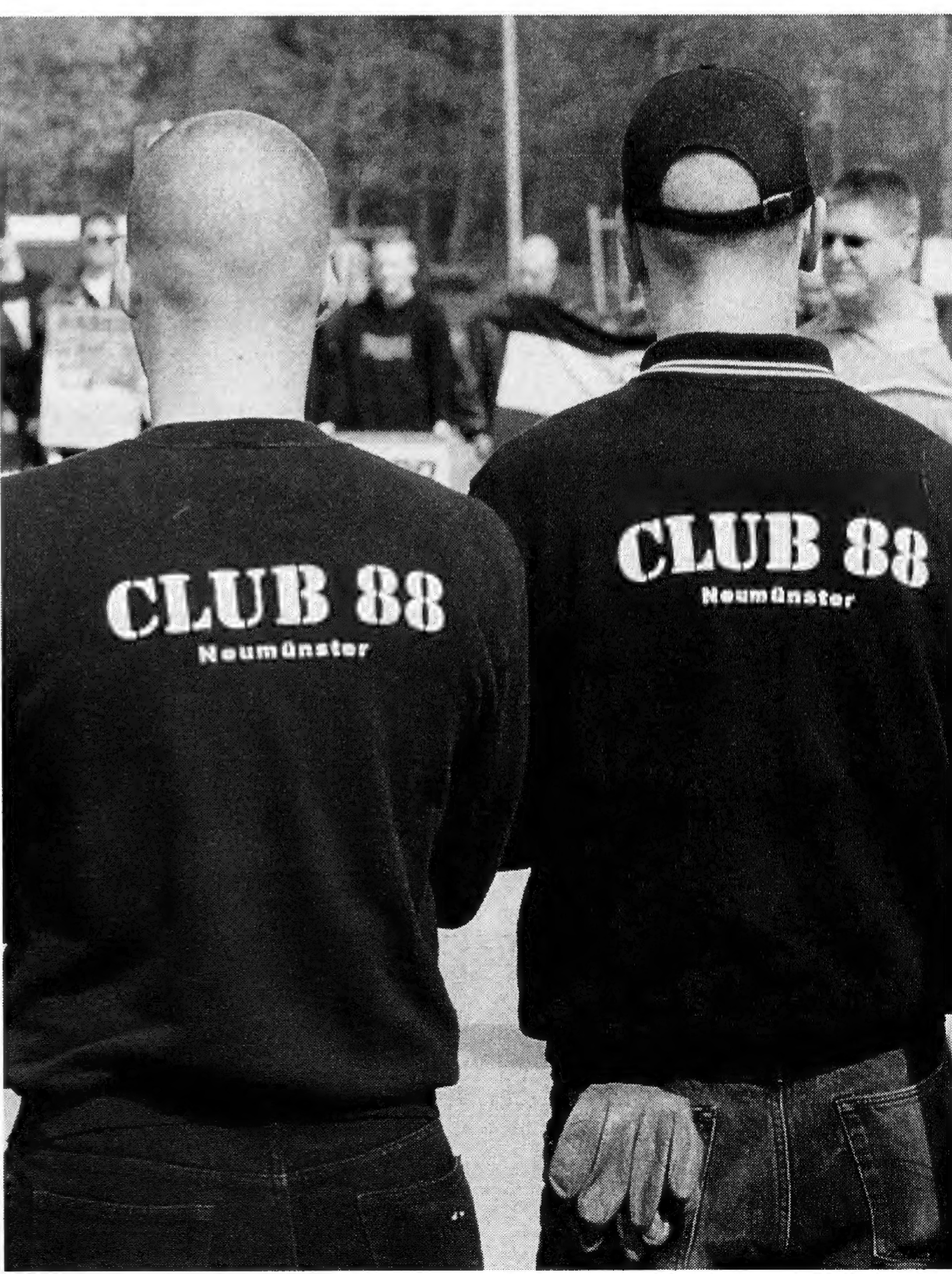
Während die antifaschistischen Aktivitäten vor allem als Veranstaltungen fortgesetzt wurden, verbreiten Neonazis auf den Strassen Neumünsters Terror. Insbesondere Ende November, Anfang Dezember 2000 kommt es zu mehreren brutalen Übergriffen auf Antifaschisten bzw. MigrantInnen. Am 24.11.2000 wurde ein junger Mann zusammengeschlagen, der sich geweigert hatte, den Nazi-Gruß zu erwidern. Eine Woche später wurden zwei Männer von Neonazis brutal zusammengeschlagen – die Polizei verschwieg dies tagelang der Presse. In den Tagen darauf kam es zu weiteren neonazistischen Gewalttaten, so z.B. als eine Gruppe von Neonazis auf das Auto einer Gruppe junger Türken mit Stangen einschlug. Bei mehreren Veranstaltungen, bei denen über die Neonazi-Szene informiert oder über Gegenaktivitäten diskutiert wurde, tauchten Neonazis auf und begehrten – unter dem Vorwand, dass nicht über sie, sondern mit ihnen zu diskutieren sei – Einlass. Ziel solcher Aktionen ist die Erzeugung eines Klimas der Angst und Einschüchterung.



Der „Club Heil Hitler" in Neumünster: Fester Teil der Nazi-Infrastruktur in Schleswig-Holstein

Welches Gewaltpotenzial sich in Neumünster einfindet, haben kürzlich einige Verurteilungen von Neonazis beeindruckend bestätigt. Anfang Dezember verurteilte das Amtsgericht Neumünster Mike H. (28) zu vier Monaten Haft ohne Bewährung, weil dieser am Morgen des 12. Oktober 1999 einen 17-jährigen Schüler, der einen Che Guevara-Aufnäher an seiner Jacke trug, zusammengeschlagen hatte. Mitte April verhandelte das Amtsgericht Neumünster gegen Martin Engeburg aus dem Umfeld des Club 88 – wegen mehrerer Fälle von gefährlicherer Körperverletzung, Widerstand gegen Polizisten, Volksverhetzung usw. Engeburg wurde u.a. für seine Beteiligung an dem Überfall auf einen Chinesen, den der Club-88-Besucher Rene Schiffner in seiner Aussage diffamierend als „Fidschi" bezeichnete, zu zwei Jahren Jugendgefängnis auf Bewährung verurteilt. Ob Engeburg, wie im Prozeß verlautbart, aus der Szene aussteigen will, bleibt abzuwarten.

Ende April 2001 wurde Patrick



„Club Heil Hitler"-Merchandising

Aktionssommer gegen den Nazi-Club

(vorläufiges Programm - bitte aktuelle Ankündigungen beachten)

7. Juli 2001
ab 18.00 Uhr
Links-Ruck
Politische Kundgebung
Kummerfelder Strasse

21. Juli 2001
ab 17.00 Uhr
Konzertgruppe Schleswig-Holstein, Avanti - Projekt undogmatische Linke
Konzert auf dem Schulhof der Grund- und Hauptschule Gadeland

1. August 2001
16.00 Uhr
Salzauer Orchesterakademie des Schleswig-Holstein Musikfestivals
Öffentliche Orchesterprobe in der Grund- und Hauptschule Gadeland

8. September 2001
ab 14.00 Uhr
Aktion Jugendzentrum
Perfomance und Breakdance vor dem Rassistenclub

Thiele vom Amtsgericht Neumünster wegen gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung, Verstoß gegen das Versammlungsgesetz und Landfriedensbruch zu einer Jugendstrafe von 18 Monaten verurteilt, die auf Bewährung ausgesetzt wurde. Thiele war an dem Überfall auf einen Chinesen im Dezember beteiligt und wurde von der Polizei festgenommen, als er sich mit einem beidseitig geschliffenen Kampfmesser an einer Antifa-Demo in Kiel „beteiligen" wollte. Hinzu kam ein Landfriedensbruch, bei dem Thiele im Sommer 2000 mit anderen zusammen versucht hatte, das Stadion des VfR Neumünster zu stürmen, in dem sich St. Pauli-Fans aufhielten.

Auch wenn ein Teil der vor Gericht verhandelten Gewaltexzesse in den einzelnen Personen liegende Ursachen haben, so muss doch immer wieder daran erinnert werden, dass Ideologie und Weltanschauung der extremen Rechten Gewalt als ordnendes Prinzip und Kampf als praktische Lebenform betonen. Gewalt ist der Dreh- und Angelpunkt, um den herum sowohl abstrakt-weltanschaulich (Sozialdarwinismus, Rassismus) als auch konkret (Politikform, Strategie, Taktik, Feindbilder) gedacht wird.

Den Aktionssommer unterstützen

Die Neonazis heben die Bedeutung des Club Heil Hitler immer wieder hervor; auf einer Internet-Seite heisst es beispielsweise „Seit 1996 hat sich unser CLUB 88 als Treff- und Koordinierungspunkt Gleichgesinnter beliebt gemacht. Somit ist der CLUB 88 die \`älteste\` öffentliche Kneipe der nationalen Szene." Die bedeutende Funktion wurde erneut Anfang April unter Beweis gestellt. Nachdem die Polizei in Kiel eine Nazi-Musik-Veranstaltung unterbunden hatte, fuhren etwa 60 Nazis direkt zum Club 88 nach Neumünster-Gadeland.

Gegen antifaschistische Aktionen direkt vor/gegen ihren Treff reagieren die Neonazis weiterhin allergisch. So etwa im März 2001: Am Internationalen Tag gegen Rassismus hatten die Gewerkschaften und der Verein für Toleranz und Zivilcourage zu antifaschistischen Kundgebungen in der Stadt und vor dem Nazi-Treff aufgerufen. Die Neonazis reagierten darauf mit einem kurzfristig angemeldeten Aufmarsch durch Neumünster; auch bei dieser Gelegenheit verzichtete die Stadt darauf, unter Verweis auf den international beachteten Antirassismus-Tag eine ernstzunehmende Verbotsverfügung zu erlassen. Erneut setzte die Polizei die Neonazi-Aktion, zu der etwa hundert Angehörige der NPD und der „Freien Kameradschaften" aus ganz Norddeutschland angereist waren, gegen antifaschistische Proteste durch. An den Blockadeaktionen und den Protesten an der Aufmarschroute der Neonazis beteiligten sich vor allem SchülerInnen aus Neumünster. Bei der Zwischenkundgebung flogen den Neonazis immer wieder harte Eisbrocken aus der Dunkelheit um die Ohren.

Nun hat das Bündnis gegen Rechts Neumünster erneut die Initiative ergriffen, um die Aktivitäten gegen den Nazi-Treff zusammenzuführen und zu verstärken. Am 28. April wurden erneut rund 12.000 Flugblätter in Neumünster und Umgebung verteilt, weitere 3.000 beim 1. Mai und beim Festival der Kulturen. Der mit dieser Flugblattaktion eingeläutete Aktionssommer verfolgt folgende Ziele:

Die BetreiberInnen und NutzerInnen des Nazi-Treffs müssen sich in ihrem Tun beobachtet werden. Durch regelmäßige Aktionen und Präsenz von AntifaschistInnen geht den Nazis das Flair einer „national befreiten Zone" verloren, die der Club 88 momentan darstellt. MitläuferInnen sollen vom Besuch des Nazi-Treffs abgehalten werden.

Die Aktionen sollen verdeutlichen, dass es weiterhin dringend notwendig und sinnvoll ist, sich aktiv gegen die neonazistischen Aktivitäten zu engagieren.

Ein breites Angebot von Veranstaltungen ermöglicht die Beteiligung und Unterstützung durch eine Vielzahl von Menschen.

Neben diesen offiziellen Programmpunkten kann es noch weitere spontane Aktivitäten geben. Ein schönes Beispiel, das bundesweit Zustimmung fand, war die Aktion Ende Mai, als der Club 88 von AntifaschistInnen rosa angestrichen und mit braunen Schweinen verziert wurde. Nun geht es darum, dem antifaschistischen Aktionssommer – der bevorstehenden Etappe im Kampf um die Schließung des Nazi-Treffs in Neumünster und gegen die Aktivitäten dieser Szene in Schleswig-Holstein – rege Beteiligung und Nachdruck zu verschaffen. Zu einer Beteiligung sind alle AntifaschistInnen aufgerufen.

VF

Strategiepapier der neuen NPD-Landesführung Schleswig-Holstein

Den selbsternannten „revolutionären“ Kräften im Schleswig-Holsteinischen Landesverband der NPD ist es auf einem Sonderparteitag in Tönning im Februar diesen Jahres zum zweiten Mal gelungen, sich gegen die von ihnen sogenannten „reaktionären“ Kräfte um den ehemaligen Landesvorsitzenden Ingo Stawitz (Uetersen) durchzusetzen (siehe Bericht in EiE Nr. 13, S.12). Zum neuen Landesvorsitzenden ist Peter Borchert (Kiel) gewählt worden, einer seiner Stellvertreter wurde Jörn Lemke (NPD-Kreisvorsitzender in Lübeck), Schatzmeister ist Thorsten Mai (er hat diese Position auch im NPD-Kreisverband Lübeck inne). Die erste Amtshandlung des neuen Vorstandes war die Berufung des Lübeckers Jürgen Gerg (einer der drei Sprecher der „Revolutionären Plattform“[RPF] in der NPD) zum Landesgeneralsekretär.

Machtkampf entschieden!

Mit dem Wahlsieg des gewaltbereiten NS-Flügels scheint der Machtkampf im Landesverband der NPD endgültig entschieden zu sein. Ein Teil der Funktionäre, die den „reaktionären“ Flügel bis dato vertreten hatten, ist bereits aus der Partei ausgetreten. Unter ihnen sind Ingo Stawitz (auch Mitglied im Bundesvorstand der NPD), Reinhard Kessow (ehemaliger Schatzmeister der NPD Schleswig-Holstein) und Rainer Schütt (vor Jörn Lemke NPD-Kreisvorsitzender in Lübeck, danach vom damaligen Landesvorstand als NPD-Kreisvorsitzender in Ostholstein eingesetzt). In einer Pressemitteilung des neuen Landesvorstandes heißt es, das dieser Personenkreis so einem Ausschlussverfahren zuvorgekommen sei.

Grußworte vom Verfassungsschutz

Peter Borchert wurde inzwischen vom NPD-Parteivorstand auf seiner Sitzung am 22.April als Landesvorsitzender abgesetzt. Offizielle Begründung war Borcherts geplanter Auftritt als Redner bei dem von „Freien Nationalisten“ organisierten 1.Mai-Aufmarsch in Frankfurt/Main. Dort trat dieser schließlich neben den führenden Köpfen der „Freien Nationalisten“ Christian Worch und Thomas Wulff (beide Hamburg), sowie Steffen Hupka (Sprecher der RPF) auf. Dies war ein Affront gegenüber dem Parteivorstand, der eigene Mai-Demonstrationen in mehreren Städten organisiert hatte. In Grußworten übten in Frankfurt/Main die Funktionäre Manuel Herten (stellvertretender NPD- Landesvorsitzender in Mecklenburg –Vorpommern und Kreisvorsitzender der NPD-Nordwestmecklenburg) und Tino Brandt (stellvertretender Landesvorsitzender der NPD-Thüringen und Sprecher der RPF- inzwischen als Spitzel des Verfassungsschutzes enttarnt!) Solidarität mit Borchert und seinem Vorgehen. Auch wenn dieser offiziell kein Parteiamt mehr inne hat, wird er aufgrund der personell gefestigten Konstellation im Landesvorstand faktisch diese Position weiterhin bekleiden.

Ohne Moos nix los!

In den letzten Monaten unternimmt der neue Landesvorstand verstärkt Versuche, sein „Zukunftskonzept“ in die Tat umzusetzen. Dieses ist Teil eines zehnseitigen Strategiepapiers, welches von Jürgen Gerg bereits anlässlich seiner Kandidatur zum Landesvorsitzenden auf dem NPD-Parteitag im Oktober letzten Jahres vorgestellt worden war. In diesem Papier wird festgestellt, dass, um Propagandatätigkeit entfalten und flächendeckende Strukturen aufbauen zu können, zunächst die Erschließung neuer Finanzquellen vorrangige Aufgabe sein muss. „Als erstes Mittel wird hierzu der Aufbau eines Spenderkreises dienen. Dieser soll sich nicht nur aus wenigen Großspendern zusammensetzen, sondern muss insbesondere eine Vielzahl von kleinen Einzelspendern beinhalten. Dies vermeidet die Abhängigkeit von einzelnen finanzkräftigen Leuten. [...] Diese Spenderanwerbung kann und sollte



Der Führer und sein Gefolgsmann: Christian Worch (Mitte), Peter Borchert (links vorne) Neumünster 2.9.2000

besonders im Bereich der Heimatvertriebenen durchgeführt werden. An entsprechendes Adressenmaterial ist dort relativ leicht heranzukommen." Die über Spenden eingegangenen Gelder sollen zum „Großteil re-investiert werden, um den Aufbau weiterer Finanzierungsmodelle voranzutreiben, z.B. Versand, Druckerei, Wachschutz, Sportanlagen, Gasträume usw. („National befreite Zonen")". Langfristiges Ziel dieser Planung ist es, „die Abhängigkeit von äußeren Einflüssen und Zwängen [zu] beenden".

Struktur und Führerprinzip

Unter dem übergeordneten Punkt „Organisation" wird im Strategie-Papier konstatiert, dass „es zur Zeit im Landesverband keine Organisationsabteilung gibt, die diesen Namen auch nur ansatzweise verdient [...] Eine effektive Organisation ist aber nur



„Pro Jahr sechs Aufmärsche in kleinen Städten ...": NPD-Aufmarsch am 19.5.01 in Oldenburg/Holst.

über eine zentrale Koordinierungsstelle möglich [...] Hierzu muss eine für alle entscheidenden LV-Funktionsträger zugängliche Geschäftsstelle geschaffen werden". Aktuell wird daran gearbeitet, dieses Projekt in Lübeck zu realisieren, da dort ein Großteil der Landesvorstandsmitglieder lebt. Ziel des NPD-Landesvorstandes ist es offenbar, den gesamten Landesverband stärker nach dem Führerprinzip zu strukturieren, um die Interessen der Führung gegenüber der Basis stärker durchsetzen und diese besser kontrollieren zu können.

Geeignete Mittel hierzu sind die Einführung von „Führungsrundschreiben" und „Kreisratssitzungen", in denen die Führung ihre Linie vorgibt.

Gewalt ist ihr Programm!

Gegen den politischen Gegner soll scheinbar noch skrupelloser als bisher vorgegangen werden. „Elementarer Teil der Organisationsabteilung muss ein funktionierender und handlungsfähiger Ordnerdienst werden. [...] Dazu muss ein fester Stamm von Ordnern, welcher teilweise schon vorhanden ist, entsprechend geschult und ausgebildet werden. Dies darf keinesfalls, wie oftmals üblich, nur sporadisch geschehen, sondern beinhaltet laufende Schulungen in rechtlichen, theoretischen und praktischen Fragen". Ziel des NPD-Landesvorstandes ist, durch Ordnergruppen, „eine wirkliche und stetige politische Handlungsfähigkeit vor Ort zu erreichen". Wer die Geschichte des NPD-Ordnerdienstes kennt, dem/der wird klar, dass in diesem Zusammenhang in der Zukunft Gewalttätigkeiten zu erwarten sind. Was dies praktisch bedeutet, bekamen AntifaschistInnen im Mai diesen Jahres in Kiel anlässlich einer Flugblattverteilaktion der NPD zu spüren. Sie wurden von Ordnern der NPD angegriffen. Die Nazis setzten Pfefferspray ein und schlugen mit Einkaufstüten, in denen sich Dosen bzw. Flaschen befanden und die als Schlagobjekte benuzt wurden. Zwei Personen wurden bei diesem Angriff verletzt und mussten ambulant behandelt werden.

Die Jugend scheißt auf die NPD!

In der Lageanalyse des Strategiepapiers wird dargelegt, das es der NPD zur Zeit an geschulten und ausgebildeten Kräften mangelt. Um hier mittel- und langfristig Abhilfe zu schaffen, sei „es notwendig aus der JN wieder eine echte Nachwuchsschmiede zu machen. Diese muss sich am Leitbild des politischen Soldaten orientieren [...] In einer geschlossenen Kader- und Aktivistengemeinschaft muss hier eine konzeptionell aufeinanderaufbauende Schulung der dazu fähigen Kräfte erfolgen. Die unabdingbare Reihenfolge lautet hier Mitgliedsanwärter/Mitglied/Kaderanwärter/Kader". Orientiert werden soll sich am Schulungskonzept von Andreas Thierry, einem ehemaligen Mitglied der inzwischen verbotenen Neonazi-Kadertruppe „ Nationalistische Front". Das Ziel, ein größeres Augenmerk auf den Aufbau der JN zu legen, erklärt auch die verstärkten Aktivitäten der NPD an Schulen, wo man sich – wie z.B. in Lütjenburg geschehen- als gleichberechtigter Partner in Diskussionen zum Thema „Rechtsextremismus" beteiligt oder zu beteiligen versucht.

Vom (Un-)Sinn der Aufmärsche

Um „bis spätestens 2004 im Besitz von flächendeckenden Strukturen[zu] sein", sollen pro Jahr sechs Aufmärsche in kleinen Städten (20.000-40.000 Einwohner) in „schwachstrukturierten Kreisen durchgeführt werden". Diese sollen propagandistisch in Form von Infoständen und Postwurfsendungen vor und nachbereitet werden. „Nach 3-4 Wochen werden alle neuen Interessenten, bisherige Mitglieder und sonstige Sympathisanten zu einer Veranstaltung in der betreffenden Stadt eingeladen. Endziel jeder dieser Aktionsabläufe sollte die Bildung einer Basisgruppe sein, ganz gleich ob dies eine Ortsgruppe, NPD-Stützpunkt oder JN-Stützpunkt ist".

Die erste Aktion der NPD hat bereits stattgefunden und zwar in Oldenburg/Holstein. Dort führte die Partei zunächst am 19.Mai einen Infostand durch, den sie allerdings trotz relativ geringer Gegenaktivitäten frühzeitig abbrach. Auch der am darauffolgenden Wochenende durchgeführte Aufmarsch war eher ein Flop als ein Erfolg. Gerade einmal 75 NPD-Anhänger verirrten sich in die ostholsteinische Kleinstadt. Die Stadt war im Vorfeld auch nicht, wie im Strategiepapier angekündigt, mit Plakaten überzogen worden. Peter Borchert versuchte selbstverständlich diesen Misserfolg in einen Erfolg zu verkehren, als er in seinem Redebeitrag davon sprach, das es nicht auf die Teilnehmerzahl, sondern auf das Presseecho ankäme.

Altpapier-Produktion!

Zum Punkt Öffentlichkeitsarbeit im NPD-Strategiepapier zählt auch

der Aufbau eines landesweiten Zeitungsprojektes. So soll eine achtseitige Landeszeitung erstellt werden. Die jeweiligen Lokalausgaben sollen sich nur durch die beiden außenliegenden Seiten unterscheiden. Die inneren Seiten werden zentral vom Landesverband gestaltet. „Kaum ein Verband ist zur Zeit in der Lage, eine komplett eigene Zeitung zu erstellen und herauszubringen. Aber viele Verbände werden in der Lage sein alle 2-3 Monate zwei Seiten mit kommunalen Themen zu füllen". Als Vorbild für dieses Projekt dient der „Lübsche Volksbote", der seit 1 1/2 Jahren angeblich in einer Auflage von 1000-2000 Stück vom NPD-Kreisverband Lübeck herausgegeben wird und deren Innenteil aus Artikeln der vom NPD-Bundesvorstand erstellten „Nationalen Nachrichten" besteht.

Der Weg in die Parlamente wird ein steiniger sein!

Auch die „Intensivierung der Basisgruppenarbeit" soll zukünftig gewissen Mindestanforderungen genügen. „Am Anfang eines Jahres wird jedem Verband die Anzahl von Info-Ständen und Interessentenveranstaltungen zugeteilt, die dieser in diesem Jahr minimal durchzuführen hat". Wenn dies in der Praxis so aussieht, wie Ende März bei einem Infostand in Lübeck, reicht dies bei AntifaschistInnen gerade einmal für ein müdes Lächeln. Zwei Stunden lang versteckten sich die NPD-Anhänger hinter ihren Ordnern und diese wiederum hinter den eilig herbeigerufenen PolizeibeamtInnen und deren Hunden. So verteilten die Neonazis nicht ein einziges ihrer Flugblätter zum Thema „Öffentlicher Personennahverkehr". Bereits zwei Tage zuvor musste der Lübecker Kreisverband der NPD mit ansehen, wie ihnen kurzfristig der Saal für eine geplante Veranstaltung mit Bundesprominenz (NPD-Parteivorsitzender Udo Voigt, Thomas Wulff und Peter Borchert) abhanden kam. So mussten sie kurzfristig in das mekklenburgische Dorf Carlow ausweichen und eine Verspätung von 1 1/2 Stunden in Kauf nehmen. Diese Vorstellung dürfte bei den geladenen Gästen keinen guten Eindruck hinterlassen haben.

Das Strategiepapier umreißt einen Zeitrahmen bis zum Jahr 2005. Dementsprechend wird auch die Kommunalwahl 2003 thematisiert. „Dort wird und muss ein gezielter Wahlantritt in ausgesuchten Gebieten stattfinden. Diese müssen sowohl unter dem Aspekt der Politik- und Arbeitsfähigkeit der dortigen Verbände, als auch nach den jeweiligen Erfolgsaussichten vor Ort ausgewählt werden". Die NPD hofft, dass bis dato die 5% -Hürde wegfallen wird. Bei der Wahlteilnahme wird es sich „wahrscheinlich um die Bürgerschaftswahl in Lübeck, sowie um 2-3 Stadtrats- bzw. Gemeinderatswahlen in den Kreisen Segeberg und Lauenburg handeln".

Fazit

Ein Teil des Strategiepapiers ist natürlich dann Makulatur, wenn die NPD verboten werden sollte. Bis dahin müssen die Aktivitäten des NPD-Landesverbandes Schleswig-Holstein jedoch weiterhin genau beobachtet und wenn möglich verhindert werden, selbst wenn es zur Zeit so aussieht, als könne die Partei ihre im Strategiepapier festgelegten Ziele nur schwer umsetzen. Ein Freibrief zur legalen politischen Betätigung durch das Bundesverfassungsgericht würde diese Situation mit Sicherheit ins Gegenteil verkehren und ein enormes Kräftepotential in der Neonazi-Szene freisetzen. Bei der hiesigen Umsetzung der Verbotspraxis sollte sich andererseits auch niemand der Illusion hingeben, dass nach einem Verbot der NPD die Neonazi-Aktivitäten besonders im norddeutschen Raum viel geringer ausfallen werden – zu einflussreich sind die „Freien Nationalisten".



Ihre Strategie nicht aufgehen lassen!
Kieler Neonazis üben bei einem NPD-Büchertisch in Hamburg-Altona im Sommer 2000.

Die NPD in Greifswald

Bei den letzten Kommunalwahlen am 13.6.1999 brachte es der NPD-Kreisverband Greifswald auf 1,9% (landesweit 0,5%). Die momentan ca. 50 Parteimitglieder rekrutieren sich hauptsächlich aus dem Skinheadumfeld, aber auch aus „ganz normalen Jugendlichen". Zum aktiven Kern der Partei zählen etwa 20 Personen. Eine eigene Homepage gibt es seit Ende 1999. Die Aktivitäten des Kreisverbandes ist untrennbar verbunden mit seinem Vorsitzenden Maik Spiegelmacher.

Spiegelmacher kann auf eine ansehnliche Karriere als Nazi-Schläger zurückblicken. Seit 1991 war er Anführer der „Greifswalder National-Sozialisten" (GNS), die es schon vor 1989 gab. Die lösten sich auf, als Spiegelmacher 1992 zu anderthalb Jahren Jugendstrafe wegen gefährlicher Körperverletzung verurteilt wurde. 1993 wurde er wegen versuchten Mordes und Anstiftung zur gefährlichen Körperverletzung zu vier Jahren Haft verurteilt, in denen die Strafe von 1992 enthalten ist. Zwei Jahre später bekam er 10 Monate auf drei Jahren Bewährung für gefährliche Körperverletzung und 1996 nochmal sechs Monate auf Bewährung wegen Volksverhetzung. In seiner Knastzeit stand er auf der Briefkontaktliste der HNG. Auch in Neubrandenburg, wo er eine Zeit lang lebte, fiel er sofort als äusserst brutaler Schläger auf. Seit er 1998 Kreisvorsitzender in Greifswald wurde, versucht er sich ein seriöses Image zu geben und distanziert sich bei jeder Gelegenheit von der Gewalt seiner Kameraden. Allerdings wurde noch 1999 ein Verfahren gegen ihn eröffnet; Spiegelmacher hatte während des Wahlkampfs `98 auf einer „Patrouillenfahrt" mit anderen Kameraden Leute angegriffen und verletzt, die sich an NPD-Plakaten zu schaffen gemacht hatten. Obwohl von zwei Zeugen wiedererkannt, wurde er aufgrund der Aussage seiner Mutter freigesprochen.



Vom Schläger zum Kader:
NPD Funktionär Maik Spiegelmacher (Mitte) gemeinsam mit Günther Eisenecker (links) und Axel Möller (vorne rechts) auf einer NPD-Demonstration am 14.01.01 in Greifswald

In der ganzen Region aktiv

Politisch tritt die NPD in Greifswald kontinuierlich mit Infotischen in Erscheinung. Die letzte größere Veranstaltung war die Demonstration am 14.1.2001 unter dem bekannten Motto „Argumente statt Verbote". Etwa 250 Nazis aus der Region, Rostock und Berlin nahmen daran teil.

In Stralsund war 1998 nach der V-Mann-Enttarnung des Kreisvorsitzenden Matthias Meier der Kreisverband zusammengebrochen. Die Reste firmieren seitdem zum grössten Teil unter Führung des ehemaligen Stellvertreters Axel Möller als „Freie Nationalisten".

Einige aufrechte NPDler erhalten formell den Kreisverband aufrecht, der aber praktisch nicht mehr aktiv ist. So werden die NPD-Infotische in Stralsund von der Greifswalder NPD gemacht. Möller und Spiegelmacher sind offenbar enge Freunde geworden, die es, beide nicht besonders öffentlichkeitsscheu, verstehen die unterschiedlichen Organisationsstrukturen zum beiderseitigen Vorteil auszunutzen.

Ein Kreisverband Ostvorpommern wurde vor kurzem mit Spiegelmachers Hilfe zu neuem Leben erweckt. Kreisvorsitzender ist Mathias Rochow, als Kontaktadresse wird ein Greifswalder Postfach angegeben.

Der aktivste Kreisverband in MV

Spiegelmachers NPD versucht auf vielfältige Weise ins soziale Leben der Stadt einzugreifen. So organisiert die Partei Freizeitangebote für „national eingestellte" Jugendliche und sponsort die Trikots für fußballbegeisterte rechte Jugendliche, die sich unter dem Namen „Sport statt Gewalt" organisiert haben. Soldatengräber auf dem städtischem Friedhof werden von NPD-Mitgliedern gepflegt.

Im Sommer 2000 stellte Spiegelmacher eine 10-köpfige Ordnergruppe für das Greifswalder Schützenfest beim Schützenverein „1990 Greif e.V." Bei den „höflichen, bescheidenen und besonnenen Einsatzkräften" bedankte sich die Vereinsvorsitzende ausdrüklich. Dieser Vorfall löste allerdings innerhalb des Vereins und in den Medien heftige Debatten aus. Weihnachten 2000 glänzte die NPD damit, dass sie dem ortsansässigen Kinder- und Jugendnotdienst Plätzchen, Spielzeug und gebrauchte Fahrräder überreichte.

Die Greifswalder NPD ist in sozialen, kulturellen und politischen Bereichen ein aktiver Faktor der Kommunalpolitik. So luden die Jungen Liberalen Spiegelmacher zu einer Podiumsdiskussion ein. Auch PDS-Kommunalpolitiker suchten bereits das Gespräch mit ihm. Anfang März tauchte er mit seinen Kameraden beim Greifswalder Bündnis gegen Rechts auf und entfernte sich erst, als die Polizei eintraf.

Bei auswärtigen Demos ist Spiegelmacher mit seinen Kameraden häufig vor Ort, z.B. am 21. April in Ludwigslust.

Verstärkung erhielt die Partei jüngst durch den sehr aktiven ex-DVUler Josef Finck. Der 66jährige Bismarck-Ordenträger trat u.a. schon des öfteren auf Stadtvertretersitzungen in Erscheinung. Seit dem Eintritt Fincks in die NPD tritt die DVU nicht mehr öffentlich in Erscheinung.

Bürgerinitiativen als Trojanisches Pferd

Seit 2000 bemüht sich die NPD um mehr gesellschaftliche Einflussmöglichkeiten, indem sie massiv „Bürgerinitiativen" installiert. So sammelte die „Bürgerinitiative Schönwalde" (seit Mitte Januar „Bürgerinitiative zur Wahrung der Grundrechte") auf Betreiben Spiegelmachers über 1000 Unterschriften „gegen den unbegrenzten Zuzug von Wirtschaftsasylanten und Ausländergewalt". Die Bürgerinitiative hat formell nichts mit der NPD zu tun, jedoch spricht Spiegelmacher von „seiner" BI.

Am 18. Januar, nur vier Tage nach dem NPD-Aufmarsch in Greifswald, wo zu Gegenaktivitäten 7000 Menschen kamen und der Oberbürgermeister Joachim von der Wense tönen konnte, die Greifswalder hätten die NPD „politisch ins Leere laufen lassen", wurde eine Delegation der „Bürgerinitiative Schönwalde" im Rathaus empfangen. Die Delegation setzte sich aus dem jetzigen NPD-Kreisvorsitzenden Ostvorpommern Mathias Rochow, dem Sprecher der BI Robert Krowas und dem Stralsunder Axel Möller zusammen. Die Stadtvertreter von CDU, SPD, PDS und Grünen sahen allerdings keinen Grund, sich nicht mit den Vertretern der Bürgerinitiative über „die Verbesserung des Klimas" im Stadtteil Schönwalde zu unterhalten. Dieses Treffen wurde von Möller und Spiegelmacher selbstbewusst als Sieg gefeiert.

Hier wird ersichtlich, wie die Strukturen der NPD mit denen der freien Nationalisten zusammenlaufen. Möller trat auf der NPD-Demo am 14. Januar, auf der auch der NPD-Landesvorsitzende Eisenecker eine Rede hielt, als Hauptredner auf. Die Idee, als scheinbar harmlose Bürgerinitiative Politik zu machen, wird ebenfalls ihm zugeschrieben. Möller wird sowohl vom VS, als auch von der Antifa als Hauptbetreiber des stoertebekker.net genannt.

Eine weitere Initiative, die offensichtlich von Möller und Spiegelmacher angeschoben wurde, ist die „Schülerinitiative für freie Meinungsbildung und -äußerung". Sie gründete sich im Januar 2001, nach dem Erfolg der „Bürgerinitiative Schönwalde". Zum Vorsitzenden wurde Hannes Gerlach gewählt, Stellvertreterin wurde die auf der Demo am 14.01. öffentlich „ausgezeichnete", vierzehnjährige Carolin Beetz, die seit Ende März Vorsitzende der Schülerinitiative ist. Auf den Posten der Stellvertreterin rückte Peggy Müller. Seitdem will die an der Friedrich-Engels-Haupt- und Realschule entstandene Initiative an den Schulen in ganz Greifswald aktiv werden. Für den 2. Juni ruft sie zu einer Demonstration „gegen die Schliessung von Schulen in Greifswald" auf. Als Redner sind der ehemalige Vorsitzende Hannes Gerlach, sowie das Mitglied der „Bürgerinitiative zur Wahrung der Grundrechte", Robert Rupprecht aus Stralsund, angekündigt.



Carolin Beetz, Stellvertretende Vorsitzende der NPD Tarnorganisation „BI Schönwalde" : Senator Jürgen Drenckhan (links) Carolin Beetz (rechts.) vor der Frierich-Engels-Schule"

Die Schülerinitiative bestreitet in einer Presseerklärung vom Februar 2001, ein Ableger der NPD zu sein, wie es die Ostsee-Zeitung in einem Artikel ihrer Ausgabe vom 20. Februar veröffentlichte. Immerhin wird eine Zusammenarbeit mit der NPD zugegeben. Diese lässt sich auch schlecht leugnen; im März veranstaltete die NPD zwei Infostände in Greifswald, während zeitgleich auch je ein Stand der Bürgerini Schönwalde- und der Schülerini stattfand. Am Stand der Schülerini liess sich Spiegelmacher blicken, allerdings mit etwas Abstand; man will ja nicht dazugehören. Auch auf der Internetseite der NPD Greifswald werden die Initiativen eifrig beworben. Schliesslich dienen sie den Nazis als Vorfeld- und Rekrutierungsorganisation und im Falle einens NPD-Verbots möglicherweise sogar als Ersatz- oder Auffangstruktur.

Auch die Internetpräsenz von NPD und der „Bürger- bzw Schülerinitiative" wird vermutlich von den selben Leuten gemacht, sie liegen auf demselben Server und im selben „NPD-Greifswald"- Ordner.

Fazit

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die NPD in Greifswald in den letzten drei Jahren erheblich an Einfluss gewonnen hat. Ein Beispiel für die Stimmung in Greifswald ist die Äußerung des Sprechers der islamischen Studentengemeinde Abdulrahman Al-Makhadi, das Klima in der Stadt werde immer unerträglicher und die meisten ausländischen Studenten wollten Greifswald am liebsten verlassen.

Die NPD versucht sich oft erfolgreich ins alltägliche Leben der GreifswalderInnen einzubringen, so dass auch Kommunalpolitiker nicht mehr an ihr vorbeikommen. Sie verfügt über ein stabiles, grosses Mobilisierungspotenzial in der rechten Skinhead-Szene, was nicht zuletzt an ihrem „authentischen" Kreisvorsitzenden liegt, und ist fest in die regionale Neonazi-Szene integriert.

Mit Spiegelmacher und Möller haben sich in der Region zwei pragmatische rechte Hardliner etabliert, die sich einerseits unverhohlen mit Nazis umgeben, andererseits auch als seriöse Verhandlungs- und Diskussionspartner in Politik und Gesellschaft geben. Die Loyalität Spiegelmachers zur Partei dürfte sich dabei in Grenzen halten; solange sie da ist, ist sie eine sehr praktischer und starker Hintergrund.

Im Falle eines Parteiverbots sind ihre Strukturen weiter handlungsfähig und integriert. Mit der NPD würden die neuen Bürgerinitiativen vielleicht sogar einen Makel verlieren, ohne dabei ihren neonazistischen Background einzubüssen.

Grenzcamp 2001 »kein mensch ist illegal«

Rhein-Main-Region und Flughafen Frankfurt - Die inneren Grenzen im Visier.

Aufruf des Rhein-Main-Vorbereitungsplenums

Vom 27. Juli bis zum 5. August 2001 wird in Frankfurt am Main das 4. antirassistische Grenzcamp unter dem Motto »kein mensch ist illegal« stattfinden.

Wie die Jahre zuvor richtet sich auch das diesjährige Camp gegen das Grenzregime Deutschlands und Europas und stellt sich in den Zusammenhang und die Kontinuität der vielfältigen Kämpfe dagegen. Ohne falsche Bescheidenheit attackiert es das feinmaschige Netz, das von Grenzzaun, BGS-Patroullien und Internierungslager über rechtliche Diskriminierungen, bürokratische Gängelung, populistische Reden, denunzierende Bürger bis zur Jagd auf Illegalisierte und tägliche Abschiebungen reicht. Das Camp mischt sich mit allen erdenklichen Mitteln ein - von der öffentlichen Veranstaltung, über solidarische Unterstützung bis zur möglichst störenden Aktion - gegen die Rassismen in diesem Land und fordert die Herrschaft des Passes mit dem goldenen Adler heraus.

Nach drei Campjahren in Orten direkt an der Grenze zu Polen und Tschechien wurde als Ort für diesen Sommer das Rhein-Main-Gebiet und der Frankfurter Flughafen gewählt. Fokussiert werden damit die »inneren Grenzen« des nationalen Grenzregimes. Der Schwerpunkt der anvisierten Aktionen liegt von daher auf dem Flughafenverfahren und dem Internierungslager am Rhein-Main-Airport. Mit einer überregionalen Abschlussdemonstration sollen am Samstag, dem 4. August 2001 den Forderungen nach der sofortigen Auflösung des Internierungslagers und dem Stop aller Abschiebungen nochmals Nachdruck verliehen werden.

Gegenstand des diesjährigen Camps sind auch die Grenzen, die legalen wie illegalen MigrantInnen das Leben in den städtischen Zentren der Region schwer machen - angefangen von innerstädtischen Personenkontrollen bis zu Diskriminierungen auf Wohnungs- und Arbeitsmarkt. Eine besondere Bedeutung hat in diesem Zusammenhang die Kampagne der Organisation afrikanischer Flüchtlinge The Voice gegen die Residenzpflicht, d. h. dagegen, dass Flüchtlingen im Asylverfahren untersagt wird, den ihnen behördlich zugewiesen Bezirk zu verlassen. Die Mitglieder von The Voice verstoßen bereits mit ihrer Teilnahme am Camp gegen die Residenzpflicht. Die Legalisierung aller in Deutschland lebenden »Illegalen« ist eine zentrale Forderung des Camp-Zusammenhangs.

In der wirtschaftlich mächtigen und sich so weltoffen gebenden Multi-Kulti-Region Rhein-Main liegt die Herausforderung des Camps 2001 darin deutlich zu machen, dass es radikalen linken Widerstand auch gegen den flexibilisierten Rassismus eines sich modernisierenden Migrationsregimes gibt. Gegen eine Politik, die Menschen in Kategorien »nützlich«, »hinreichend angepasst« und »kulturell bereichernd« sortiert und lenkt, sollen all die Initiativen und Praktiken unterstützt werden, die diese Ordnung durcheinanderbringen und sich ihr entziehen. Die politische Perspektive des Camps macht nicht halt bei Erleichterungen, Quotierungen, GreenCards oder »humanitären Verbesserungen«, sondern streitet für das Recht und die Möglichkeiten, dass jeder Mensch dorthin gehen und leben kann, wohin und wie er und sie will. Ohne wenn und aber.

Neben den antifaschistischen und antirassistischen Aktionen und Wir-







kungen »nach Außen« liegt eine zentrale Bedeutung des kein mensch ist illegal-Camps auch in der »Binnen-Auseinandersetzung«. Das Camp, bei dem in den letzten drei Jahren jeweils 500 bis 1 000 Menschen teilnahmen, ist zu einem wichtigen Ort des Erfahrungsaustauschs unterschiedlicher antirassistischer Szenen und Spektren geworden. Hierbei hat sich gezeigt, dass das Camp sowohl für den Anspruch wie auch für die Schwierigkeiten gemeinsamen politischen Handelns steht. Gerade weil das Camp sich (jeweils neu) aus einer Vielzahl durchaus heterogener Perspektiven und vor dem Hintergrund unterschiedlicher Lebensrealitäten zusammensetzt, fordert es dazu heraus, sich über diese Divergenzen und dennoch mögliche gemeinsame Ansätze, Positionen und Aktionen auseinanderzusetzen. Als wichtige Diskussionsfelder stehen hierbei Thematiken wie das Verhältnis zwischen »deutschem« Antirassismus und migrantischer Selbstorganisation, zwischen Rassismus / Sexismus und Antirassismus / Antifaschismus, die letztjährige Staatsantifa-Debatte sowie Verschiebungen in der herrschenden Einwanderungspolitik ganz oben auf der Liste des Grenzcamps 2001.

Wir fordern hiermit alle Interessierten auf, sich am Grenzcamp 2001 zu beteiligen bzw. einzubringen. Informiert Euch und andere, macht den Termin bekannt, streitet mit, mobilisiert, bereitet eigene Aktionen vor undundund.

Im Folgenden werden anvisierte Schwerpunkte des Camps 2001 noch einmal ausführlicher dargestellt:

Tatort Flughafen

Der Rhein-Main Flughafen ist die »wichtigste Außengrenze innerhalb der BRD«. Mit dem diesjährigen Camp wird diese zum erstenmal zum Zielpunkt einer bundesweiten, antirassistischen Mobilisierung, und dafür gibt es gute Gründe:

Der Rhein-Main-Airport ist der deutsche Abschiebeflughafen Nr. 1. Über 10 000, also im Tagesdurchschnitt 30 bis 40 Menschen, werden von hier aus jedes Jahr abgeschoben, die Hälfte davon in Maschinen der Lufthansa. Immer wieder werden solche Abschiebungen unter Anwendung aller Gewaltmittel durchgesetzt. So ist es kein Zufall, dass Kola Bankole 1994 und Aamir Ageeb 1999 beim Abflug von Rhein-Main in Lufthansaflugzeugen von Beamten des BGS zu Tode gebracht wurden.

Seit mit Einführung der Schengenregelung ein Ring sogenannter sicherer Drittstaaten um Deutschlands Außengrenzen gezogen wurde, stellt der Luftweg die einzig verbleibende Variante dar, nach Deutschland einzureisen und hier Asyl beantragen zu können. Diesem Weg soll das sogenannte Flughafenverfahren einen Riegel vorschieben: In dem als exterritorial definierten Transitgebäude C 182 ist seit 1993 ein Internierungslager eingerichtet, in dem neuankommende Flüchtlinge festgehalten und von der Inanspruchnahme rechtlicher Unterstützung ferngehalten werden. Nach einer Schnellprüfung wird ein Teil der Asylsuchenden sofort wieder vom Flughafen aus abgeschoben, ohne jemals »eingereist« zu sein. (Selbst Asylsuchende, die unter BGS-Bewachung in 50 km entfernten Psychiatrien oder Krankenhäusern gebracht werden, gelten juristisch nicht als in Deutschland angekommen.) Die katastrophalen Bedingungen in dem »Grenzgefängnis« am Flughafen, in dem seit Oktober 1999 auch unbegleitete Kinder arrestiert werden, sind von der Willkür und Gewalt seitens BGS-Beamten, wenig Aussicht auf Unterstützung und juristische Beratung und nicht zuletzt unerträglich langen Aufenthaltszeiten geprägt, die die Betroffenen durch eine »Freiwilligkeitserklärung« absegnen müssen. Im Mai letzten Jahres nahm sich Naimah Hadjar im Internierungslager das Leben, nachdem sie 234 Tage in Haft und Psychiatrie verbracht hatte. Mit Protestbriefen, Hungerstreiks und Ausbruchsversuchen wehren sich die Betroffenen immer wieder gegen diese Zustände. Dem Widerstand und der Kritik an den (Langzeit-)Inhaftierungen begegnet das Bundesinnenministerium mit Plänen für einen weiteren Knast: Das Internierungslager im Transitbereich soll durch eine neue »Rückschiebungshaftanstalt« auf dem Flughafengelände ergänzt werden. Hierher sollen diejenigen verlegt werden und auf ihre Abschiebung warten, deren Asylantrag im Schnellverfahren als »offensichtlich unbegründet« abgelehnt worden ist.

Es gibt kein ruhiges Hinterland

Der Flughafen ist somit ein zentraler Bestandteil der Infrastruktur des tief gestaffelten nationalen Grenzregi-



Geschichte der Grenzcamps

Im Sommer 1998 haben AktivistInnen von »kein mensch ist illegal« sowie antifaschistische Gruppen in Ostsachsen erstmals zu einem Aktionscamp an der deutsch-polnischen Grenze in der Nähe von Görlitz aufgerufen. Mehrere hundert Menschen aus Ost und West beteiligten sich an Aktionen gegen ein Grenzregime, in dem sich hochtechnisierter BGS und die Denunziationsbereitschaft großer Teile der Bevölkerung in einer bisweilen tödlichen Menschenjagd auf die sogenannten illegalen EinwandererInnen kombinieren. Ein Schwerpunkt bildeten zudem Aktionen gegen regionale (neo) faschistische Strukturen. 1999 wurde ein Folgeprojekt in Zittau im Dreiländereck zu Polen und Tschechien organisiert, im vergangenen Sommer dann ein drittes Camp in Forst bei Cottbus. Das Camp wurde zunehmend von Menschen aus verschiedenen Spektren organisiert und getragen, die Beteiligung hat Jahr für Jahr zugenommen.
Infos unter:
www.contrast.org/borders/camp

mes. Diejenigen, die - auf welchem Weg auch immer - durch die Maschen deutscher »Außengrenzen« geschlüpft sind, sind mit einem ganzen Arsenal weiterer Grenzen konfrontiert: Unterbringung in Lagern und Residenzpflicht, Arbeitsverbot und Asylbewerberleistungsgesetz, befristete Duldung, Meldepflicht oder Illegalität sind nur einige Eckpunkte des diskriminierenden Status, der die Bewegungsfreiheit von MigrantInnen rechtlich wie materiell beschränkt und sie als Nicht-Deutsche markiert. Auf diese Weise werden Menschen, selbst wenn sie über Jahre inmitten des Landes leben, »draußen« gehalten und einem Grenzregime unterworfen, zu dem das Aufnahmelager Schwalbach, Ausländerbehörden und Arbeitsämter ebenso gehören wie Personenkontrollen, Razzien, BGS und der Abschiebeknast Offenbach. Das gilt in besonderer Weise für Illegalisierte, die nicht nur in vom BGS durchkämmten Landstrichen hinter den Grenzen zu Polen und Tschechien, sondern auch in städtischen Räumen jederzeit in Gefahr schweben aufgegriffen zu werden. Ständig werden auf Frankfurter Plätzen Personenkontrollen durchgeführt, finden auf den Straßen Schleierfahndungen statt und werden Arbeitsorte von Razzien heimgesucht.

Illegalität, Rassismus und Stadt

Andererseits bietet die Unübersichtlichkeit der Stadt auch in ganz anderem Maß als etwa in Forst oder Zittau - den beiden letzten Campstädten - MigrantInnen Möglichkeiten, sich diesen Kontrollmechanismen zu entziehen. Illegalisierte können zwischen den vielen legal in Frankfurt lebenden MigrantInnen »untertauchen«, finden soziale und ökonomische Netzwerke, die ein dauerhaftes, wenn auch prekäres Leben in Deutschland ermöglichen. Die »Weltstadt« Frankfurt ist auf Dienstleistungen aller Art angewiesen. In Hotels oder der Gastronomie, in der Prostitution oder als Dienstmädchen, im Baugewerbe oder als Ladearbeiter im und rund um den Flughafen - vor allem die Fülle schlecht bezahlter Jobs wird mit MigrantInnen »rentabel« bewältigt. Ermöglicht diese Situation Illegalisierten das ökonomische Überleben, so sind sie durch ihre Rechtlosigkeit und die ständige Bedrohung durch Polizei- und Ordnungsamtskontrollen unternehmerischer Ausbeutung besonders ausgeliefert.

Debatten der letzten Jahre haben aufgezeigt, dass der Innere-Sicherheits-Diskurs durchzogen ist von rassistischen Bildern und Stereotypen, die allesamt dem Metaphernkatalog des »Städtischen« entstammen. Stadt = Kriminalität = Ausländer lautet das etablierte Einmaleins. So fällt dem deutschen Bürger beim Thema Drogen der nordafrikanische Dealer ein und sorgt man sich vor den osteuropäischen Mafias, die die deutschen Bordellbetreiber im Bahnhofsviertel verdrängen; wer von Jugendgewalt schwadroniert, hat sofort den migrantischen Junghalunken vor Augen und ein Graffitisprayer oder Hütchenspieler mit Namen Müller liegt jenseits des Vorstellungsbereichs.

An die bundesweiten Innenstadtaktionen von '97 und '98 anknüpfend wird das diesjährige Camp seinen Aktionsradius auf rassistische Ausgrenzungen in und aus städtischen Räumen erweitern. Razzien im Bahnhofsviertel, bei denen in den letzten Monaten mehrere hundert Prostituierte abgeschoben wurden, die Videoüberwachung der Konstablerwache, die die sich dort aufhaltenden Jugendlichen vertreiben soll, oder der »sicherheitstechnisch« aufgerüstete und BGS-bewachte Hauptbahnhof sind mögliche Aktionsfelder.

Grenzregime, Globalisierung und Einwanderungsdebatte

Das Camp in der Wirtschaftsmetropole Frankfurt bietet zudem die Möglichkeit, das Grenz- und Migrationsregime im Kontext globaler öko-

nomischer Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse zu thematisieren. Sie versinnbildlichen sich am Rhein-Main-Flughafen in ausgeflogenen Computern und eingeflogenen Wintererdbeeren. Regional ansässige Konzerne und Banken finanzieren und planen Großprojekte im Trikont, die dort einschneidende Veränderungen der Lebensverhältnisse und -grundlagen der Bevölkerung bewirken und so direkt und indirekt Fluchtgründe für die Menschen sind, deren Zurückweisung oder Kontrolle das Grenzregime übernimmt. Gleichzeitig bringt die Wirtschaftskonzentration in Rhein-Main einen Arbeitskräftebedarf hervor, der ohne Zuwanderung nicht mehr gedeckt werden kann und deshalb das bisherige, allein auf Abschottung ausgerichtete Migrationsregime in Frage stellt. Dies zeigt sich nicht zuletzt in der im letzten Jahr aufgebrochenen Einwanderungsdebatte, angesichts deren alte antirassistische Erklärungsmodelle mitunter schwer ins Schlingern kommen:

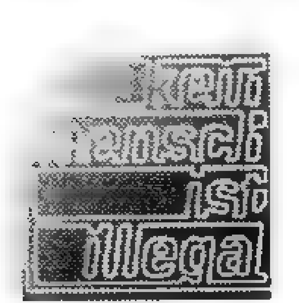
- Die Industrie kritisiert die von der Politik zögerlich und hinhaltend vorgebrachten Green- und Bluecard-Regelungen als unzureichend, weil sie für die benötigten Arbeitskräfte zu unattraktiv sind und fordert statt dessen eine Ausweitung der Regelungen von IT-SpezialistInnen auch auf niedrigbezahlte Dienstleistungsberufe sowie die »Entbürokratisierung« der Einreise und die Abschaffung der Beschränkungen des Aufenthalts und des Familiennachzugs. Unversehens könnten sich die Interessen der Industrie mit denen einiger MigrantInnen decken und beide finden sich vielleicht in einer unerwarteten Koalition gegen die noch immer weitgehend an rassistischen Ressentiments in der Bevölkerung orientierten Politik.

- Unter dem Motto »Aufstand der Anständigen« wurde dem Rassismus der Strasse im vergangenen Jahr von weiten Teilen der offiziellen Politik der Konsens entzogen; dies nicht zuletzt mit dem Hinweis auf den »Standortnachteil Rassismus«. Im Zuge dessen gingen auch Polizei und Justiz schärfer gegen Neonazis vor. In dem arbeitsteiligen Bündnis, das für die rassistische Offensive der 90er Jahre charakteristisch war und vom prügelnden Mob über die wahlweise offen applaudierende oder schweigende Mehrheit bis zur untätigen Polizei und der Politik reichte, der der Rassismus der Bevölkerung wiederum als Grund für die weitere Entrechtung und Stigmatisierung von Flüchtlingen und MigrantInnen diente, zeigen sich damit zumindest Risse.

Das diesjährige Grenzcamp wird Gelegenheit sein, die aufbrechenden Widersprüche der gegenwärtigen Konstellation - zwischen Abschottung, institutionellem Rassismus und regulierter Zuwanderung, zwischen

Flughafenerweiterung

Die hessische Regierung sowie die Frankfurter Flughafen AG, heute Fraport, haben sich im August 2000 offiziell für den Bau einer zusätzlichen Landebahn im Kelsterbacher Wald, nordwestlich des bestehenden Flughafens, ausgesprochen. Nach der Startbahn West würde damit die Expansion des Luftverkehrs erneut massiv vorangetrieben, »Standortfaktor« und »Jobmaschine« dienen als Hauptargumentationsmuster der Befürworter. In erster Linie wegen der ständig zunehmenden Lärmbelastung sowie der Zerstörung der letzten Naherholungsgebiete hat sich gegen die Ausbaupläne ein relativ breit verankerter Protest entwickelt, der im vergangenen September in einer Großdemonstration mit über 10 000 Menschen seinen vorläufigen Höhepunkt fand. Nahezu alle kommunalen Interessenvertretungen der Region wehren sich gegen den Ausbau, mittlerweile über 50 Bürgerinitiativen haben sich in Gemeinden und Städten rund um den Flughafen als Hauptträger des Protestes gegründet. In den meisten dieser BIs sind Rassismus und Abschiebungen am Flughafen bislang kein Thema, das üb-liche Desinteresse an antirassistischen Initiativen mag bestimmend sein. Doch aus einigen BIs wird der Widerstand gegen die Abschiebungen am Frankfurter Flughafen bereits seit Jahren unterstützt und er soll vermehrt in der Gesamtstruktur der Bürgerinitiativen thematisiert werden. Das Grenzcamp sehen wir insofern als eine Chance und Möglichkeit, solche Ansätze zu verstärken, indem wir einerseits den Protest gegen die Flughafenerweiterung unterstützen und aufgreifen, und andererseits insbesondere über die ansprechbaren Bürgerinitiativen versuchen, mehr Menschen in der Region für antirassistische Auseinandersetzungen zu interessieren und zu gewinnen. Schon im Vorfeld des Camps sollen deshalb in den Anliegergemeinden Info-Veranstaltungen angeboten werden, um inhaltliche Verbindungslinien herzustellen, und für das Camp selbst soll eine Veranstaltung und eventuell auch Aktionen gegen die Flughafenerweiterung vorbereitet werden.



Jährlich fliegen von deutschen Flughäfen tausende Menschen in die Ferne.
Ein Teil von ihnen freiwillig, auf der Suche nach Entspannung, Freiheit, Abenteuer.
Jährlich werden aber auch tausende Menschen gezwungen, in deutsche Flugzeuge zu steigen, um in ihre Herkunftsstaaten abgeschoben zu werden.
Vom Frankfurter Flughafen waren es allein im Jahr 2000 über Zehntausend!
Sie sind hier nicht erwünscht, weil sie nicht in die rassistisch definierten Kategorien „nützlich“, „hinreichend angepasst“ oder „kulturell bereichernd“ passen.

Gegen den rassistischen Ausschluß von Menschen am Recht und der Möglichkeit, dort zu leben, wo sie wollen!

http://www.noborder.org

Jährlich versuchen tausende Menschen nach Deutschland zu gelangen.
Das hiesige Migrationsregime, das Menschen in die Kategorien „nützlich“ und „uns ausnutzend“ sortiert, versucht dies durch Grenzziehungen aller Art zu verhindern.
Die Abschottungsmaschinerie reicht von Grenzzäunen, Infrarotkameras, BGS-Patrouillen und denunzierenden Bürgern über europaweite Fahndungsdateien, innerstädtische Kontrollen und rechtliche

http://www.noborder.org

»Aufstand der Anständigen« und dem Rassismus aus der Mitte der Gesellschaft, zwischen Leitkultur und Multi-Kulti, zwischen ethnisierten Ausbeutungsstrukturen und migrantischer Selbstermächtigung - zu diskutieren und Ansatzpunkte für radikale Kritik und praktische Gegenwehr auszuloten. »Freies Fluten«, volle Freizügigkeit und ein subjektives Recht auf Einwanderung bleiben gegen jede Regulierung unsere zentralen Forderungen.

Camp heisst Zelten - Strukturen und Orga

Wie die Jahre zuvor wird auch das Camp 2001 dezentral und bundesweit organisiert. In vielen Städten und Regionen gibt es Zusammenhänge, die für das Camp mobilisieren, sich die Köpfe heiss reden, Diskussionen vorbereiten und Aktionen planen. Die lokalen Diskussionen und Vorbereitungen werden auf regelmäßig stattfindenden bundesweiten Plena zusammengetragen. Auch in der Rhein-Main-Region, dem diesjährigen Ort des Geschehens, trifft sich regelmäßig ein Camp-Vorbereitungszusammenhang, an dem diverse lokale Gruppen und Initiativen beteiligt sind. Für alle Interessierten sei empfohlen, sich über die jeweiligen lokalen Ansprechmöglichkeiten zu informieren.

Daneben sei erwähnt, dass die Teilnahme an dem Camp die Bereitschaft erfordert, sich Isomatte und Zelt zu organisieren, da Camp tatsächlich campen heisst. Der diesjährige Zeltplatz wird noch bekannt gegeben.

Vorläufiges Programm

Samstag, 28.7.01:
Auftakt und Begrüßung - Infostände und Verteilung der Campzeitung, Sternfahrt (Autokorsi, Fahrraddemos..) mit Kundgebungen und mobilen Musikanlagen über mehrere Routen in Frankfurts City

Sonntag, 29.7.01:
Tagsüber am Flughafen: „Musik gegen Grenzen" klassisches Konzert sowie weitere Aktivitäten im Terminal: Präsentation der Plakatausstellung gegen die Deportation-Class der Lufthansa, Theater, Transparentwettbewerb ...
Abends im Camp: Informations- und Diskussionsveranstaltung „zum neuen Grenzregime", zu den Veränderungen in der Asyl- und Migrationspolitik

»kein mensch ist illegal« - Camp!

Kontakt und weitere Informationen:

3. Welthaus Frankfurt,
Falkstr. 74, 60487 Frankfurt / M.
Tel.: 069 - 79 20 17 72 (Mittw. 18 - 22 h)

Email: ag3f@oln.comlink.apc.org
www.contrast.org/borders/kein/

Mittwoch, 1.8.01:
Frankfurter City: - Tagsüber dezentrale Aktionen gegen rassistische Kontrollen, gegen Razzien, gegen Überwachungskameras... Infostände, Widerstandsrallye und „Spiele ohne Grenzen" in verschiedenen Stadtteilen
Abends am Frankfurter Hauptbahnhof ein „Attack-Kontrollraum"-Happening, Musik und Rave bis in die Nacht.

Donnerstag, 2.8.01:
Aktion gegen die Residenzpflicht

Freitag, 3.8.01:
Vormittags: „Tod im Transit" - Internationales Hearing gegen Internierung und Abschiebung am Flughafen;
Abends: (Gast)Veranstaltung vom Bündnis gegen Rechts/Leipzig zu Antifaschismus und Antirassismus.

Samstag, 4.8.01:
überregionale Demonstration gegen Internierung und Abschiebung, Kundgebung im Flughafenterminal, „Belagerung mit Knastbeben" am Tor in der Nähe des Internierungslagers ...

Zusätzlich in Planung: Workshops und Filme im und außerhalb des Camps, z.B. zur internationalen Campkette; Veranstaltung und Aktion gegen die Flughafenerweiterung und zur Rolle des Flughafens im weltweiten Ausbeutungsgefälle; Aktionen gegen Abschiebefluggesellschaften (Tarom, Air Algerie ..) und Bundesgrenzschutz; Antifaschistische Aktionen und Veranstaltungen; Campradio, Webjournal und vieles andere mehr ...

Infos: www.aktivgegenabschiebung.de/camp01/

Kieler Nazis machen in „Denkmalschutz“

Ein denkwürdiger Tag dieser 8. Mai 2001 in Kiel - Während sich der von der Landeszentrale für Politische Bildung unter dubiosen Umständen eingeladene Ex- SDS ler Reinhold Oberlercher im Kommunikationszentrum Pumpe anschickt, seine mit Freund Horst Mahler verfassten nationalrevolutionären und antisemitischen Thesen vorzutragen (s. Artikel auf Seite 22)- im Foyer bot die Landeszentrale derweil Viktor Klemperers Tagebücher zum Schnäppchenpreis an - fand einige 100 Meter weiter im Kulturforum von der Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet die vom „Runden Tisch gegen Rassismus und Faschismus“ initiierte Veranstaltung „Kultur gegen Rechts“ statt. Ob das Desinteresse der KielerInnen in einem Zusammenhang mit dem reichlich beliebigen Mix aus sozialdemokratischen RednerInnen, anatolischen Hochzeitstänzen, antirassitisch ambitionierten Rockgruppen und französischen Resistance-Liedern steht, sei an dieser Stelle dahingestellt. Zeitgleich zu diesen beiden Veranstaltungen konnten jedenfalls zwei Kieler Nazis aus dem Umfeld der „Freien Kameradschaften“ im Kieler Schlossgarten ihren Beitrag zum Tag der Befreiung leisten. Während der eine – im T-Shirt mit Nike-Logo, aber „Nazi“-Schriftzug - das Ehrenmal für die 1870/71 im deutsch-französischen Krieg gestorbenen deutschen Soldaten von Moosbewuchs und Graffitis zu reinigen versuchte, verteilte der andere ein Flugblatt zum Thema „Denkmalschutz“. Auf sehr flache , dumpf-populistische Weise wird über die von „Autonomen Antifaschisten“ und „Graffiti-Kritzlern“ „verschandelten“ Denkmäler lamentiert und das Kulturamt, das „untätig“ sei und „lieber seine Diäten erhöht“ angeprangert.

Hohle Worte, die aber in einer Zeit, in der sich sämtliche Kieler LokalpolitikerInnen einig darin sind, endlich hart gegen das angebliche Graffitiunwesen durchzugreifen, bei einigen PassantInnen sicherlich auf Zustimmung stoßen werden. Auf der Flugblattrückseite wird sich dann nicht mal mehr die Mühe gemacht, irgendwie seriös und bürgernah zu wirken. Nazidiktion pur: „Stellen Sie sich doch einmal vor, an der KZ-Gedenkstätte Auschwitz, Buchenwald oder sonst irgendwo, käme irgendjemand daher und würde aus Lust an der Freude oder einfach nur aus Langeweile, diese Gedenkstätten beschmieren, verschmutzen oder besudeln. Es würde in den Medien derartig hochgepuscht, das (sic!) die 'feinen Herren' von dort, innerhalb weniger Stunden die Reinigung und Wiederherstellung anordnen! Sie würden es sich Millionen kosten lassen, ohne Rücksicht auf Verluste!!!“

Als V.i.S.d.P. dieser Nazihetze firmiert Peter v. d. Born

Irritierender Nebenaspekt dieser Geschichte: In radikalisierter Form formulieren die Kieler Nazis zumindest in Teilen genau das, was auch die zum Eindämmen des „Graffitiunwesens“ gerade gegründete überparteiliche „Kieler Initiative für Sicherheit und Sauberkeit“ (KISS) fordert. Dass die Kieler Stadtpräsidentin Cathy Kietzer diese „Initiative für Sicherheit und Sauberkeit“ unterstützt, weiß jede (r) der/die die Kieler Nachrichten liest bzw. im Offenen Kanal die Ratsversammlungen verfolgt. Warum der „Runde Tisch gegen Rassismus und Faschismus“ nun eine Stadtpräsidentin, die aus Arglosigkeit oder Opportunismus sich für eine Law and Order-Politik einsetzt, von der das rechte Milieu wahrscheinlich begeistert sein wird, zur Schirmherrin einer Kulturveranstaltung gegen Rechts macht, sollte er mal erklären. s

Was geht eigentlich in Kiel ?

Immer wieder Samstags müssen NPD´lerInnen das Laufen lernen

Wer sich in den vergangenen Wochen darauf gefreut hatte, sich in den allsamstäglichen Einkaufsrummel in der Kieler Innenstadt stürzen zu können, um sich dem hemmungslosen Kaufrausch hinzugeben, oder wer einfach nur mal in der Holstenstraße ungestört bummeln wollte, musste feststellen, dass es durchaus auch andere Gründe dafür geben kann, sich Samstags früh in der ohnehin überfüllten Einkaufsstraße zu treffen...

Wie bereits in der letzten Ausgabe der Enough is Enough (Nr. 13) ausführlich beschrieben, gibt es in Kiel zur Zeit einen sehr aktiven Kreisverband der NPD, dessen Mitglieder zu einem Großteil dem Spektrum der militanten „Freien Nationalisten" angehören und sich innerhalb dieses Netzwerkes in der „Kameradschaft Kiel" organisiert haben. Neben diversen Saalveranstaltungen und Aufmärschen, die der NPD-Kreisverband Kiel-Plön im vergangenen halben Jahr in Schleswig-Holstein mehr oder weniger intern durchgeführt hat, haben sich die Nazis nunmehr verstärkt der Öffentlichkeitsarbeit und dem sogenannten Kampf um die Straße verschrieben. Seit August letzten Jahres tauchten vor allem Kieler Neonazis fast regelmäßig in der Kieler Innenstadt auf, um dort NPD-Propagandamaterial unter die Bevölkerung zu bringen. Die meist kleine Gruppe von NPD-Aktivisten ließ sich hin und wieder von KameradInnen aus anderen Städten Schleswig-Holsteins unterstützen. Schließlich wurden sie fast immer von aufmerksamen AntifaschistInnen an der Verbreitung ihrer rassistischen und faschistischen Flugschriften gehindert und verjagt. Schon beim bloßen Anblick eintreffender AntifaschistInnen packten die sichtlich verängstigten Faschisten ihre Flugblätter ein und rannten davon; oftmals riefen sie die Polizei herbei und versuchten ihr Glück anschließend in einem anderen Stadtteil wie beispielsweise Mettenhof oder der Wik. Ob es eine entsprechende Parteidirektive gab oder aber ob man den auswärtigen Kameraden beweisen will, dass die Kieler Kameradschaft den Kampf um die Straße auch alleine schafft, liegt im Bereich des Spekulativen. Fakt ist jedoch, dass die NPD in Kiel seit rund einem halben Jahr fast ausnahmslos jeden Samstagvormittag in der FußgängerInnenzone aufläuft und weiterhin versucht, ihren Propagandamüll zu verteilen. Aufgrund der ebenso regelmäßig stattfindenden antifaschistischen Proteste und Gegenaktionen haben sich die Kieler Nazis inzwischen häufiger Verstärkung, v.a. aus Neumünster, Pinneberg und Ostholstein geholt. In all diesen Regionen gibt es gut organisierte und mitgliederstarke „Kameradschaften" der Freien Nationalisten, die auch zu den aktivsten in Norddeutschland zählen. Aus Neumünster kommt die Unterstützung insbesondere von den MacherInnen und NutzerInnen des Nazitreffs Club 88 wie Martin Engel-



Antifaschistische GegendemonstrantInnen in Kiel

brecht, Peter Borchert oder Patrick Thiele. Inzwischen beteiligen sich regelmäßig auch einige ältere NPD-Mitglieder an den Verteilaktionen in Kiel, wie z.B. der aus Husum kommende Mike Tenten, der sich offenbar gerne im Kreise der Freien Nationalisten aufhält. Als Wortführer der braunen Verteil-Truppe tritt seit jeher der Kieler Peter von der Born auf, der allerdings auch immer derjenige ist, dem die Panik vor antifaschistischer Gegenwehr am deutlichsten ins Gesicht geschrieben steht. Mit dabei auch immer der ehemalige Lütjenburger Jens Lütke oder der aus Elmschenhagen stammende André Goletz, welcher meistens für das Abfotografieren von AntifaschistInnen zuständig ist.

Situation verschärft sich

Reichte es anfänglich, dass sich eine Handvoll AntifaschistInnen den Nazis in den Weg stellten und die NPD´ler suchten zumindest kurzfristig das Weite, hat sich die Situation in den vergangenen Wochen deutlich verschärft. Nicht nur, dass die Nazis immer mehr Verstärkung von Auswärts mobilisieren können, um ihre Verteilaktionen zu schützen; sie reagieren zunehmend aggressiver und treten bis an die Zähne bewaffnet auf. Das Verteilen ihres NPD-Materials ist inzwischen in den Hintergrund getreten und man sucht offensichtlich die Konfrontation mit protestierenden GegnerInnen. Zu einem ersten schwereren Zwischenfall kam es am 28. Mai, als eine Gruppe von 20 Nazis einen Infostand auf dem Asmus-Bremer-Platz (am Rande der Fußgängerzone) angemeldet hatte. Diesmal waren die Schläger vom „Club 88" herbeigeeilt, um den letzen Endes nicht aufgebauten NPD-Stand zu schützen, darunter auch der erst im Februar gewählte und nun schon mit einem Parteiausschluß-Verfahren überzogene schleswig-holsteinische NPD-Landesvorsitzende Peter Borchert und sein durchgeknallter Schlägerkamerad Patrick Thiele. Letzterer war erst eine Woche zuvor wegen seiner Beteiligung an diversen neonazistisch motivierten Straftaten von einem Neumünsteraner Schöffengericht zu einer Jugendstrafe von 18 Monaten (auf 3 Jahre zur



Einkaufstüten mit Bierdosen als Schlagobjekte: Peter von der Born (links von hinten); Mitte: Jens Lütke

Bewährung ausgesetzt) verurteilt worden. Beide, Borchert und Thiele, sind in der Vergangenheit wiederholt gewalttätig gegen MigrantInnen, Andersdenkende oder „anders aussehende" vorgegangen und machen aus ihrer Gesinnung keinerlei Hehl. Nachdem die Kieler Nazis am vorangegangenen Samstag wieder einmal von beherzten Antifas der Stadt verwiesen worden waren, sorgte diesmal ein größeres Polizeiaufgebot für den Schutz der Neonazis, die prompt etwa eine Stunde lang ungehindert ihre Hetzpamphlete verteilen konnten. Empörte PassantInnen und AntifaschistInnen, die sich mit dieser Provokation nicht abfinden wollten, beobachteten die Szenerie und folgten den Neonazis, nachdem diese ihre Aktion unterbrochen hatten um anschließend auf dem Alten Markt weiter ihren Müll zu verteilen. Plötzlich und ohne Anlass gingen dann Peter Borchert und Patrick Thiele auf einen am Rande stehenden Antifaschisten los und Borchert trat ihm unvermittelt in die Genitalien und verletzte ihn dabei. Die anwesende Polizei griff daraufhin ausnahmsweise schnell ein, nahm die Personalien einiger der Neonazis auf und Peter Borchert und Patrick Thiele vorübergehend in Gewahrsam. Allerdings nicht wegen des Angriffs auf den Antifaschisten, oder gar aufgrund der Tatsache, dass auch Borchert momentan eine auf drei Jahre ausgesetzte Bewährungsstrafe zu laufen hat, sondern weil sich Thiele und Borchert geweigert hatten, dem durch die Polizei ausgesprochenen Platzverweis Folge zu leisten.

...und die „Öffentlichkeit" ?

Nicht zuletzt durch die monatelange beharrliche Öffentlichkeitsarbeit von AntifaschistInnen, die in Form von Flugblättern, Transparenten, Pressemitteilungen und dem „Sich-den-Nazis-persönlich-in-den-Weg-stellen", sowie die Eskalation der Vorfälle sorgten dafür, dass sich inzwischen eine weitaus größere Zahl von Menschen jeden Samstag in der Kieler Innenstadt trifft, um die Nazis zu vertreiben. Auch die Kieler Nachrichten scheinen allmählich aufzuwachen und konnten sich immerhin schon einmal dazu durchringen, wenigstens die Pressemitteilungen der Polizei ungeprüft abzudrucken. Obwohl sich die Auseinandersetzungen meist unmittelbar vor dem Redaktionssitz der Kieler Nachrichten abspielen, ist man dort bislang nicht gewillt, sich ein eigenes und unabhängiges Bild von den Geschehnissen zu machen. Auf der anderen Seite wurde die Polizeipräsenz sukzessive erhöht und natürlich richtet sie sich gegen die Anwesenheit von AntifaschistInnen, während die NPD mit Hinweis auf deren legalen Parteienstatus, von der Polizei geschützt wird. Am 12. Mai kam es dann zu einer größeren Auseinandersetzung in der Einkaufszone, in deren Verlauf die mit Bierflaschen (in Jutebeuteln versteckt) bewaffneten Nazis abermals den Kürzeren zogen und letztlich unter Polizeischutz zum wiederholten Male in den Kontakthof des Kieler Eros-Centers flüchteten. Am Samstag darauf befanden sich wesentlich mehr Polizeikräfte in der Innenstadt, die es trotzdem nicht ver-



Versuche, die braune Propaganda an die Frau zu bringen: Peter von der Born

hindern konnten (oder wollten?), dass es abermals zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen den über 20 NPD-Aktivisten und rund 40 GegendemonstrantInnen kam. Die Nazis (darunter die üblichen Verdächtigen wie Peter von der Born, Patrick Thiele, Martin Engelbrecht, Mike Tenten, André Goletz, Jan Steffen Holthusen und Jens Lütke) waren mit Knüppeln, Bierflaschen und –dosen in Jutebeuteln und CS-Gas-Dosen (in Feuerlöscher-Größe) bewaffnet und hatten offensichtlich nur darauf gewartet, diese Dinge auch einzusetzen. Im Verlauf des Zusammenstosses mit den AntifaschistInnen wurden zwei Antifas verletzt und mussten ambulant im Krankenhaus behandelt werden. Allerdings stießen die völlig ungehemmten Nazi-Schläger auf eine erhebliche und entschlossene Gegenwehr, die sie wohl nicht einkalkuliert hatten. Nachdem die anwesende Polizei bei der Schlägerei mitten in der Fußgängerzone erst mal nur zugesehen hatte, begann sie gegen 11.30 Uhr damit, die sich zurückziehende Gruppe von AntifaschistInnen einzukesseln. Anschließend wurden alle 35 im Kessel befindlichen Menschen, nachdem sie über eine Stunde lang festgehalten und gefilmt wurden, ins Polizeigefängnis in der Blumenstraße gebracht, das die letzten erst kurz vor 20 Uhr wieder verlassen durften. Dort wurden alle erkennungsdienstlich behandelt, es wird gegen sie ermittelt wegen angeblichen Widerstandes gegen die Staatsgewalt, Verstoß gegen das Versammlungsrecht und wegen Landfriedensbruches. Lediglich ein Nazi wurde kurzzeitig festgenommen und zu allem Überfluss für 10 Minuten mit einem Antifaschisten in eine Zelle gesperrt... Die restlichen Neonazis hingegen wurden lediglich einer Personalienfeststellung unterzogen und durften, nachdem die AntifaschistInnen von der Polizei abtransportiert waren, ungehindert ihre NPD-Flugblätter in der Holstenstraße verteilen. Dass sie ihre Aktion allerdings freiwillig nach einer halben Stunde beendeten, zeigt deutlich, dass es ihnen zumindest diesmal nicht um Werbung für ihre Partei ging, sondern darum, Rache zu üben, unter bewusster Inkaufnahme von zumindest Schwerstverletzten, oder wie sonst sollte man diese Bewaffnung und diese an den Tag gelegte Vehemenz anders deuten?



Das Verhältnis zur Polizei bleibt gut: Martin Engelbrecht aus Neumünster (1.von links); mit Palästinensertuch verkleidet: PattrickThiele aus Kiel (vorne links)

Die auf diesen Samstag folgende Berichterstattung - zumindest in den Kieler Nachrichten - übertraf erwartungsgemäß die vorangegangenen Verlautbarungen der Polizei-Pressestelle.

Die Tatsachen wurden komplett verdreht und natürlich zu Ungunsten der AntifaschistInnen ausgelegt und ausgeschmückt. Ganz im medienüblichen Tenor der marodierenden „marschierenden" Autonomen-Horden, die vermummt und willenlos auf friedliche und niemanden störende NPD-Anhänger einschlagen. Der Polizei wurde nochmals dafür gedankt, dass sie durch die Festnahme der linken „Gewalttäter" „eine weitere Eskalation" verhindert habe. Zur Krönung des Artikels wurde ausführlich auf die Inhalte der NPD-Flugblätter eingegangen, damit auch dem/der letzten BürgerIn vermittelt werden kann, welch hehres Anliegen die netten jungen Herren von der NPD auf dem Herzen haben. Die Freien Nationalisten rufen seit jenem Samstag auf ihren Internetseiten dazu auf, in Zukunft mit noch mehr Kameraden nach Kiel zu kommen und die örtlichen „jungen Nationalisten" zu unterstützen, da die Kieler Antifa ja so gewalttätig sei. In der Meldung wird dann von „bewaffneten roten Schlägertrupps" geheult, die auf arme „unbewaffnete Nationalisten" losgingen usw. Für den 2. Juni, also eine Woche nach dem kläglichen NPD-Umzug in Oldenburg, hatte man sich immerhin eine Gruppe von 30-40 Kameraden und Kameradinnen nach Kiel organisiert. Mindestens zwei Hundertschaften Polizei (nach Presseangaben sollen sogar 400 PolizistInnen im Einsatz gewesen sein) hatten sich darauf vorbereitet, entschlossenen Widerstand gegen die Nazi-Truppe zu unterbinden. Die angemeldete Kundgebung von AntifaschistInnen, die mit über 100 Teilnehmenden auf dem Asmus-Bremer-Platz stattfand, wurde mit einem martialischen Aufgebot an

Polizeifahrzeugen inklusive Personal bedacht. Am Alten Markt, wo NPD und Konsorten ihre Flugblätter zu verteilen gedachten, stand ein eher mäßiges Aufgebot der grün-weißen Trachtengruppe bereit. Ca. 10 NPD'lerInnen verteilten Flugblätter, während sich der Rest ziemlich unauffällig in der Holstenstraße oder in Geschäftseingängen (oder der Karstadt-Parfümerie) postierten und nach Antifas Ausschau hielten. Besonders nervös tat sich wieder einmal Patrick Thiele hervor, der hektisch hin und her rannte und scheinbar überall den Feind witterte. Als dann eine Gruppe von ca. 6 Nazis auftauchte und sich im Eingangsbereich von Karstadt sammelte (darunter Peter Borchert und Jan Steffen Holthusen), fühlte er sich offenbar stark und mutig genug, einer Antifaschistin, die das Geschehen in der Holstenstraße fotografieren wollte, einen Faustschlag ins Gesicht zu verpassen, sie zu treten und ihre Kamera zu zerkloppen. Als dann immer mehr AntifaschistInnen eintrafen, schaltete sich auch die Polizei ein: einige Nazis und Antifas waren aufeinander gestoßen und es gab eine kurze Rangelei, in deren Verlauf zwei Nazis (darunter Patrick Thiele) sowie vier AntifaschistInnen festgenommen wurden. Auch hier musste Thiele sich offenbar nochmal beweisen und mit einem kurzen Sprint in die Menge springen. Peinlicherweise mussten ihm hinterher zwei Polizisten wieder auf die Beine helfen, da er von allein nicht wieder hoch kam... . Die Combo um Borchert und Holthusen, die sich bis dahin relativ unauffällig im Karstadt-Eingang herumgedrückt hatte und offensichtlich mit diversen Gegenständen bewaffnet war, flüchtete sich prompt in das Karstadtgebäude hinein, vermutlich, um selbiges durch den Hinterausgang wieder zu verlassen. Kurze Zeit später wurden allerdings Borchert und Holthusen von der Polizei wieder in die Holstenstraße zurück gebracht, wo sie nach der üblichen Prozedur durchsucht, gefilmt und schließlich ins Polizeigewahrsam in der Blumenstraße gebracht wurden. Borchert trug bei seiner Durchsuchung neben einem fetten Bündel von Geldscheinen auch ein Springmesser in der Tasche. Gegen Patrick Thiele wurden an diesem Samstag allein von drei Geschädigten Strafanzeigen wegen Körperverletzung und Sachbeschädigung erstattet. Nachdem die eilig zusammengezogenen Polizeikräfte die Fußgängerzone vor Karstadt komplett gesperrt hatten, wurde sämtlichen AntifaschistInnen bzw. allen, die wohl danach aussahen, ein Platzverweis erteilt und bis zum Asmus-Bremer-Platz zurück begleitet. Die Nazis durften derweil (und wie gewohnt) in aller Ruhe ihre Flugblätter in der mittlerweile wieder geöffneten Einkaufsstraße verteilen. Die Ordnungshüter standen indes zum Schutze bereit...

Enough is enough...!

Trotz des perfekten Zusammenspiels von Polizei und Faschisten, sowie dem beharrlichen Nichts-Tun von Seiten der Stadt und all jenen, die uns AntifaschistInnen seit Ewigkeiten mit heuchlerischen Appellen zu Zivilcourage und dergleichen auf die Nerven gehen, werden wir weiterhin dagegen vorgehen, dass sich diese Nazi-Schläger in Kiel oder anderswo ausbreiten können und wir werden uns auch in Zukunft gegen rassistische und faschistische Aktivitäten entschieden zur Wehr setzen. Die Stadt Kiel will das Erstarken sowohl der Kieler als auch der gesamten norddeutschen Naziszene offensichtlich nicht wahrnehmen. Schon bei der Ratsversammlung im März wurde der Antrag eines Grünen-Ratsherrn mehrheitlich abgeschmettert, in dem er forderte, dass die Fraktionen über etwaige anstehende Veranstaltungen von Neonazis in Kiel künftig im Vorfeld informiert werden sollten. Schließlich habe man sich erst im Herbst vergangenen Jahres einmütig gegen Rechtsextremismus ausgesprochen, so der SPD-Ratsfraktionschef Eckehard Raupach in der Ratsversammlung am 15. März diesen Jahres. Damit war das Thema erledigt und von den berühmten und gebetsmühlenartig vorgetragenen Aufrufen zu Zivilcourage oder dem „Aufstand der Anständigen" aus dem vergangenen Jahr ist wieder nichts übriggeblieben als leere Worthülsen. Eckehard Raupach indes trat dafür am 15. Mai als Podiumsteilnehmer einer Veranstaltung der extrem rechten „Alten Königsberger Burschenschaft Alemannia" in Kiel zum Thema „Nationalstolz 2001" auf...

In der „aktuellen Stunde" der jüngsten Ratsversammlung zum Thema „NPD-Aktivitäten in der Kieler Innenstadt" am 7. Juni, überboten sich die RednerInnen aller im Rat vertretenen Parteien gegenseitig mit (den bereits erwähnten) sinnentleerten Appellen zu Zivilcourage-und-Gesicht-zeigen-gegen-Rechts-Blabla. Erschüttert waren alle einhellig der Ansicht, dass die wirkliche Gefahr nicht von den Neonazis sondern vielmehr von bösen, gewalttätigen Autonomen ausgehe, die sich die Nazis quasi nur zum alleinigen Zwecke der eigenen Profilierung hielten. Insgesamt ein einziger Redebeitrag vermittelte den Eindruck, als habe sich der Vortragende überhaupt schon einmal mit der Thematik Neonazis in Kiel beschäftigt, und das war ausgerechnet der des Kieler Polizeichefs Werner Tanck. Er hatte zur Eröffnung der „aktuellen Stunde" einen weitestgehend sachlichen Vortrag über die Entwicklung der norddeutschen Nazi-Szene seit 1992 gehalten. Erwartungsgemäß also wieder nichts als leere Worthülsen in der Kieler Ratsversammlung und das übliche Gefasel von linken und rechten Extremisten, die unsere wunderbare Demokratie abschaffen und sich im mindesten Falle einfach nur prügeln wollen-ganz unpolitisch, aber der Schein wird gewahrt. Zwei NPD-Mitglieder hatten die Debatte der Ratsversammlung übrigens auf den Zuschauerrängen verfolgt und nachdem der Tagesordnungspunkt abgehakt war, verteilten sie im Rathausflur Flugblätter. Zukünftig wird sich der Innenausschuss der Stadt Kiel in nichtöffentlicher Sitzung mit der Thematik beschäftigen (man darf gespannt sein) und die Ratsversammlung kann sich wieder den wirklich wichtigen Dingen des Lebens widmen. Ungeachtet dessen sehen wir uns natürlich weiterhin Samstags in der Holstenstraße beim Shoppen...(Übrigens: auch die Kieler Antifa freut sich über Unterstützung von „Auswärts" !!!)

mozz

Veranstaltung mit Reinhold Oberlercher gesprengt

Um die Ambivalenz der 68er zwischen dem ruhigen "Marsch durch die Institutionen" und dem Abdriften in den terroristischen Untergrund sollte es am 8. Mai in der Kieler Pumpe aus Anlass des 25. Todestages der Journalistin und des späteren RAF-Mitgliedes Ulrike Meinhof gehen. Doch schon zu Beginn nahm die Veranstaltung eine Wendung, die eine ganz andere Ambivalenz von ehemaligen Protagonisten der 68er-Bewegung zeigte.

Sehr kurzfristig, so hieß es, hatte der Hauptreferent Prof. Hauke Brunkhorst von der Uni Flensburg abgesagt. Als Ersatz hatte der Mitveranstalter Klaus Kellmann, Leiter der Landeszentrale für politische Bildung, den Hamburger ehemaligen SDS-Funktionär Reinhold Oberlercher eingeladen. Gesa Rautenberg, Leiterin des Kommunalen Kinos, sagte in ihrem Eingangsstatement, die Einladung habe bei ihr "einen Schock ausgelöst" und sie spüre "großes Unbehagen", denn Oberlercher sei ein Anhänger der "Neuen Rechten".

Oberlercher ließ in seinem Vortrag über "Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der 68er Idee" an dieser Einschätzung seiner jetzigen politischen Herkunft keinen Zweifel. Die rot-grüne Bundesregierung habe "den 68er-Mythos zur Rechtfertigung für ein Land in amerikanischer Vasallität instrumentalisiert". Die 68er hingegen seien "klar antikapitalistisch, antiamerikanistisch und antiisraelisch" gewesen. Die Bundesregierung sei ein "Propagandist der Fremdherrschaft gegen das deutsche Volk".

Als Oberlercher ein von ihm und unter anderem auch dem vom RAF-Anwalt zum NPD-Funktionär mutierten Horst Mahler unterschriebenes Manifest verlesen wollte ("Kanonische Erklärung zur Bewegung von 1968", worin es unter anderem heißt: "Der SDS spielte eine der Jenenser Urburschenschaft vergleichbare Rolle als nationalrevolutionärer Initiator." - die vollständige Erklärung ist unter www.members.partisan.net/sds/sds01899.html dokumentiert), verlangten einzelne aus der Zuhörerschaft den sofortigen Abbruch des Vortrags. An einem Ort wie der Pumpe, wo es "um Völkerverständigung" gehe, sei "kein Platz für einen Nazi". "Was Sie da machen ist Faschismus!" konterte ein sichtlich erregter Oberlercher, der sich auch durch Klaus Kellmanns vorsichtige Intervention nicht von seinem Vorhaben abbringen lassen wollte und ihn "einen erbärmlichen Feigling" schimpfte.

Die Veranstaltung musste wegen des drohenden Tumults kurzzeitig unterbrochen werden. Klaus Kellmann wollte sich trotz hartnäckiger Nachfragen vom Podium und aus dem Publikum zunächst nicht zur Einladung Oberlerchers äußern. Später räumte er ein, die kurzfristige Absage des eigentlichen Referenten Hauke Brunkhorst habe ihm kaum eine andere Wahl gelassen, als Oberlercher, "einen wichtigen Zeitzeugen und Weggefährten Rudi Dutschkes", einzuladen, denn "am symbolischen 8. Mai" sei "der deutsche Referentenmarkt wie leer gefegt". Den "Kieler Nachrichten" sagte Kellmann, er sei sich "über die Tragweite von Oberlerchers Wandel nicht im Klaren" gewesen und fühle sich von ihm "hintergangen". Er habe mit Oberlercher dessen Referat "in einem mehrstündigen Telefonat abgesprochen", Oberlercher habe sich jedoch nicht an die dort getroffenen Vereinbarungen gehalten. Dennoch kritisierte Kellmann "die Intoleranz", mit der Oberlercher weggebuht worden war. Im übrigen sei "nicht belegt, dass Oberlercher wirklich der NPD nahe steht". Eine solche Einschätzung hielt man im Publikum "bei einem Vertreter der Landeszentrale für außerordentlich naiv", denn Oberlercher ist schon Ende der 80er Jahre mit rechtsextremen Publikationen aufgefallen.

Kellmanns Rolle bei der Einladung Oberlerchers schien in der Folge immer zwielichtiger. Auf die Frage der Mitveranstalter (Gesa Rautenberg, Koki, Dagomar Heinz, Leiter der Gruppe "Politikum" an der Kieler Max-Planck-Schule), die sich von der Einladung Oberlerchers "überrumpelt" fühlten, wie kurzfristig Brunkhorst abgesagt hätte, konnte sich Kellmann "nicht genau erinnern". Hauke Brunkhorst teilte später auf Nachfrage mit, er habe Kellmann bereits Mitte April davon in Kenntnis gesetzt, dass er den Termin am 8. Mai aus Überlastungsgründen nicht wahrnehmen könne. Auch Kellmanns Darstellung, er habe nichts von Oberlerchers Wandlung gewusst, ist mehr als zweifelhaft. Bereits bei der Planung der Veranstaltung, so Gesa Rautenberg, habe Kellmann Oberlercher als Referenten vorgeschlagen, was sie schon damals mit Hinweis auf dessen rechtsextreme Tendenzen entschieden zurückgewiesen hätte.

Wegen solcher Ungereimtheiten forderte Jürgen Weber, SPD-Landtagsabgeordneter, bildungspolitischer Sprecher seiner Fraktion und Mitglied im Kuratorium der Landeszentrale, in einer Presseerklärung vom 10. Mai eine Sondersitzung des Kuratoriums der Landeszentrale. Er werde das Thema auch in die nächste Sitzung des Bildungsausschusses des Landtages einbringen. "Dass die Landeszentrale

für Politische Bildung hier einem Rechtsextremen ein öffentliches Forum geboten hat, ist nicht hinnehmbar." Auch Jost de Jager und Sylvia Eisenberg (MdL, CDU) sahen "schnellst möglichen Erklärungsbedarf". Ebenso Angelika Beer (MdB, Grüne): "Ich fordere Herrn Kellmann auf, sich deutlich für seinen Fehlgriff zu entschuldigen, auch seinen Mitveranstaltern gegenüber.«

Es sieht so aus, als habe Kellmann einfach nur fahrlässig und naiv gehandelt, als er Oberlercher einlud. Es gibt aber auch einige Hinweise, dass er der nationalrevolutionären Denke des Ex-68ers möglicherweise nicht ganz so fern steht, wie er behauptet. Auf Befremden stieß etwa in Kellmanns Eingangsreferat zur Geschichte der 68er Bewegung ein Vergleich zwischen dem Widerstand der 68er gegen den Vietnamkrieg und gegen die gewaltsame Beendigung des "Prager Frühlings" durch Truppen des Warschauer Paktes. In beiden Fällen hätten sich die 68er gegen die "nationale Entmündigung eines Volkes durch eine imperialistische Großmacht" gewandt. Hier scheint es Brücken zum kruden Antiamerikanismus Oberlerchers zu geben.

Auch in Kellmanns Buch "Der Staat lässt morden" (Henschel Verlag, 1999), aus dem er bei der Pumpen-Veranstaltung las und in dem er die These aufstellt, bei der Ermordung des italienischen Christdemokraten Aldo Moro 1978 durch die Roten Brigaden hätten im Hintergrund Guilio Andreotti, die Mafia und die CIA die Fäden gezogen, um Moro, der eine Koalition mit den Kommunisten anstrebte, zu beseitigen und so die Südflanke der NATO vor einem Abbröckeln zu schützen, finden sich Formulierungen, die zumindest unkritisch gegenüber ähnlich lautenden der Nationalrevolutionäre um Horst Mahler sind. Im Kapitel "Das Opfer" wird Moro als charismatische Figur geschildert, dessen Ziel es gewesen sei, "Italien aus der Bevormundung durch die NATO-Partner USA und Deutschland zu befreien". Moro sei dann aber von den USA, namentlich dem Juden Kissinger im Verein mit verbrecherischen Organisationen wie der Mafia und unter "Instrumentalisierung der linksterroristischen Roten Brigaden" gestoppt worden. Solche antiamerikanischen Verschwörungstheorien sind auch bei den Nationalrevolutionären verbreitet. Es mag sein, dass man Kellmann hier falsch versteht, seine bisher nur halbherzige Distanzierung von Oberlercher nähert jedoch den Verdacht, dass er den Nationalrevolutionären näher steht, als er womöglich auch sich selber eingestehen will.

ögyr

Naziaktivitäten in Neumünster

Rund 15 Neonazis haben sich am Freitag den 10.6.01 am Holstenköstenlauf beteiligt. Deutlich erkennbar waren sie an ihren T-Hemden (Originalton Club 88) mit der Aufschrift „Club 88 – the very last Resort" (Club „Heil Hitler" – der allerletzte Ausweg).

Den Nazis ging es mit der Aktion vor allem darum, Menschen an ihren Anblick und damit an die von ihnen vertretene Propaganda zu gewöhnen. Die z.T. wegen schwerer Körperverletzung vorbestraften Nazischläger wollen als die „netten Jungs von nebenan" dastehen. Faschismus soll als politische Meinung neben anderen als normal akzeptiert werden. Um so wichtiger war es, dass sich rund dreißig Menschen spontan am Ziel versammelten und die ankommenden Neonazis mit „Nazis Raus" Rufen empfingen. Allerdings kamen von den 15 Neonazis nur etwa 8 Personen ins Ziel – die anderen haben wohl unterwegs schlapp gemacht.

Am Sonnabend beteiligten sich Neumünsteraner Neonazis an einer Demonstration des faschistischen „Bündnis Rechts" in Lübeck. Nach Ende der Veranstaltung fuhren rund 35 Neonazis, unter ihnen der Hamburger Naziführer Christian Worch, in den Club 88. Die Polizei war beim Eintreffen der Nazis zwar mit einer großer Zahl BeamtInnen vor Ort, zog sich allerdings nach einiger Zeit wieder zurück. Die Neonazis feierten bis in den Abend hinein auf dem Hof hinterm Club 88.

Die Vorfälle am Wochenende bewiesen erneut sowohl die Notwendigkeit den Club 88 möglichst bald zu schließen als auch den Neonazis überall offensiv entgegenzutreten, um öffentliches Auftreten und die damit verbundene Gewöhnung an faschistische Propaganda zu verhindern. Wir möchten deshalb nochmals auf den Aktionssommer des Bündnis gegen Rechts hinweisen, mit dem wir versuchen beiden Zielen ein Stück näher zu kommen.

Der Aktionssommer besteht aus mindestens sieben Veranstaltungen, Rock-Konzert, Fußballturnier, politische Kundgebungen u.v.a.m., in unmittelbarer Nähe des Club 88. Der Beginn ist ein Motorradcorso des antifaschistischen Motorradclubs „Kuhle Wampe" am Samstag den 16.06.01. Die MotorradfahrerInnen treffen sich um 11.00 Uhr auf dem Großflecken und werden nach einer kurzen Kundgebung weiter zum Club 88 fahren. Nach einer Kundgebung vor dem Nazitreff geht die Fahrt weiter nach Elmshorn, wo vor dem IG Metall Büro die Abschlusskundgebung stattfindet. In Elmshorn haben Neonazis in der Vergangenheit mehrfach Anschläge auf AntifaschistInnen und MigrantInnen verübt und waren für Morddrohungen gegen den dortigen Geschäftsführer der IG-Metall verantwortlich.

Bündnis gegen Rechts Neumünster

Die B4-Connection

Neben der Neonazi-Struktur in Kiel (siehe Eie Nr. 13) ist es vor allem die Region Kreis Pinneberg, in der die Szene in den letzten Jahren stark gewachsen ist und immer wieder für Schlagzeilen sorgt.

Am 15. April 2001 kam es bei einer Geburtstagsparty im TSV-Vereinsheim in Ellerbeck (Kreis Pinneberg) zu einem Polizeieinsatz, in dessen Verlauf zwei Polizisten von bekannten Neonazis des Pinneberger Sturms verletzt wurden. Am Ostersonntag feierten dort zwei junge Frauen mit 40 Gästen, unter dehnen sich ca. ein dutzend Neonazis des Pinneberger Sturms befanden.

Ausgelöst wurde der Polizeieinsatz durch den Angriff des Führers der Pinneberger Kameradschaft, Klemens Otto, auf einen Ex-Kameraden, der sich nach eigenen Angaben von der Szene gelöst hat. Dieser fuhr nachdem er mit einem »mit Bleistaub gefüllten Handschuh« attackiert worden war, zur Polizeiwache in Rellingen und erstattete Anzeige gegen Otto wegen Körperverletzung. Gegen 23.15 Uhr trafen 10 Beamte am Vereinsheim ein. Bei der Durchsuchung der Räumlichkeiten nach Tätern wurden zwei Polizisten »von einer Personengruppe abgedrängt und mit Fäusten, einem Stock und einem Stuhl« an Kopf und Körper verletzt. Ein Beamter musste im Krankenhaus behandelt werden.

Die Kollegen der verprügelten Polizisten holten daraufhin Verstärkung und lösten die Fete auf. Dabei wurden Platzverweise ausgesprochen und mehrere Neonazis bis zum nächsten Tag in Gewahrsam genommen. Am Ostermontag übernahm die »Ermittlungsgruppe Rechtsradikalismus der Bezirks-Kriminalinspektion Itzehoe« die Ermittlungen und verhörte die in Gewahrsam sitzenden Neonazis.

Am Dienstag dem 17. April wurde Klemens Otto als Verursacher der Auseinandersetzungen und Beschuldigter der schweren Körperverletzung gegen seinen Ex-Kameraden dem Haftrichter vorgeführt und in Untersuchungshaft gesteckt, da er noch eine Bewährung offen hat: Im Mai 1998 wurde Otto zu einer Haftstrafe von zwei Jahren auf Bewährung verurteilt, weil er im August 1997 mit Gesinnungskameraden des Pinneberger Sturms einen 36-jährigen Togolesen aus rassistischen Motivation schwer verletzt hatte. Nach der Geburtstagsfeier eines Kameraden wollten die Feiernden am Krupunder Bahnhof »St. Pauli-Zecken klatschen« gehen, aus Ermangelung an St. Pauli-Fans griffen sie dort den zufällig anwesenden Togolesen an, der nur durch das beherzte Eingreifen eines Taxifahrers vor noch schwereren Verletzungen bewahrt wurde. In dem darauf folgenden Prozess wurden die tatbeteiligten Neonazis vor allem deshalb nur zu Bewährungsstrafen verurteilt, weil sie mit Unterstützung der Jugendgerichtshilfe dem Gericht glaubhaft machen konnten, sie »hätten mit der Neonazi-Szene nichts mehr am Hut«.

Im Laufe der Woche nach der Fete in Rellingen wurden von der Staatsanwaltschaft Itzehoe 16 Wohnungen von Neonazis in der Unter-Elbe-Region durchsucht. Dabei wurden nicht näher bezeichnete Beweisstücke, vor allem Schuhe und Kleidungsstücke, sichergestellt. Per DNA-Analyse sollten die Täter des Angriffs gegen die Polizeibeamten gefunden werden. Am 22. April wurde daraufhin gegen den 23-jährigen Elmshorner Alexander S. Haftbefehl erlassen. Er soll dem am Boden liegenden Polizisten mit einem Stuhl geschlagen haben. Auch er hatte eine Bewährungsstrafe wegen Körperverletzung offen.

Obwohl die Polizei großmundig verlauten ließ, die Szene sei »stark unter Druck gesetzt« kam es schon in der Nacht vom 20. (!) zum 21. April zu Solidaritätsbekundungen der rechten Szene für ihren Anführer Klemens Otto: An der Polizeistation in Ellerbeck wurden Hakenkreuze und die Parole »Juden raus« gesprüht, an der BAB 23 hingen Transparente mit der Aufschrift »Freiheit für die Nationalsozialisten« und »Es wird ein heißer Sommer«

Die Reaktion der Polizei auf diese Vorgänge werfen ein bedenkliches Licht auf die Behörden. Konrad Freiberg von der Gewerkschaft der Polizei (GdP) will die rechten Schläger »gnadenlos einkassieren« und schwadroniert: »auf diese (!) Entwicklung kann es nur eine knallharte Antwort geben«. »Sie (Die Neonazis, d. A.) müssen spüren, dass sie die Unterlegenen sind ...« wird er zitiert. In diesem Zusammenhang soll eine Studie der GdP ein Sicherheitskonzept für Polizisten vorlegen »in der auch die Schießausbildung auf den Prüfstand gestellt werden muß«.

Auch der Polizeidirektor Porchmann macht auf einer Dienststellenleiter-Besprechung der Polizeiinspektion Pinneberg »ausdrücklich klar, das sich Vorfälle dieser Art in seinem Verantwortungsbereich in Zukunft nicht wiederholen werden«. Er will das Einsatzpersonal anheben und die Polizeiführer des Landkreises bezüglich einheitlicher Maßnahmen gegen rechtsradikale informieren. Hiermit soll ein »... konsequenter ... Druck gegenüber dieser Szene ausgeübt« werden.

Das die Gewalt der Pinneberger Sturms dieses mal einen Polizeibeamten getroffen hat, mag die wortgewaltigen Reaktionen erklären, sie sind jedoch weder glaubwürdig, noch ist der Ruf nach »knallharten Antworten« nachvollziehbar. Das Neonazismus ein gesellschaftliches Problem ist, das seine Wurzel in der Mitte der Gesellschaft hat und demnach nicht mit einem Starkem Staat zu bekämpfen ist, muss als Grundlage für die Diskussionen um Neonazismus, Ras-

sismus und Antisemitismus auch von den Behörden anerkannt werden. Bisher allerdings sahen die Behörden im Kreis das »Neonazi-Problem« vor allem unter kriminalpräventiven Gesichtspunkten und verharmlosten die Aktivitäten der Neonazis lediglich als Sachbeschädigungen und Verunstaltungen.

Wie sonst ist es zu erklären, das der Polizeidirektor Porchmann erst jetzt »die Polizeiführer des Landkreises ... bezüglich einheitlicher Maßnahmen gegenüber Rechtsradikalen informiert«. Der Bestand des Einsatzpersonals soll angehoben werden das wurde »im Hinblick auf die Führsorgepflicht gegenüber Mitarbeitern für erforderlich gehalten«. Das klingt, als ob die Polizei der Gewalt der Neonazis erst dann Gewicht beimisst, wenn es einen aus ihren eigenen Reihen trifft.

Dabei ist das Problem Neonazis und die Gewalt derselben ein uraltes im Kreis Pinneberg. Schon in den 80er-Jahren machte eine ANS-Kameradschaft Pinneberg die Gegend unsicher. In den frühen 90er-Jahren war es vor allem die FAP um die Brüder Glen und Andre Goertz, die – ausgehend von der Bundesgeschäftsstelle der FAP in Halstenbeck-Krupunder – AusländerInnen und politische GegnerInnen bedrohte und angriff. Zu der Zeit wurde die Neonazi-Clique um den Bahnhof Krupunder noch von Polizei und Stadt als »Problem einer perspektivlosen und gelangweilten, aber harmlosen Gruppe« klein geredet. Doch aus dieser Clique ist Ende der 90er Jahre der Pinneberger Sturm um den Kameradschaftsfüher Klemens Otto entstanden. Die neonazistischen Aktionen gegen das »Bündnis gegen Rechts« in Elmshorn der letzten eineinhalb Jahre gehen ebenso auf das Konto dieser Kameradschaft wie unzählige Übergriffe auf MigrantInnen in der Region, exemplarisch sei hier der Überfall auf einen Afrikaner während des Barmstedter Stadtfestes im Sommer 2000 benannt.

Dieser Szene, die in den letzten vier Jahren kontinuierlich gewachsen ist, kann nach Schätzungen aus antifaschistischen Kreisen ein Kern von 40 Neonazis und ein Umfeld von 50 rechts beziehungsweise rassistisch eingestellten Jugendlichen zurechnet werden, die fest verankert im norddeutschen Netzwerk der »Freien Kameradschaften« mit zum Teil internationalen Kontakten sind. Auffällig ist das sich auch immer mehr junge Frauen in dieser Szene verorten, es kann ein Anteil von 20 Prozent angenommen werden. So gab es in den letzten 2 Jahren kaum einen Aufmarsch in Norddeutschland, bei dem Neonazis aus dem Kreis der Pinneberger Kameradschaft fehlten und Kaderfunktionen übernahmen. Daher ist das Transparent »es wird ein heißer Sommer«, das am 20. April, dem Geburtstag des »Führers«, über der BAB 23 hing als Drohung ernst zu nehmen und vor allem mit Sorge zu betrachten.



Natinale Sozialisten in Pinneberg nichts neues: Schon in den 80er-Jahren machte eine Kameradschaft Pinneberg der Aktionsfront Nationale Sozialisten die Gegend unsicher.

Lübecker Polizei nimmt antisemitischen Terror nicht ernst!

Am Montag, den 19.Februar, gegen 18.00 Uhr entdeckte eine Anwohnerin auf dem Gelände der Lübecker Synagoge einen braunen Aktenkoffer, an dem Drähte und eine blinkende Lampe befestigt waren. Bereits am frühen Nachmittag waren bei der Polizei in Bad Schwartau und zwei Stunden später beim Logenhaus in der St.- Annen-Strasse zwei Bombendrohungen eingegangen. Diese wurden von der Lübecker Polizei offensichtlich nicht ernst genommen. Entweder wurde das Gelände nach den Drohungen nicht gründlich genug abgesucht und der Aktenkoffer lag dort bereits mehrere Stunden unbemerkt herum oder er wurde später dort abgestellt. In beiden Fällen muss sich die Lübecker Polizei ein dilettantisches Fehlverhalten vorwerfen lassen. Glücklicherweise erwies sich der Aktenkoffer in diesem Fall lediglich als Bombenattrappe.

Bereits 1994 und 1995 waren zwei Brandanschläge auf die Synagoge verübt worden. Nur im ersten Fall konnten die Täter, vier junge Nazi-Skinheads, ermittelt werden. Seit dem zweiten Anschlag wird die Synagoge von zwei Polizeibeamten rund um die Uhr bewacht. Der Sprecher der Bezirkskriminalinspektion Lübeck, Frank-Michael Buchhorn, betont: „ Die Sicherheit der Synagoge hat bei uns höchste Priorität". Mit Blick auf die gefundene Bombenattrappe stellt sich die Frage, was die zwei Polizeibeamten auf dem Gelände machen bzw. was für die Lübecker Polizei „höchste Priorität" bedeutet. Wie immer bei solch offensichtlich antisemitisch, neofaschistisch motivierten Taten ermittelt die Polizei derzeit in alle Richtungen. Das dabei keine konkrete Spur entstehen kann (oder soll?) versteht sich von selbst. Immer wieder ist neofaschistischer Terror in Lübeck in den letzten Jahren vertuscht worden. So wurde nach dem zweiten Synagogenanschlag von der Polizei ein Tatverdächtiger präsentiert, welcher sich angeblich an den Flammen sexuell erregt habe. Auch bei einem Brandanschlag auf ein Lübecker StudentInnenwohnheim Mitte der 1990er Jahre, bei dem ein Mensch ums Leben kam, wurde ein politischer Hintergrund ausgeschlossen. Mehrere großflächig gesprühte schwarze Hakenkreuze sollten offenbar übersehen werden. Das bekannteste Beispiel für die scheinbar politisch motivierte Ignoranz ist der Brandanschlag auf das AsylbewerberInnenheim in der Lübecker Hafenstrasse im Januar 1996, bei dem zehn Menschen ums Leben kamen.

Dass sich Lübecks Bürgermeister Bernd Saxe im Zusammenhang mit dem Fund der Bombenattrappe fragt, „wie so etwas passieren konnte, nach allem, was in den vergangenen Jahren in unserer Stadt geschehen ist", beantwortet sich in Kenntnis der oben beschriebenen Tatsachen von selbst. Solange Justiz, Polizei und Politik neofaschistische Taten immer wieder zu deckeln versuchen und sich mehr Sorgen um den guten Ruf Lübecks als um die Opfer machen, werden sich die gewaltbereiten Neonazis in Lübeck in ihrem menschenverachtenden Tun weiter motiviert fühlen.

Ein kurzer Bericht von der Demonstration am 2.Juni in Elmshorn

Unter dem Motto „Keine Toleranz für Polizeischikanen in Elmshorn und anderswo- Antifaschismus ist kein Verbrechen sondern selbstverständlich"fand am Samstag, den 2. Juni eine Demonstration in Elmshorn statt.

Etwa 45 Antifaschistinnen und Antifaschisten demonstrierten trotz Regens von der Elmshorner Innenstadt zum dortigen Amtsgericht. In Kundgebungsbeiträgen forderten, sie die sofortige Einstellung aller Ermittlungen und Verfahren gegen AntifaschistInnen, speziell, aber nicht nur in Elmshorn, und solidarisierten sich mit allen von Repression und Einschüchterung Betroffenen.

Außerdem wurde in zwei Redebeiträgen auf die Situation in den Gefängnissen der Türkei verwiesen, wo sich der Kampf der Gefangenen aus der türkischen radikalen Linken weiter zuspitzt. Im Vorfeld und im Anschluss an die Demonstration beteiligten sich viele DemonstrationsteilnehmerInnen an der von türkischen und kurdischen GenossInnen auf dem Elmshorner Marktplatz abgehaltenen Mahnwache und solidarisierten sich auf diese Weise mit den Kämpfen in der Türkei.

Zu den jetzt anstehenden Prozessen vor dem Elmshorner Amtsgericht sind Aktionen in Planung. Achtet auf Ankündigungen! Auf der Webseite www.come.to/ea_elmshorn (geht jetzt endlich auch mit Netscape Browser!)könnte Ihr Euch auf dem Laufenden halten. Auch sind hier zwei Reden auf der Demonstration gehaltene Reden und ein Artikel der „Elmshorner Nachrichten" zur Demonstration dokumentiert.

Antifaschismus ist kein Verbrechen sondern selbstverständlich!

Vorbereitungskreis 2.6.
Antirepressionsgruppe / Ermittlungsausschuss Elmshorn
mehr: www.come.to/ea_elmshorn
Kontakt:
c/o
Raum für linke und ökologische Projekte
Weberstr. 5
25336 Elmshorn
Telefon: 0178 – 5145761 (Di, Mi: 18-20Uhr)



„Die Ordner machen das schon..."

Braune Atomkraftgegner marschierten in Uelzen auf der Stelle

Der Castor war längst im Zwischenlager – da meldeten sich die Neonazis mit einem Aufmarsch in Uelzen zu Wort. Eine gute Woche nach dem Tag X versuchten sich die norddeutschen Kameradschaften auf ungewohntem Terrain: „Umweltschutz heißt Heimatschutz" das neu aufgelegte Motto. Die Nazidemo in Uelzen am 7. April war allerdings nicht gerade ein großer Erfolg für die wieder einmal erwachte Blut-und-Boden-Ökologie.

Es goß in Strömen und auf dem Platz vom dem Uelzener Rathaus hatten sich einige hundert Gegendemonstranten eingefunden. Das Wetter hatte es nicht gut gemeint mit der Veranstaltung des bürgerlichen Anti-Nazi-Bündnisses „Uelzen gemeinsam gegen Rechtsextremismus". Und so wenig interessant wie das Wetter war auch die Kundgebung. Bemerkenswert höchstens, dass es sich die Braunschweiger Polizeieinheiten nicht nehmen ließen, jeden zu kontrollieren, der auf den Platz wollte und irgendwie nach Antifa aussah. Vielleicht waren die Bullen noch im Castor-Kontroll-Wahn.

Einen guten Kilometer entfernt am Schützenplatz sollten die Nazis aufmarschieren – um 11 Uhr. Zu dieser Zeit war der Polizeisprecher noch guten Mutes und überzeugt von der Provinzialität des Aufmarsches und seiner Gegner. „Es wird ein ruhiger Tag. Hier brennt heute nichts an." Er sollte sich getäuscht haben.

Irgendwann kurz nach 11 Uhr kam dann der Nazikonvoi, der die Kameraden aus den norddeutschen Bundesländern auf dem Schützenplatz ausspuckte. Die Nazis vom Selbstschutz Sachsen-Anhalt reisten ganz selbstbewußt mit der Bahn und zu Fuß zum Aufmarschplatz – ohne polizeiliche Begleitung. Die war auch nicht nötig, denn noch waren die Antifas nicht vor Ort. Ganz in Ruhe breiteten die Rechten ihre Transparente aus, frisch gemalt: „Nationalisten gegen Atomkraft" oder „Gegen Castor – unter diese Erde gehört nur das System". Noch

während die einen über die Fahnenfrage diskutierten (Ist die ostfriesisische eine Landesfahne und darf deshalb mitgeführt werden?), mußten die anderen sich schon um ihre Sicherheit Gedanken machen: Die frisch gebackenen Ordner stolperten den herannahenden Antifas entgegen und suchten die eigenen Kameraden zu beruhigen, die sich schon in einen Kampf werfen wollten: „Leute bleibt ruhig, die Ordner machen das schon". Von „machen" konnte aber keine Rede sein. Wenn jemand „gemacht" hat, dann die Bullen, aber auch die waren (anfangs) etwas überrascht. Anstatt der erwarteten versprengten Antifa-Grüppchen standen plötzlich 200 dort, in Wurfweite und nur eine kleine, fast bedeutungslose Polizeikette dazwischen. Während also die Nazis versuchten, eine Marschordnung herzustellen und die Kameraden in die richtige Reihenfolge zu bringen, setzten die Antifas zum Angriff an: Flaschen, Obst und vor allem Farbe flogen Richtung Nazis. Ergebnis: Mehrere besprenkelte Kameraden (wunderschöne Farben wie braun oder schweinchenrosa), einige besprenkelte Bullen und eine aufgeregte Polizeiführung, die die Leitung des Naziaufmarsches erstmal zu sich zitierte. Und bevor der Aufmarsch sich vom Schützenplatz in Bewegung überhaupt hatte setzen können, wurde er auch schon wieder gestoppt. Die Bullen ließen die Nazis wissen, dass die öffentliche Sicherheit jetzt gefährdet sei, deshalb könne es nur eine Kundgebung geben.

Dann begann der unschöne Teil des Tages. Thomas Wulff und Peter Borchert hielten lange Vorträge über das Recht der „nationalen Opposition" zu allen Themen zu demonstrieren, über Atomlobby und Atomstrom und die angebliche Zusammenarbeit zwischen Antifa und Staat. „Wir werden uns auch in Zukunft über Atomenergie äußern", betonte Wulff und Borchert referierte noch einmal über den Inhalt des Transparentes: „Ich frage mich, wer gehört unter die Erde, die Castoren oder das System?".

Währenddessen zogen die Bullen eine Kette nach der anderen auf, drängelten und schubsten die Antifas außer Wurfweite und ließen es sich auch nicht nehmen, den einen oder anderen mit einem Greiftrupp festzunehmen.

Irgendwann war dann aber auch der Redefluß der Nazikader gestoppt, die Kameraden mußten wieder in die Autos einsteigen – was sie aber nicht taten. Warum? Sie hatten Angst vor weiteren Angriffen. Also ergab sich folgendes groteske Bild: Der jeweilige Fahrer am Steuer, die Türen offen, die drei oder vier weiteren Insassen im Laufschritt neben den Wagen – kleine Wurfflaschen schon in der Hand. Daraufhin bekamen die Bullen zu viel – brüllten die Nazis an, sie sollen endlich einsteigen, woraufhin Peter Borchert nur leise vor sich hinmurmelte: „Wir können uns auch selbst schützen, auch wenn Sie das nicht möchten, das sage ich Ihnen ganz ehrlich". Eingestiegen sind trotzdem alle. Blieb noch der „Selbstschutz Sachsen-Anhalt", der irgendwie zurück zum Bahnhof mußte. Bepöbelt von einem Haufen GegendemonstrantInnen zogen die Nazis im Wanderkessel gen Bahnhof, wo weitere Antifas auf sie warteten. Startschuß für die Bullen, noch einmal eine kleine Hetzjagd auf die anwesenden Nazigegner zu veranstalten. Mit Knüppeln wurden den Antifas hinterhergehetzt, während die Sachsen-Anhaltiner hinten über die Gleise auf den Bahnsteig geleitet wurden. Rein in den erstbesten Zug. Doch der fuhr nach Lüneburg, falsche Richtung. „Egal", sagten die Bullen, „rein da" – „sonst werden in Gewahrsam genommen". Darauf hatten die Rechten dann wohl doch keine Lust. 40 Nazis in einem Zug in die falsche Richtung und kein Bulle ging mit – die schon im Interregio befindlichen Fahrgäste fanden diese Lösung nicht gerade besonders toll. „Lagebereinigung" sei das, erklärte stolz der Polizeisprecher, „Hauptsache, weg aus Uelzen". Weg aus Uelzen hieß dann – Marsch in Bad Bevensen. Die 150 Nazis trafen sich nämlich alle nochmal in der nächstbesten Kleinstadt – zum Spontanmarsch.

Es war seit langem die erste Nazidemo gegen Atomkraft. Schon während der Proteste gegen das AKW Brokdorf Ende der 70er/Anfang der 80er hatte Manfred Roeder mit seinen Neonazi-Kameraden versucht, die Anti-AKW-Bewegung für sich zu vereinnahmen. Damals ohne Erfolg. Auch in Uelzen blieben die Neonazis unter sich. Kein wendländischer Bauer, kein Dannenberger Bürger, der sich dem Blut-und-Boden-Marsch der Nazis angeschlossen hätte. Die Ankündigungen des schleswig-holsteinischen „Bündnis Rechts", die vor dem Castor-Transport angekündigt hatten, sich an den Protesten zu beteiligen, löste bei der BI Lüchow-Dannenberg ebenfalls nur Empörung aus. Und das einzige, womit die Rechten während der Tage X öffentlich auf sich aufmerksam machten, war die Aktion in Dannenberg, als ein Auto mit einer Reichskriegsflagge auf dem Rücksitz in die Menge fuhr und eine Person verletzte.

Mit Sicherheit waren aber mehr Nazis im Wendland – auch während der Transporte, inkognito, als Demonstranten. So tönte Peter Borchert kürzlich auf einer Nazidemo, er sei im Wendland gewesen und habe dort demonstriert. In der Jungen Freiheit schreibt Urs Freyburg unter der Zwischenüberschrift „Schwarze Fahnen flattern allen anderen voran" völkisch verklärt: „Hier sind die Menschen plötzlich Volk – aus Einzelnen wird Bewegung". Und auch eine rechte Atomkraft-Gegnerin aus dem Landkreis Lüchow-Dannenberg, die unter dem Pseudonym „Lydia" der Jungen Freiheit ein Interview gibt, betont das ökologische Interesse der Rechten.

Im Internet finden sich des weiteren einige (begeisterte) Erlebnisberichte von Nazis, die im Wendland gewesen sein wollen (z.B. Thüringer Heimatschutz). Anfang Juni findet wieder eine Anti-Castor-Demo der Nazis statt, diesmal in Lübeck. Anläßlich der Anti-Castor-Proteste hat die Bremer Kameradschaft eigens eine Extra-Seite ins Netz gestellt, auf der sie auch – eigentlich fast nur – Texte aus der linken Ökologiebewegung bzw. der linksliberalen Öffentlichkeit gestellt haben. Weil es für die Kameraden aber möglicherweise ungewohnt ist, derartige Texte auf ihren Neonaziseiten zu lesen, gab's folgende Erklä-



„Linke" Themen von Rechts? Gegen Castor und für Palästina; die Naziszene versucht verstärkt vermeintlich linke Themen zu besetzen

rung: „Nach längerer Überlegung haben wir uns dazu entschlossen auch Artikel der Anti-AKW Bewegung sowie der System-Medien zu veröffentlichen. Im Gegensatz zu den eben erwähnten, ist uns das Thema wichtig und es ist uns vollkommen egal WER gegen den Castor demonstriert! Hauptsache er tut es (gewaltfrei-friedlich)!!! Der Nationale Widerstand solidarisiert sich mit der friedlichen Anti Castor Bewegung!!!"

Das Kalkül der Neonazis erliest sich leicht aus den Flugblättern und Texten. Sie stellen sich als friedlicher Widerstand dar, der gemeinsam mit den ansässigen Bauern und Bürgern die Unversehrtheit der Heimat verteidigen will. In ihren Augen ist es der Widerstand des Volkes gegen eine herrschende Politik, die den Volkswillen mißachtet. Die militante Linke hätte die Anti-AKW-Bewegung nur infiltriert. Deswegen müßten sich die Wendländer sich gegen die „dumpfe, linke Gewalt, die dem System unnötig in die Hände spielt" positionieren.

Den Nazis geht es vorrangig um den Schutz der Heimat (=äußere Umwelt) als Lebensgrundlage des deutschen Volkes. Eng verknüpft mit diesem Gedanken ist der Lebensschutz (=innere Umwelt), d.h. die Ablehnung von Abtreibung. Propagiert wird ein Ideal einer „ökologischen Kreislauf- und Bedarfswirtschaft" mit verstärkter wirtschaftlicher Autarkie, das sich gegen die derzeitige „Ausbeutung der Natur", der „Ausplünderung der Rohstoffvorkommen" und die „egoistische Konsumgesellschaft" richtet. Nachlesen läßt sich dies in einem Papier der JN zum „Natur- und Lebensschutz", reine Blut-und-Boden-Ideologie. Diese Gedanken sind überhaupt nicht neu – hat die Ökologiebewegung in Deutschland doch immer schon rechte Wurzeln gehabt. Auch die Gründungsgeschichte der Grünen ist zu großen Teilen die Geschichte einer rechten Bewegung, in der erst nach und nach Linke die Oberhand gewannen.

Heute wird die Anti-AKW-Bewegung in der Öffentlichkeit als „links" eingeordnet – sicher, weil in den vergangenen zwei Jahrzehnten hauptsächlich sich als „links" definierende Leute gegen Atomkraft und Umweltzerstörung demonstrierten. Ist das heute auch noch so? Solange die (Stiefel)Nazis ganz unter sich in Uelzen demonstrieren, mögen sie marginalisiert, unbeachtet bleiben. Trotzdem sollte sich die heutige Anti-AKW-Bewegung fragen, was ihre linken Inhalte sind. Sonst sind die Inhalte irgendwann austauschbar.

Kraftschlag goes Puff!

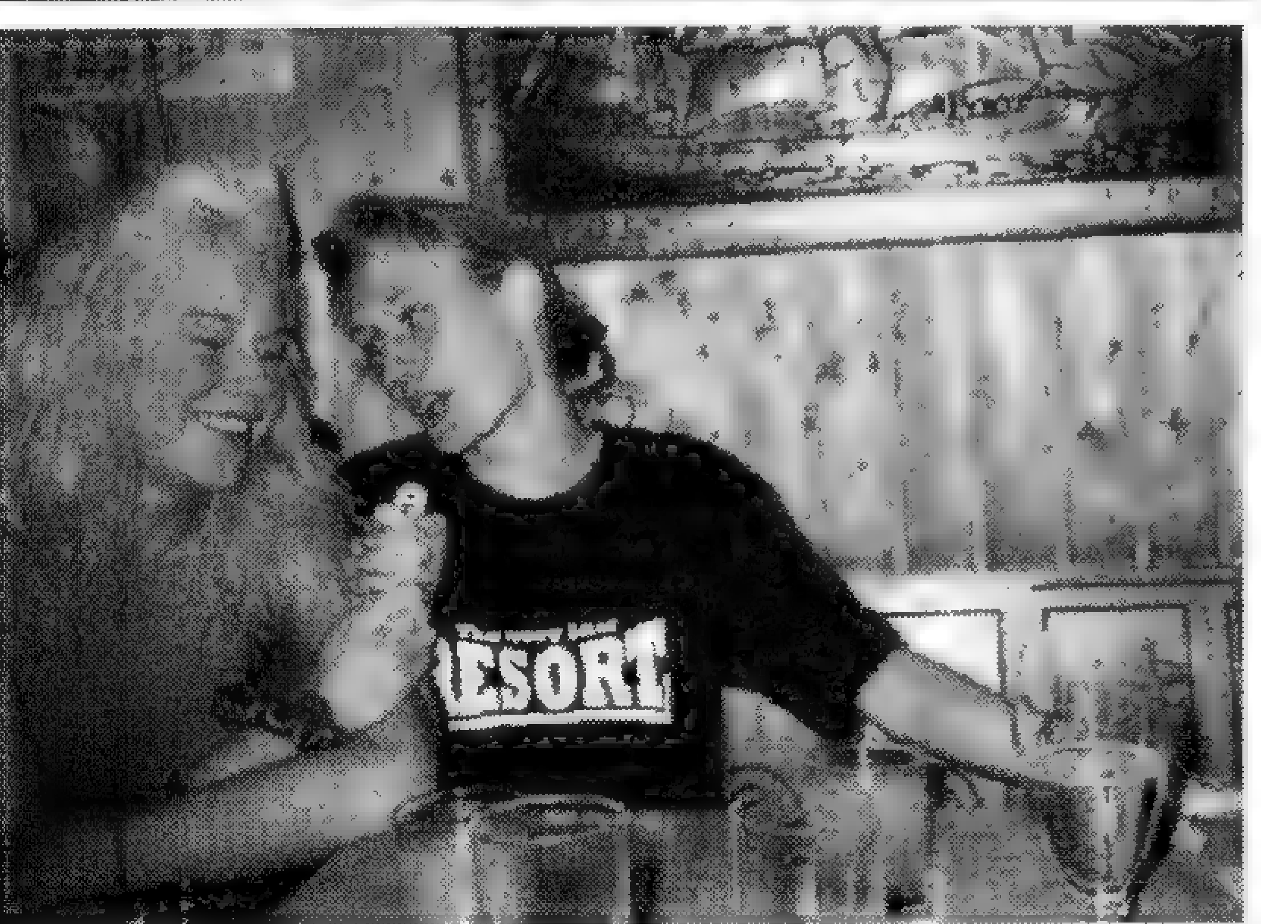
Schon am 23.03 als die ersten Konzertplakate der Kieler Gruppe V-Punk in der Kieler Innenstadt auftauchten, auf denen nur der Veranstaltungstermin, aber nicht den Veranstaltungsort stand. Und in den Kieler Nachrichten eine Anzeige mit den Worten „ V-Punk – ausverkauft – 7.April 2001" zu lesen war, schwante einem das es sich nicht um ein einfaches Punk - Konzert handeln würde.

Auch in einem Schaufenster der Kieler Kneipe „Fischerklause" hing ein V-Punk Plakat.

Bis vor kurzen war die Kneipe noch unter der Internetadresse **www.fischerklause-ballerclub88.de** präsent, und ist als Treffpunkt von Personen der Kieler Rotlicht Szene, Hooligans, und Neonazis bekannt. Das Konzert, das von der Fischerklause und dem Neumünsteraner Nazi-Club 88 organisiert wurde, und zu dem fast 300 Konzertkarten bundesweit verkauft wurden, sollte nach den Planungen der Veranstalter in den Abendstunden des 07.04. in den Räumlichkeiten der ehemaligen Diskothek „Flash" in der Flämischen Straße stattfinden.







Ausschnitte aus der Homepage „fischerklause-ballerclub88.de": Deutschlandfahnen, Lustige Burschen und auf „The very last Resort" - T-Shirts Solidaritätsbekundungen für den Nazi-Club 88 in Neumünster



Die Gruppe Kraftschlag

Da die Polizei schon im Vorfeld ermittelt hatte das es sich nicht um ein wie vom Veranstalter beim Kieler Ordnungsamt angemeldetes Punk-Konzert handelte, sondern das auch ein Auftreten der deutschen Nazi Band „Kraftschlag" geplant war, wurde aufgrund einer Gefahrenprognose das Konzert vom Ordnungsamt Kiel verboten.

Die Tonträger der Gruppe „Kraftschlag" sind wegen ihrer Volksverhetzenden Inhalte überwiegend verboten. Der Sänger der Band Jens Arpe wurde Ende 1997 wegen Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, Volksverhetzung, Billigung von Straftaten, Beleidigung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener zu zwei Jahren Haft ohne Bewährung verurteilt. Die Bandmitglieder haben sehr gute Kontakte zum Internationalen, den Nazi-Musikmarkt beherrschenden, und seit Sommer 2000 in Deutschland verbotenen Blood and Honour (B&H) Netzwerk.

Blaulicht statt Rotlicht

In den Nachmittagsstunden wurde dem Besitzer der Diskothek „Flash", und Anmelder des Konzertes, Zjelko Topic das Konzertverbot von der Polizei mitgeteilt. Zjelko Topic ist auch als Sänger und Chef der Gruppe V-Punk (siehe Artikel „Dafür singen wir jetzt deutsch")bekannt.



Kraftschlag-Sänger Jens Uwe Arpe

Auch rund 300 Polizisten aus Kiel und Eutin konnten bedingt durch die kurzfristige Absage des Konzertes nicht verhindern das sich in den Abendstunden bis zu 150 Neonazis vor den geschlossenen „Flash" sammelten. Unter den Nazis sah man so bekannte Gesichter wie die Club 88 Betreiberin Christiane Dollscheid, den Hamburger Nazi-Kader Jan Steffen Holthusen, und der kurz zuvor aus dem Neumünsteraner Knast entlassene Jens Arpe. Wenig später setzte sich Topic sichtbar nervös in einen Mercedes der Edelklasse und fuhr auf das Gelände des Kieler Seefischmarktes, das nicht weit entfernt von der Fischerklause auf dem Kieler Ostufer liegt. Nach und nach kam auch in die vor der geschlossenen Diskothek wartenden Neonazis Bewegung, und man verlud die für das Konzert vorgesehenen Getränke in eilends herbeigerufene Taxis und fuhr nun auch auf das Gelände des Kieler Seefischmarktes.

Durch das Eintreffen von zwei Hundertschaften der Polizei in dem Bereich des Seefischmarktes entfernten sich die 150 teils vor einer Halle wartenden Nazis von diesen Ort und

fuhren im Auto-Konvoi gegen 23.00 Uhr in den Neumünsteraner Club 88. Erst später wurde bekannt dass die Gruppe V-Punk seit einigen Monaten einen Proberaum in einer der Hallen auf dem Gelände angemietet hatte, und das dort ein Ausweichkonzert stattfinden sollte. Dieser Proberaum brannte knapp eine Woche später durch Brandstiftung aus.

Die Rotlicht Connection

Das dieses Konzert ausgerechnet im Kieler Rotlichtviertel stattfinden sollte verwundert einen nicht mehr allzu sehr, seit die mehr als freundschaftlichen Beziehungen zwischen Kadern der Kieler Naziszene und einigen „Geschäftsleuten" des Rotlicht Bezirks bekannt geworden sind. Am 04.11.00 wurde eine Anzeige in den Kieler Nachrichten geschaltet in der es hieß „Rock gegen links – 2. Dez 2000" der Auftraggeber war eine Person aus der Kieler Rotlichtszene.

Auch die Kieler NPD – Ortsgruppe hatte im Dezember letzten Jahres ein „Julfest" in der neben der Disco Flash liegenden „Jubi – Bar" abgehalten. Nach Flugblattverteilaktionen zieht sich die Nazitruppe gerne in das Rotlichtviertel Kiels zurück, wo sie auch ihre PKWs abstellen. Allenthalben scheint hier insbesondere der „Freie Nationalist" Peter Borchert gute Kontakte zu haben. Was wohl auch erklären mag aus welchen Kanälen die im letzten Jahr bei ihm sichergestellte Schusswaffe stammen könnte.

Peter von der Porn.

„...diesmal ist der Gesang fast ausschließlich deutsch."

(V-Punk, April 2001)

Die Kieler „punk" band Viva punk (v-punk) wurde, nach eigenen Angaben im Jahre 1996 von Zeljko Topic ins Leben gerufen, der hierzu, auf welchem Wege ist unklar, Schlagzeuger Bobby und die beiden scorecrows (Kieler Indieband aus den frühen 90ern) Musiker Marco und Kissi rekrutierte. Anfangs ließ sich die Band von der Kieler Promotionagentur pigmaster promotion buchen und „managen". Durch eben diese kamen sie zu ihren ersten Konzerten im Kieler und schleswig-holsteinischen Raum.

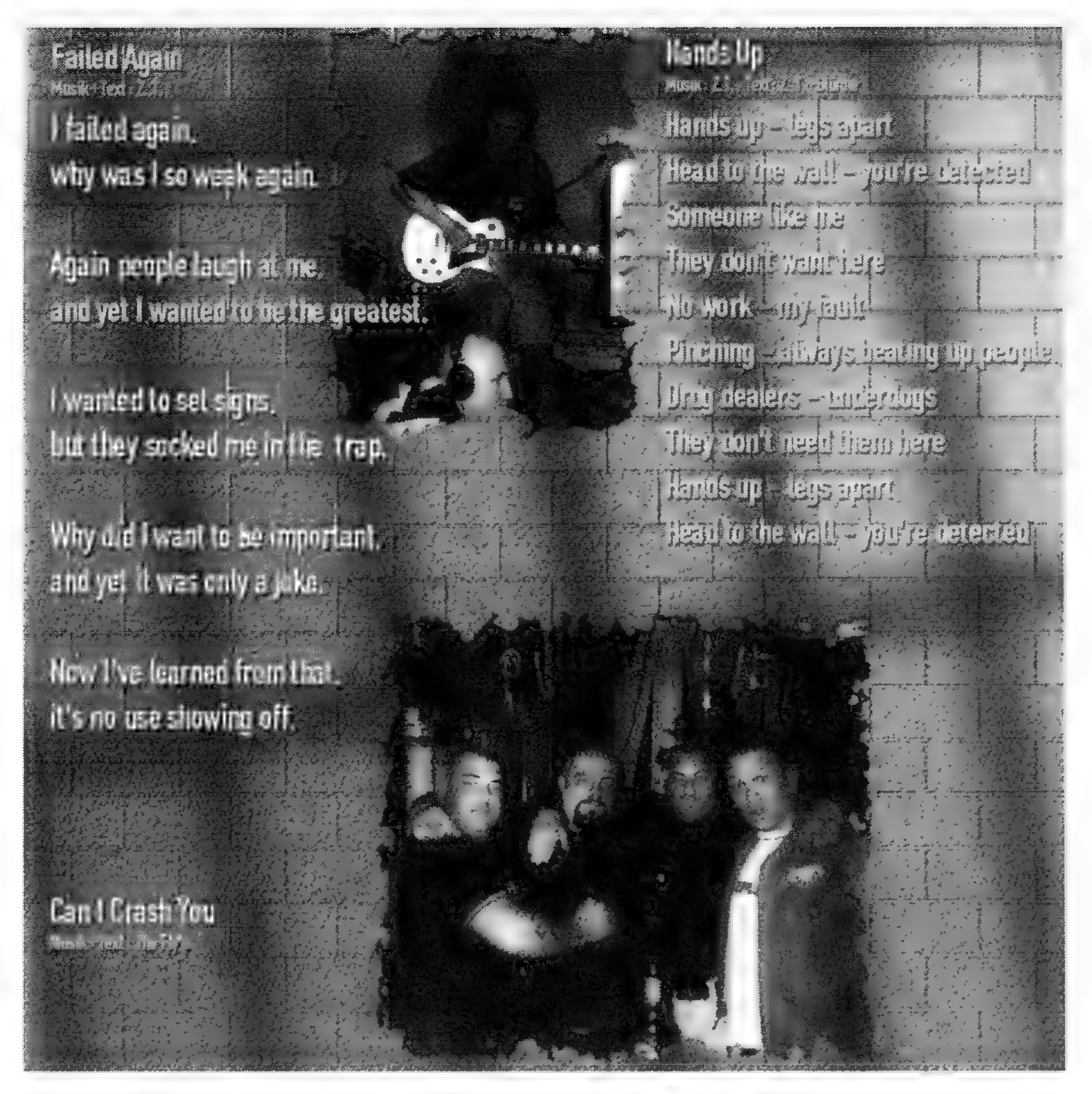
Der ursprünglich aus Frankfurt kommende Zeljko hatte darüber hinaus diverse Kontakte in die „punk Szene" und nutze diese alsbald, wenn es um den Versuch gehen sollte die Band in eben dieser zu etablieren. So wurde schon im selben Jahr eine erste CD auf dem Bremer punk Label „Weser label" veröffentlicht, welches ein ausgewiesenes antifaschistisches Image hatte und in der „Szene" durchaus angesehen war. Soweit alles unverdächtig, doch der massive Werbeaufwand, der mit dieser Veröffentlichung einher ging, ließ einige Leute skeptisch werden. Für eine so neue unbekannte Band wurden ganzseitige Anzeigen, oftmals in Farbe, geschaltet. Eine Aktion, wie sie für diese Musikrichtung gerade einmal von etablierten Plattenfirmen praktiziert wird.

V-punk investierten nicht nur viel Geld in Promotion, sondern bemühten sich obendrein noch mit größeren Bands, vor größerem Publikum zu spielen, wobei ihnen Zeljkos Geld und gute Kontakte hilfreich waren. Es entstand der Eindruck als würde versucht, die Band möglichst schnell und mit allen (finanziellen) Mitteln in der Punk-Szene zu etablieren, bzw. es sollte der Eindruck erzeugt werden, dies wäre schon geschehen.

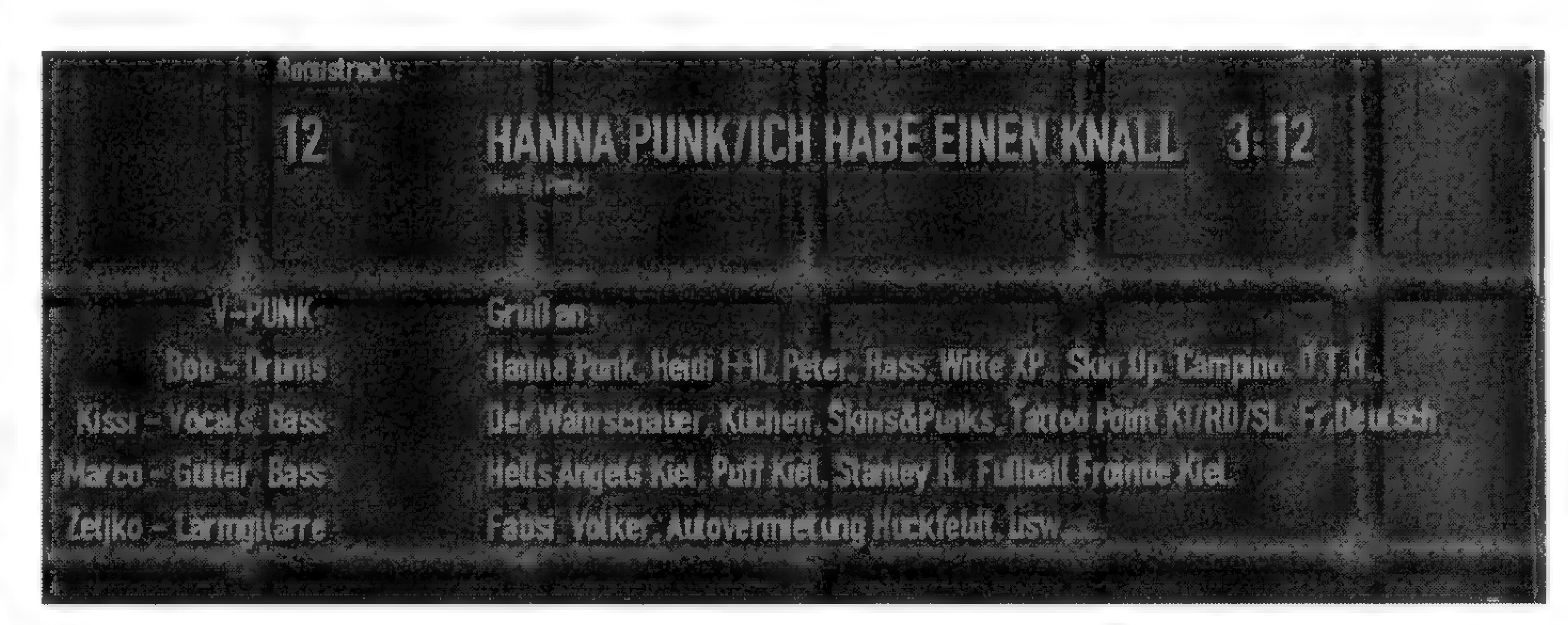
Nachdem sich zunächst viele Leute wunderten, woher das Geld für diese übertriebene Promotionskampagne herkam, stellte sich heraus, daß Zeljko enge Kontakte zum Kieler Rotlichtmilieu unterhält. Dies wurde von Band zunächst vehement bestritten. Als aber 1999 ihre Platte „failed again" erschien, legte die Band ihren Hinter-



V-Punk: links ZejkoTopic



V-Punk CD-Cover: Bildhintergrund „Puff Kiel" und zufällig auf dem Bild unten als 2. von Links ein Bekannter von der Homepage der Fischerklause (vgl. vorstehender Artikel). Zufall oder der Wirt?



V-Punk CD-Cover: Grüße an Puff Kiel, Hells Angels Kiel und Campino - Die Toten Hosen - muß sich mal jemand entscheiden auf welcher Seite man stehen will?

grund selbst offen. In der Beilage zu der CD finden sich neben Grüßen an den „Puff Kiel" auch Fotos der Band, gemeinsam mit einschlägig bekannten Personen. Etwa zur gleichen Zeit fand ein V-Punk Konzert in der „Pumpe" in Kiel statt, auf dem neben Personen aus eben diesem Milieu, auch Hooligans und Naziskins erschienen, die für eine angespannte und aggressive Stimmung, sowie einige Rangeleien, sorgten.

All dies führte dazu, dass die Band auf lokaler Ebene wenig Akzeptanz genoß, die großen Punk-Fanzines ließen sich davon aber nicht beeindrukken, wohl auch weil V-Punk gut zahlende Anzeigenkunden waren. Da aber trotz des großen Werberummels kaum jemand die (eher mittelmäßige) Band hören wollte, wurde es mit der Zeit ruhiger um V-Punk.

Im März 2001 tauchten dann Plakate auf, mit denen für ein V-Punk Konzert in Kiel, ohne genaue Ortsangabe, geworben wurde. Die Band war wieder da, allerdings mit neuer Besetzung, Bob und Kissi waren nicht mehr dabei.

Nachdem klar war, dass an den Abend kein lauschiges Punk Konzert stattfand, sah sich die Band nach Vorwürfen gezwungen, eine Stellungnahme zu verfassen. Darin schreibt der Zeljko, dass er das Verbot des Konzertes nicht nachvollziehen kann, weil „an dem besagten Abend nicht einmal 20 Glatzen gesehen wurden und kein Mensch verhaftet wurde". Die Polizei und das Ordnungsamt sahen das anders (s. Konzertbericht). Dass die Band darüber hinaus schon länger Kontakte zur neonazistischen Kreisen hatte, zeigt sich ebenfalls durch die Freundschaft des Frankfurter Alt-Naziskins Frank Michael Kuch („Kuchen") zur Band, der auf CD-Covers gegrüßt wird.

Als sich nun auch einige Veranstalter, Fanzines, Booker und Bands von der Band öffentlich distanzierten, sah sich Zeljko unter Zugzwang gesetzt und drohte Einzelpersonen indirekt körperliche Gewalt an, wenn sie weiter gegen die Band arbeiten würden.

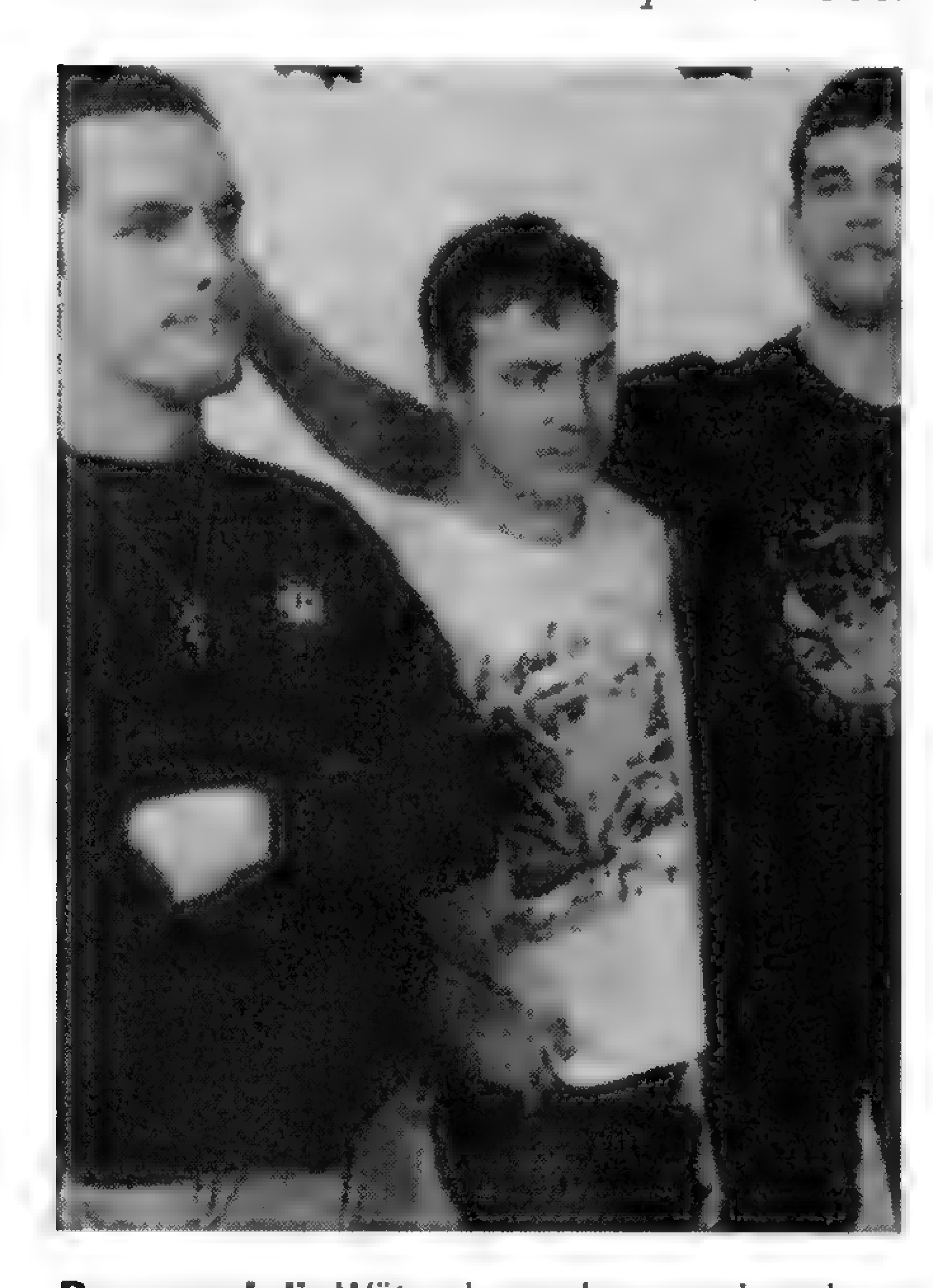
Denn offenbar haben Zeljko und seine Band noch großes vor, eine neue CD ist bereits fertiggestellt und wie aus Zeljkos Stellungnahme hervorgeht, ist der Gesang diesmal „fast ausschließlich deutsch". Das geneigte Publikum wird es mögen.



V-Punk Werbung in den Kieler Nachrichten für das von der Polizei gestürmte Konzert

Propaganhdi – today's empires, tomorrow's ashes (Fat wreck 2001)

Nach fünf Jahren Pause meldet sich die kanadische Polit-Melodycore Combo samt neuem Bassisten (Todd / i spy) zurück. Dies wirkt sich musikalisch nicht unerheblich auf die Band aus, zumal Todd auch Teile der Gesangparts übernimmt. Es entsteht fast so etwas wie eine Mischung aus beiden Bands, alte Propaganhi typische songs treffen auf Gemische aus eben solchen und Mitte 80er Us – hardcore(allen voran Mdc) Attacken. Wütender und aggressiver denn je paßt die Musik nun auch besser zu den Texten ,die „traditionell" wieder sehr politisch / sozialkritisch gehalten sind. Waren Propaganhdi doch für viele punk Kids so etwas wie die Crass oder auch dead kennedys der 90er



Propaganhdi: Wütender und aggressiver denn je paßt die Musik nun auch besser zu den Texten

Jahre über die sie in Kontakt mit linksradikaler Politik, Themen wie Vegetarismus und Feminismus kamen. Darüber hinaus sind die Bandmitglieder auch in Projekte wie dem G7 collective (Vertrieb linksradikaler Publikationen) aktiv und unterstützen andere wie z.B. „food not bombs" . Alles in allem wohl die beste Platte in diesem Genre seit einiger Zeit und auch durch das grandiose Artwork (LP mit siebzigseitigem Beiheft) eine durchaus lohnende Anschaffung.

At the drive-in relationship of command (grand royal/virgin rec. 2000)

Die Musikmedien aller Genre überschlugen sich förmlich vor Begeisterung als die Platte Ende letzten Jahres veröffentlicht wurde. Lobeshymnen von allen Seiten, selbst das eher „konservative" rolling stone magazine kürte sie zum Album des Jahres, ebenso wie etliche andere „Indie-magazine". Schnell war von der intensivsten, mit-



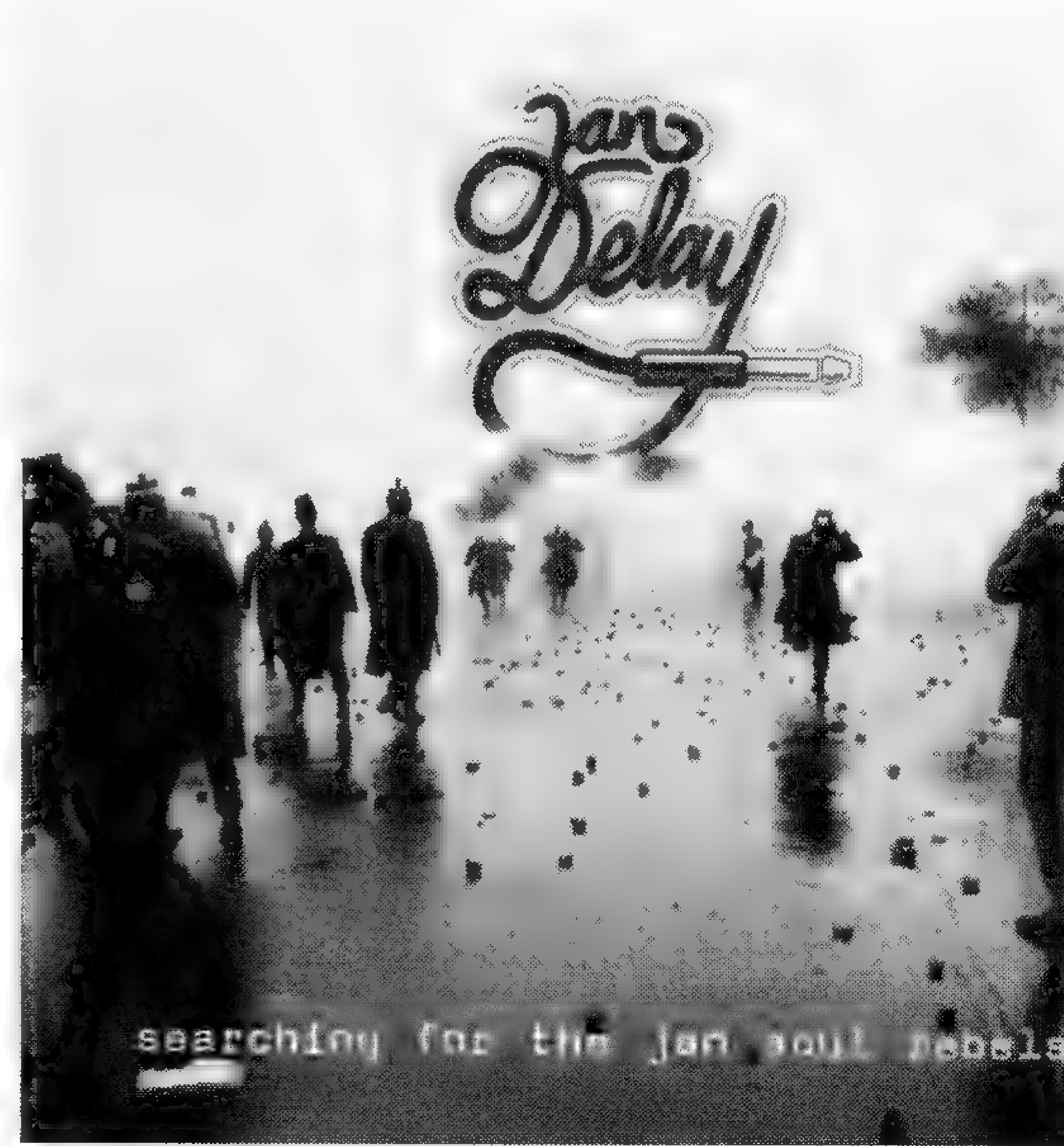
At the drive-in: Der lebende Beweis dafür, daß Gitarrenmusik auch heutzutage noch mehr als nur eine Existenzberechtigung hat.

reißensten Platte seit der ersten Fugazi die Rede. Gerade diese dürften ,genauso wie etliche andere Dischord und touch & go Bands (nation of the ulysses, gray matter, girls against boys, etwas big black) At the drive-in massiv beeinflußt haben. Gepaart mit einem Schuß Radiohead und einer nahezu perfekten Produktion entsteht hier DIE, auch meiner Meinung nach, Platte der letzten Jahre. Und dies nicht nur im „progressiven hardcore" Sektor Der lebende Beweis dafür, daß Gitarrenmusik auch heutzutage noch mehr als nur eine Existenzberechtigung hat. Empfehlenswert auch nahezu durchgehend die vorherigen Veröffentlichungen und die live performance dieser aus El Paso / Usa stammenden Band.

Jan Delay – searching for the jan soul rebels (Buback 2001)

Beim Begriff „Reggae" fallen sicherlich auch heutzutage vielen Leuten nur die ewig runtergedudelten Klassiker und der damit angeblich(!) einher gehende Rastafari-Kult ein. Bestenfalls noch einige moderne Facetten, aber welche Genossin, welcher Genosse hat sich schon einmal ernsthaft mit diesem Musikstil, seiner Geschichte, seinen Stilrichtungen und seinen diversen politischen Einflüssen auseinandergesetzt ? Wohl die wenigsten. Na ja, vielleicht wird dies ja nachgeholt, denn da taucht, wie aus dem Nichts, der deutsche „hip hopper" Jan Eißfeldt, hier Jan Delay, von den Absoluten Beginnern auf und tischt uns ein dermaßen tanzbares und politisch korrektes „reggae" Album auf, das uns einfach nur sprachlos macht. Auf einmal erscheint „reggae" nicht mehr als „reaktionär", sondern treibt die linken Massen kollektiv in die Plattenläden. Nahezu unglaublich möchte mensch meinen ! Spaß macht die Platte, einfach nur Spaß. Nebst politischen Anspruch kommt auch die Selbstironie zu keinem Zeitpunkt bei Jan Delay und seinen zahlreichen Gastmusikern zu kurz, nehmen sie doch oft genug Klischees, wie das oben genannte, äußerst elegant auf die Schippe. Also, Kampf den Klischees, den Stereotypen und tanzen gehen !

Fl



Jan Delay: Spaß macht die Platte, einfach nur Spaß!

Nazi-Konzert in Bönningstedt

In einem alten Saal am alten Bahnhofsgebäude in Bönnigstedt (Kreis Pinneberg) fand Anfang März ein Konzert mit der US-amerikanischen Band „Youngland" statt. Die Polizei sah bei der als privat bezeichneten Veranstaltung („Geburtstagsfeier"), die von etwa 140 Skinheads besucht wurde, nach eigener Darstellung keine Möglichkeit des Eingreifens, weil die Gruppe zwar gespielt, aber ihre rassistischen Texte nicht gesungen habe. Erneut konnte auf diese Weise ein Nazi-Treffen unter dem Deckmantel einer privaten Party stattfinden.

Neo-Nazi-Feier aufgelöst

Eine Geburtstagsfeier von Neonazis wurde am 11. März im Heider Heimweg polizeilich aufgelöst. Zunächst war es massiver Lärm, der die Polizei anrücken liess; später wurde die Musikanlagen beschlagnahmt, volksverhetzende CD`s beschlagnahmt und die Personalien aller Neonazis aufgenommen. Die Polizisten wurden in Sprechchören als „Juden" und „Judenschweine" beschimpft.

Skinheads in Itzehoe verurteilt

Zu 22 Monaten Haft beziehungsweise vier Wochen Dauerarrest hat das Landgericht Itzehoe zwei Nazi-Skinheads verurteilt. Die Jugendkammer befand die heute 26 und 23 Jahre alten Angeklagten schuldig der gefährlichen Körperverletzung, der Nötigung und des Diebstahls. Der 23-Jährige muss außerdem 1.500 Mark Schmerzensgeld an eines der Opfer zahlen. Im April 2000 hatten sie nach einer Feier zu Hitlers Geburtstag bei einer Schlägerei vor einer Diskothek in Heide mehrere Menschen mit Schüssen aus zwei Gaspistolen verletzt. Im August 2000 schlug der 26-Jährige seiner damals 16-jährigen Ex-Freundin einen Bilderrahmen über den Kopf, attackierte sie mit einem Regal und stahl ihr 400 Mark. Schon im März 1998 hatten die beiden einen 16-Jährigen wegen eines angeblichen `Kameraden-Diebstahls` krankenhausreif geschlagen und ihm die Springerstiefel gestohlen.

Nazi-Postfach nach Protest geschlossen

Das von den Elmshorner Neonazis unter dem Namen „Nationale Kräfte Elmshorn" genutzte Postfach 8203 ist von der Deutschen Post AG gekündigt worden. Zuvor hatte die IG Metall die Post aufgefordert, „militanten Neonazis keine organisatorische Hilfestellung bei der Organisation ihrer rassistischen, menschenverachtenden Tätigkeit" zu bieten. Das Postfach hatte eine Privatperson erschlichen, um es den Neonazis als Kontaktadresse zur Verfügung zu stellen. Dieser Vertragsbruch stand im Mittelpunkt der Kündigung.

Weiter Carl-Diem-Halle in Heide?

Seit 35 Jahren heißt die Sporthalle in der Heider Bürgermeister-Vehrs-Strasse nach dem führenden Funktionär des nationalsozialistischen Sportverbandes NSRL, Carl Diem (1882-1964). Nun hat der Deutsche Leichtathletikverband seine höchste Auszeichnung umbenannt; der „Carl-Diem-Schild" heißt nun „DLV-Ehrenschild. Damit folgte der Verband einer Initiative von Rüdiger Nickel, dem Vorsitzenden des Bundesausschusses Leistungssport im DLV. Der Jurist hatte anhand von dokumentierten Zitaten die Untauglichkeit Diems als Namensgeber nachgewiesen. So hatte Diem beispielsweise 1932 geäußert: „Germanen können nur von Germanen besiegt werden, das wollen wir uns merken. Deutschland, im Grunde unbesieglich." Im Oktober 1939 schrieb er: „Nach siegreichem Abschluss des Krieges soll man dem Führer den Vorschlag eines Großdeutschen Olympias als ewige Feier zur Wiederaufrichtung des Großdeutschen Reiches machen. An den Wettkämpfen kann jeder teilnehmen, der deutschen Blutes ist." Diese Entwicklung hat auch im Rat der Stadt Heide dazu geführt, dass erneut über eine Umbenennung der Halle nachgedacht wird.

Nazi-Rockband ruft zu Mord auf

Auf einer seit Jahresbeginn kursierenden CD mit dem Titel „Noten des Hasses" droht eine bisher unbekannte Nazi-Rockband mit dem Namen „White Aryan Rebels" (Weiße Arische Rebellen) mehreren Prominenten und Berliner Polizisten den Tod an. In dem Song „Die Kugel ist für dich" werden die Fernseh-Moderatoren Alfred Biolek, Mo Asumang, Lilo Wanders, Hella von Sinnen, die frühere Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth sowie der Schriftsteller Stefan Heym und Michel Friedman, stellvertretender Vorsitzender des Zentralrates der Juden, genannt. Auch zwei Beamte einer Polizei-Spezialeinheit werden namentlich erwähnt.

Die Nazi-Band ist bisher noch nicht öffentlich aufgetreten, die CD „Noten des Hasses" aber bereits weit über 1000 mal verkauft. In anderen Liedern werden Schwarze und Juden beschimpft sowie die Nazi-Verbrechen gefeiert.

Altnazi Roeder erhält Freiheitsstrafe ohne Bewährung

Der Neonazi Manfred Roeder ist am Freitag wegen Volksverhetzung, Staatsverleumdung und Beleidigung zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren und drei Monaten verurteilt worden. In das Urteil der Staatsschutzkammer Rostock floss eine vom Landgericht Schwerin in einer Berufungsverhandlung ausgesprochene Bewährungsstrafe mit ein.

Roeder hatte auf einem NPD-Parteitag 1989 in Stavenhagen zum gewaltsamen Umsturz in der Bundesrepublik aufgefordert. Dabei hatte er unter anderem geäußert, dass es "ohne Blut kein neues Deutschland geben wird". Den damaligen Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, hatte Roeder als "Gauleiter" bezeichnet.

Der heute 72-Jährige sei ein fanatischer Rechtsradikaler, geistiger Brandstifter und Schwerkrimineller, sagte der Rostocker Richter Guido Lex in seiner Urteilsbegründung.

Nach der Rostocker Verhandlung steht Roeder gleich ein nächster Prozess am Landgericht Frankfurt am Main unter anderem wegen Volksverhetzung bevor. Angeklagt ist Roeder dort wegen staatsfeindlicher und beleidigender Äußerungen in einem Rundschreiben an die Bundestagsabgeordneten vom vergangenen Jahr.

Rechtspopulismus im Wahlkampf

Wie Phönix aus der Asche tauchte 1996 ein völlig unbekannter Strafrichter in den Hamburger Medien auf, der eine psychisch kranke Frau wegen des Zerkratzens von Autos zu 2 1/2 Jahren Haft verurteilt hatte. Drakonische Urteile wurden zu seinem Markenzeichen. Ronald Schill geisterte fortan als „Richter Gnadenlos" durch die Gazetten. Während seine Urteile und rasch nachgeschobene vollmundige politische Statements von Berufskollegen kritisiert, seine Vorschläge zur Bekämpfung der Kriminalität von Experten belächelt wurden, konnte er bei der Bevölkerung punkten. Für den Ruf nach härteren Strafen und schwerem Strafvollzug, nach Abschiebung straffälliger MigrantInnen und mehr Polizei gibt es Zuspruch.

Da sich bei Schill politischer Ehrgeiz, Selbstüberschätzung und der schier grenzenlose Wunsch, in die Medien zu kommen, die Hand geben, war die Idee, mit einer eigenen Partei zur Bürgerschaftswahl im September 2001 anzutreten, schnell geboren. Es fanden sich MitstreiterInnen, die trotz ihres Scheiterns in Stattpartei, SPD oder CDU einige Erfahrung einbrachten.

Auch das Programm der „Schill-Partei" war in seinen Grundzügen schnell erstellt, es umfaßt ja kaum mehr als den einen Punkt: innere Sicherheit. Schill behauptet schon 'mal öffentlich, man lebe in Hamburg heute wie in den 20er Jahren in Chicago und Palermo. Und: „Hamburg hat ein Herz für Verbrecher." Er aber sei in der Lage, bereits nach 100 Tagen als Innensenator die Kriminalitätsrate zu halbieren. Mittel dazu sollen Jugendknäste mit „unwirtlichen Zellen" sein; die Zahl der Polizisten soll auf 10000 aufgestockt werden; Bettler und Junkies möchte die Partei durch private Sicherheitsdienste aus den Einkaufsstraßen vertreiben lassen, und Drogenkonsumenten und -dealer sollen verfolgt, Hilfsmaßnahmen - wie Druckräume - aber abgeschafft werden. Verknüpft wird die Kriminalitätsparanoia mit der „Ausländerpolitik": Der Schußwaffengebrauch sei „unter bestimmten Ethnien" besonders verbreitet und das organisierte Verbrechen weise einen 70 %igen Ausländeranteil auf. Überhaupt läge Kriminalität in der Mentalität der Ausländer.

Die Hauptursache des behaupteten Werteverfalls seien die „68er", gegen die der einstige „Obrigkeitsstaat" hochgehalten wird. Minderheiten seien bei der politischen Willensbildung auszuschließen, denn sie „bilden keine Grundlage für allgemeingültiges Handeln". Deshalb müßten bewohnte Bauwagen verschwinden, die „Rote Flora" sowieso. Langzeitarbeitslose und Sozialhilfeempfänger, die sich öffentlichen Arbeiten verweigern, sei die Unterstützung zu streichen. Verkehrspolitik habe sich nach den Bedürfnissen der Autofahrer zu richten, Schulen hätten sich mehr an Begabung und Leistungswillen zu orientieren. Bei wirtschaftspolitischen Fragen stellt die Partei eine Reihe von Forderungen zugunsten der Unternehmen auf. Man verlangt die intensive Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen, von Existenzgründungen und der Neuansiedlung von Betrieben sowie die Senkung der Lohnnebenkosten, d.h. der Arbeitgeberanteil an der Sozialversicherung soll gesenkt werden. Der rote Faden dieses Sammelsuriums ist der Wunsch, abweichendes Verhalten zu ahnden, Armut gesellschaftlich auszugrenzen und Friedhofsruhe herzustellen.

Schill ist in den Medien ständig präsent. Galten die REPs und erst recht die DVU in ihrer Hochphase stets als etwas anrüchig, so ist das bei Schill anders. Kaum vergehen öffentliche Veranstaltungen, Feiern oder Banketts, auf denen er nicht nur eingeladen ist, sondern auch ein Foto in den Zeitungen hat. Hinzu kam die Erklärung des CDU-Spitzenkandidaten Ole von Beust, mit der Schill-Partei nach der Wahl eine Koalition eingehen zu wollen. Das führte in der neuesten Umfrage zu einem Stimmenanteil von 8 %, obwohl lediglich 2 % der HamburgerInnen glauben, daß Schill die Probleme der inneren Sicherheit lösen kann!

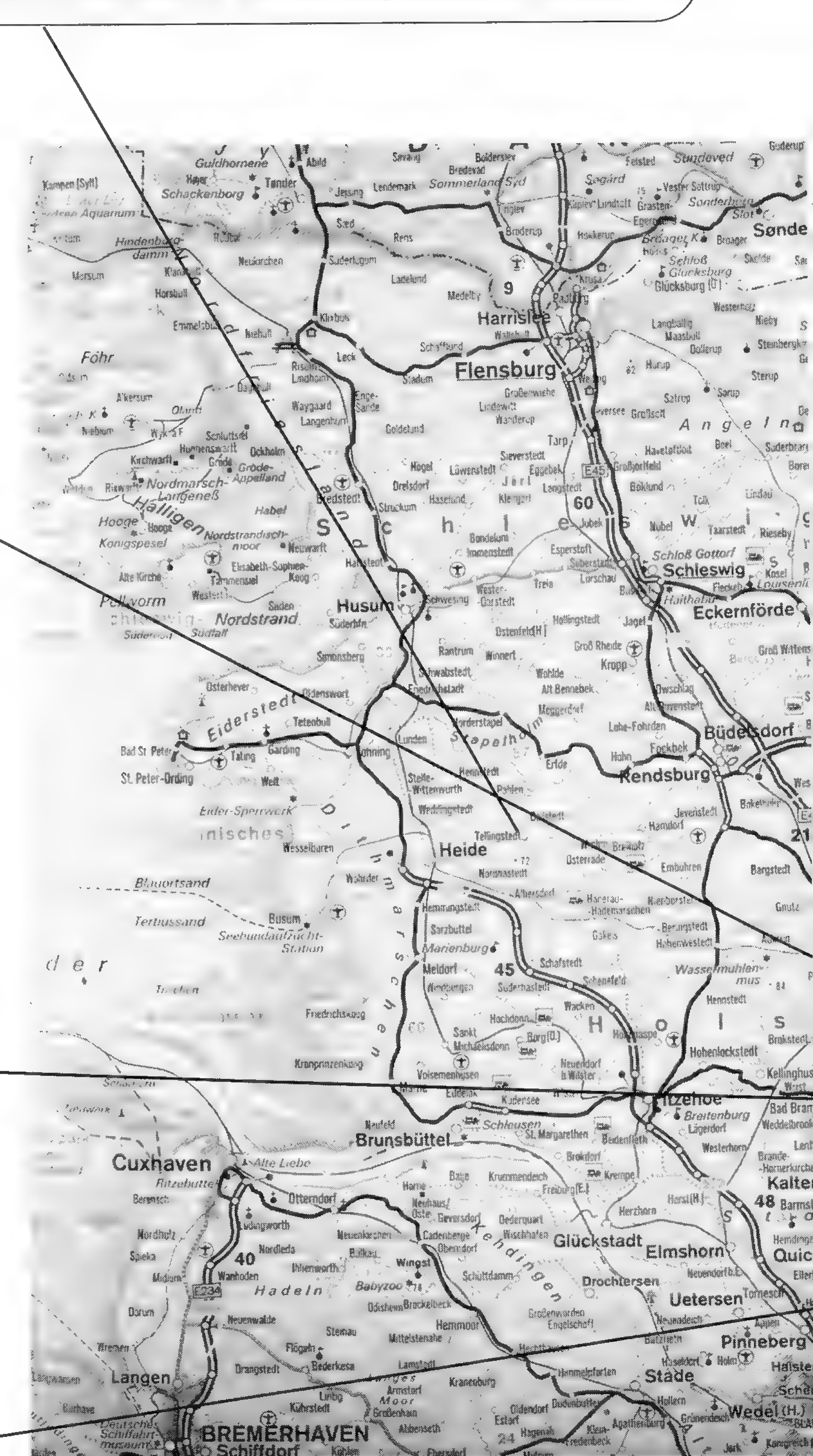
Dieses Ergebnis ist auch auf das Wahlkampfmanagement der Partei zurückzuführen, das sich darauf konzentriert, Schill als Führerfigur aufzubauen. Bei seinen Veranstaltungen wird Schill frenetisch gefeiert. Das Trio aus Schill, seiner ehemaligen Lebensgefährtin Katrin Freund und dem spiritus rector der Partei, Mario Mettbach, beherrscht die Partei. Einen Kritiker, der einem Kandidatenvorschlag für die Wahl widersprach, wies Schill wie folgt zurecht: „Ich hab' ihn gefragt, ob das sein mußte. Ein gut gemeinter Ratschlag an ihn, damit er hier nicht in Ungnade fällt." In Ungnade fällt man schnell: Kontakte zweier Mitglieder zu einem ehemaligen Mitstreiter führten zu einer Verschwörungstheorie mit leicht psychopathischem Touch. Die beiden hätten Saal und Partei zu verlassen. Schill: „Verrat, unverzeihlich und komplottartig."

Aber trotz dieser undemokratischen Parteistrukturen wurde eine Kandidatenliste aufgestellt, auf der neben einigen politisch Gestrandeten auch die unvermeidlichen Politabenteurer stehen, denen es, wie aus Führungskreisen verlautete, „nur darum (geht), einmal in der Bürgerschaft zu sitzen".

Ungemach droht dem Richter auch von Justizseite. Auf seine Verurteilung zu 120 Tagessätzen wegen Rechtsbeugung (er hatte zwei Flora-Unterstützern drei Tage Ordnungshaft aufgebrummt und eine Beschwerde dagegen nicht weitergeleitet) reagierte der „knallharte Strafverfolger" etwas selbstmitleidig. Schwierigkeiten wird aber auch der antifaschistische Widerstand bereiten, der langsam an Fahrt gewinnt: Am 17. Mai sorgten lautstarke AntifaschistInnen für den vorzeitigen Abbruch einer Schill-Veranstaltung in Hamburg-Altona.

(F)

In Tellingstedt wurde am 20. Januar 2001 die „Heinz-Mahncke-Gesellschaft“ gegründet. Sie soll unter anderem die Herausgabe der Gesammelten Werke Mahnckes sichern, von denen bisher drei Bände erschienen sind. Mahncke war noch in jüngster Zeit als Altnazi wiederholt bei Neonazi-Aufmärschen und –Veranstaltungen als Redner aufgetreten.

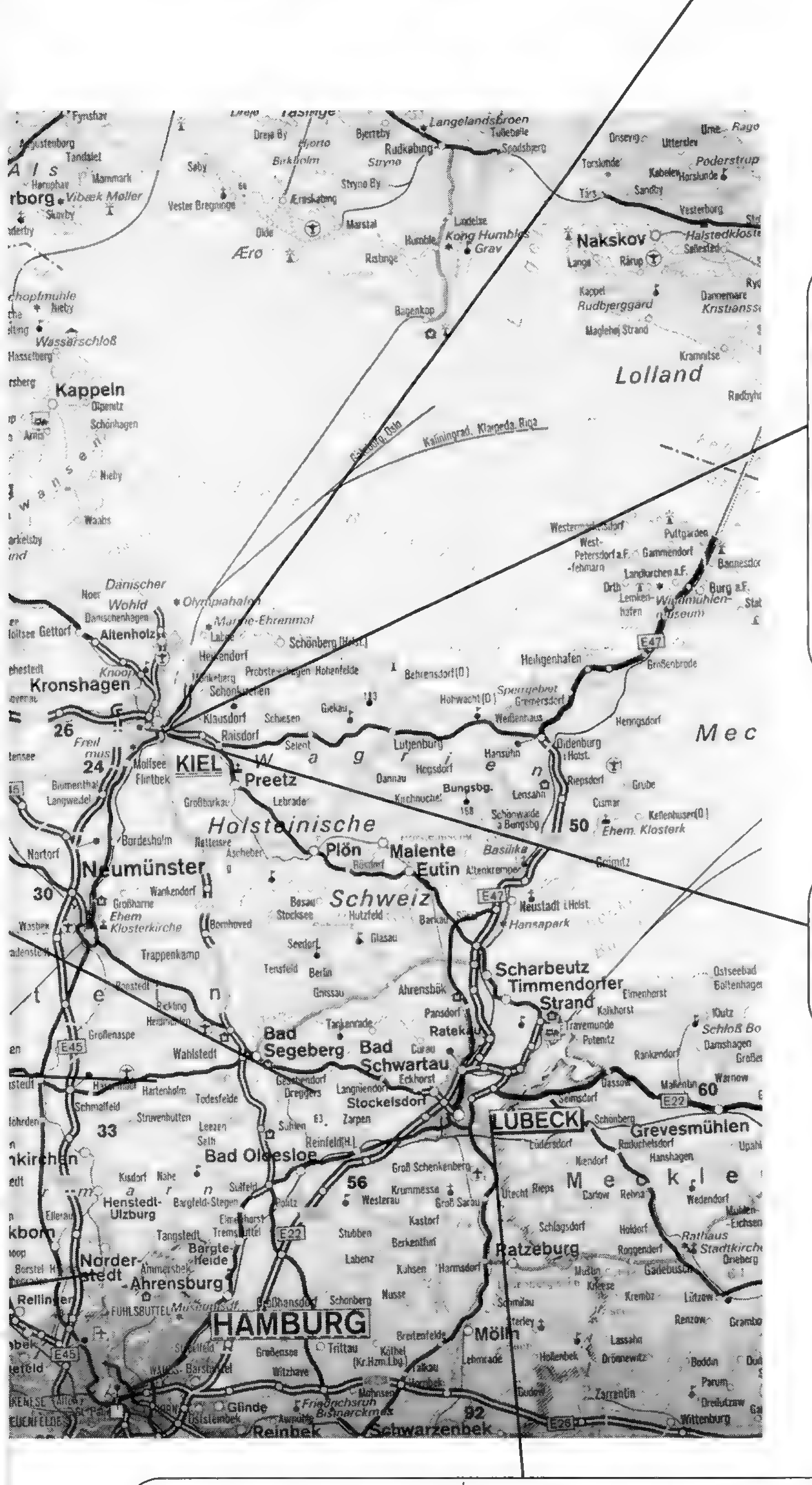


Der der antisemitischen Bewegung der Ludendorffer nahestehende „Arbeitskreis für Lebenskunde“ führt auch in diesem Sommer verschiedene „Sommerlager“ durch, so zum Beispiel ein „Kanulager in Schleswig-Holstein“ Ende Juli für die „Altersgruppe 11-14 Jahre“ sowie ein „Philosophie- und Baulager“ für über 18-Jährige in der zweiten Augusthälfte. An der Organisation ist Maren Preisinger aus Bühnsdorf beteiligt.

Nachdem bekannt wurde, dass er im Vorfeld der letztjährigen Landtagswahl eine Unterstützungsunterschrift für die NPD geleistet hatte, musste der langjährige Vorsitzende der Freien Wählergemeinschaft Hartenholm (FWG), Gustav Tavenrath, Anfang März zurücktreten. Auf Kritik hatte er geantwortet, dass er auch für die DVU unterschreiben würde, wenn er gebeten würde.

Für eine „wissenschaftliche Arbeit“ über die sogenannten „Blutzeugen der Bewegung“, d.h. jene Nazis, die bis 1933 bei Auseinandersetzungen mit AntifaschistInnen den Tod fanden, sucht André Busch in der Zeitschrift der ehemaligen Mitglieder der Waffen-SS Material. In einem Beitrag in der April-Ausgabe des „Freiwilligen“ ergeht Busch (Norderstedt) sich bereits in Lobeshymnen auf Horst Wessel, zu dessen Todestag Neonazis in Kiel und anderswo Plakate verklebt hatten.

Mit Dr. Lölhöffel von Löwensprung hat die DVU einen langgedienten Funktionär verloren. Der frühere DVU-Kreisvorsitzende von Kiel verstarb



Für das erste April-Wochenende hatte der in Kiel ansässige Arbeitskreis für deutsche Politik (AfdP) zu seiner Frühjahrstagung nach Rotenburg/Wümme eingeladen. Als Redner angekündigt auch Frank Schepke (Bad Oldesloe); im Programm wurde der frühere NPD-Mann als „Unternehmer" und „Olympiasieger" vorgestellt, der zum Thema „Im Teufelskreis des kapitalistischen Geld- und Währungssystems" sprechen sollte. Der AfdP war 1991 von Thomas Schröder (Lübeck) und Axel D. Neu (Kiel), beides frühere führende Funktionäre der „Republikaner" in Schleswig-Holstein, gegründet worden.

An einer Demonstration gegen den Leinen- und Maulkorbzwang für bestimmte Hundesorten auf dem Kieler Asmus-Bremer-Platz nahm am letzten Märztag auch eine Gruppe Kieler Neonazis, unter ihnen Peter von der Born, teil.

Seine Heirat hat Ulrich Schwetasch in einer Anzeige in den Lübecker Nachrichten verkündet. Zunächst bei den Jungen Nationaldemokraten aktiv, unterstützte er Anfang der 90er Jahre kurzzeitig die DVU des Münchner Multimillionärs Gerhard Frey. Heute ist Schwetasch für den Volksbund Deutsches Reich tätig, der Gedenkveranstaltungen für den verstorbenen Auschwitz-Leugner Thies Christophersen durchführt.

Die Gästebuch Connection

Seit drei Monaten häufen sich die Meldungen, dass in Hamburg der erste Kommerzielle Nazi-Provider Deutschlands seine Cyber-Pforten geöffnet hat. Was oder wer steckt noch dahinter?

Die Anfänge

Der mit dem Namen **Netzpunkt** benannte Service- Dienst wird von dem Hamburger Nazi Jens Siefert geführt. Jens Siefert der seinen Firmensitz in der Hamburger Eiffestrasse unterhält ist kein unbeschriebenes Blatt in der Naziszene, schon seit Jahren organisierte er mit seinem Freund Andre Goertz zusammen bundesweit die nationalen Infotelefone, und ist mit seinen Computer –Kenntnissen ein gefragter „Kamerad" für die bundesweite Naziszene. Goertz und Siefert kennen sich noch aus den Tagen der Freiheitlichen Arbeiterpartei (FAP) wo Goertz in Halstenbeck als Landesvorsitzender Hamburg und Bundesschatzmeister der FAP fungierte. Mitte der 90 Jahre war Siefert als Landesvorstandsmitglied der FAP Hamburg für die Erstellung der FAP Homepage des „Abendland Projektes" verantwortlich. Das Abendlandprojekt war die Internetpostille des militanten Goertz-Flügels innerhalb der FAP und später der JN (Junge Nationaldemokraten), und bezeichnete sich nach dem Ausschluss im Jahre 1997 organisationsunabhängig. Schon damals wurde das Abendland- Projekt durch den „Moderne Zeiten Musikvertrieb" des Schlips und Kragen-Nazis Thorsten Lemmer aus Düsseldorf unterstützt.

Nach einer Kündigung der Homepage durch den Provider AOL /Bertelsmann wurde es scheinbar ruhiger um Jens Siefert. Bis zum erstmaligen erscheinen der Homepage des Musikmagazins „Rock Nord", das in der Printausgabe als zweimonatliches Hochglanz-Magazin mit dem Schwerpunkt Rechtsrock vom „Creative Zeiten Verlag" des Nazis Thorsten Lemmers herausgegeben wurde. Der Besitzer der Homepage des Magazins war Andre Goertz, verantwortlich für die Internetgestaltung war die Firma Skuld-Netzdesign deren Geschäftsführer kein anderer als Jens Siefert war.

NIZ-NIT-NS

Mit der Gründung des „NIZ Verlages" und dem „Nord Versandes" 1998 durch Andre Goertz entstand gleichzeitig eine Internetausgabe des Nationalen Infotelefons, an deren Gestaltung und Pflege sich wiederum Jens Siefert bis heute beteiligt. Seit dem Jahr 2000 ist die Firma Netzpunkt auch für die Goertz-Projekte als Provider zuständig. Unter den Namen „Webpoint" bietet Siefert auf den NIT Seiten von Goertz kostenlosen Webspace und Gästebücher für die braunen Netzseiten an. Obwohl Andre Goertz selbst seit seiner Heirat mit einer Ausländerin von der NS-Szene eher geschnitten wird, zählt er sich seit seinem Ausschlußverfahrens aus der Deutschen Liga für Volk und Heimat 1995 zu den „progressiven Natio-



Mein Gästebuch

Hier klicken, um in dieses Gästebuch zu schreiben

Datum: Freitag, 1. September 1998 um 12:00:00 Uhr
Von: WEBPOINT
Betreff: Vielen Dank
e-Mail: webpoint@nit.de
Internet: http://www.nit.de/webpoint/

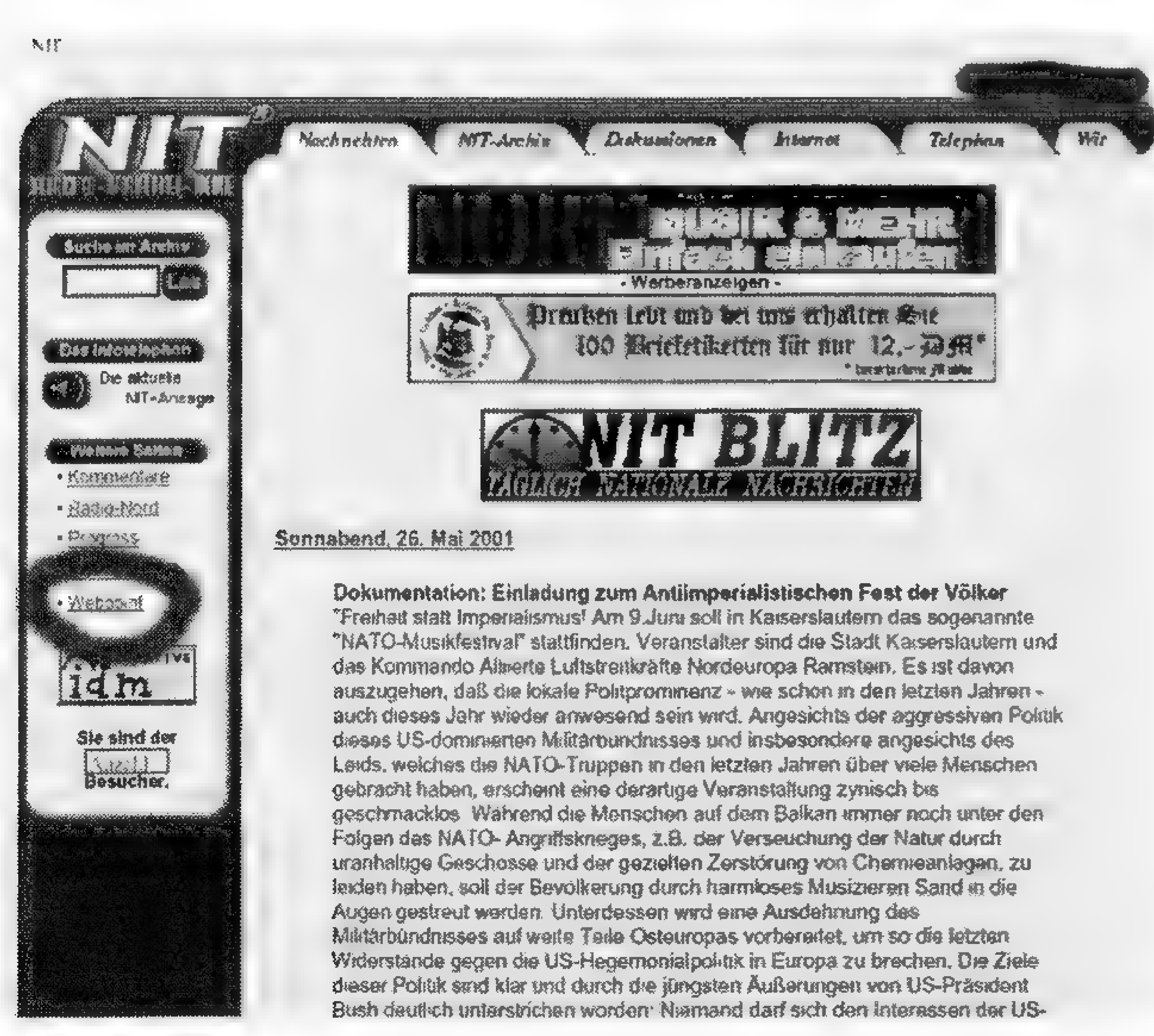
Hallo Internet-Nutzer,

vielen Dank das Sie sich für unserer Gästebuchprogramm entschieden haben. Wir versuchen ständig unsere Programme an die Wünsche und Bedürfnisse unserer Nutzer anzupassen und sind deshalb für Anregungen immer dankbar.

Viel Spaß, viele Einträge und viel Erfolg wünscht Ihnen der NIZ-Verlag und WEBPOINT und wir verbleiben

mit den besten Grußen
gez. Jens Siefert

Bildunterschrift: Alles Scheiße


NIT

Nachrichten · NIT-Archiv · Diskussionen · Internet · Telephon · Wir

Suche im Archiv

- Werberanzeigen -

Preußen lebt und bei uns erhalten Sie 100 Briefetiketten für nur 12,- DM*

NIT BLITZ
TÄGLICH NATIONALE NACHRICHTEN

Das Infotelephon
Die aktuelle NIT-Ansage

Weitere Seiten
• Kommentare
• Radio-Nord
• Progress
• Webpoint

Sie sind der Besucher.

Sonnabend, 26. Mai 2001

Dokumentation: Einladung zum Antiimperialistischen Fest der Völker
"Freiheit statt Imperialismus! Am 9.Juni soll in Kaiserslautern das sogenannte "NATO-Musikfestival" stattfinden. Veranstalter sind die Stadt Kaiserslautern und das Kommando Alliierte Luftstreitkräfte Nordeuropa Ramstein. Es ist davon auszugehen, daß die lokale Politprominenz - wie schon in den letzten Jahren - auch dieses Jahr wieder anwesend sein wird. Angesichts der aggressiven Politik dieses US-dominierten Militärbündnisses und insbesondere angesichts des Leids, welches die NATO-Truppen in den letzten Jahren über viele Menschen gebracht haben, erscheint eine derartige Veranstaltung zynisch bis geschmacklos. Während die Menschen auf dem Balkan immer noch unter den Folgen des NATO- Angriffskrieges, z.B. der Verseuchung der Natur durch uranhaltige Geschosse und der gezielten Zerstörung von Chemieanlagen, zu leiden haben, soll der Bevölkerung durch harmloses Musizieren Sand in die Augen gestreut werden. Unterdessen wird eine Ausdehnung des Militärbündnisses auf weite Teile Osteuropas vorbereitet, um so die letzten Widerstände gegen die US-Hegemonialpolitik in Europa zu brechen. Die Ziele dieser Politik sind klar und durch die jüngsten Äußerungen von US-Präsident Bush deutlich unterstrichen worden: Niemand darf sich den Interessen der US-

Bildunterschrift: Alles Scheiße



Radio - Nord

Bedanken möchtenwir uns bei unseren Hörerinnen und Hörern und beim Nordversand, NIZ-Verlag, der Funny Sounds GmbH, Destiny Records, der Musikzeitschrift RockNord, Rock-O-Rama Records, dem Liedermacher Frank Rennicke, der Firma AZE Records, dem Moderne Zeiten Vertrieb, Doktor Records, UltimaThule, Walzwerk Records, Nordwind Records, Creative Zeiten Verlags und Vertriebs GmbH, DIM-Records, Deutsche Stimme Verlag, Dieter Koch Records, Tonträgervertrieb Jens Pühse, Nordland, Tonträger- und Textilvertrieb, Attitude Records, Movement Records und der Musikgruppe Noie Werte ohne die diese Sendung nicht möglich gewesen wäre.

Startseite • Verweise • Los gehts • Herunterladen • Infos und Hilfe • www.nit.de

nalisten". Es ist wohl kein politisches Hindernis für ihn, diesen Service auch Betreibern von Internetseiten wie der „Kameradschaft 73- Celle" oder der ehemaligen Seite der SSS (Skinheads Sächsische Schweiz) über seine Seiten anzubieten. Dieses wird ersichtlich wenn Mensch das Gästebuch der „Kameradschaft 73" aufruft und plötzlich in dem Adressfenster des Explorers die Adresse **http://www.nit.de/cgi-nit/** sichtbar wird. Wer unter der Seite des Webpoint - Angebotes den Button „Mein Gästebuch" anklickt wird mit folgenden Brief überrascht: *„Hallo Internet Nutzer, vielen Dank das Sie sich für unser Gästebuchprogramm entschieden haben. Wir versuchen ständig unsere Programme an die Wünsche und Bedürfnisse unserer Nutzer anzupassen und sind deshalb für Anregungen immer dankbar. Viel Spaß, viele Einträge und viel Erfolg wünscht ihnen der NIZ-Verlag und Webpoint und wir verbleiben mit den besten Grüßen: gez. Jens Siefert".* Das diese Gästebücher auf einschlägigen Nazi-Seiten auch häufig Fremdenfeindliches und Nazistisches Gedankengut enthalten spielt für die Anbieter Goertz und Siefert keine Rolle.

Netzpunkt gleich Collosus

Mit der Gründung der Internet-Domain „Netzpunkt.net", deren Netzanbieter wiederum der US-amerikanische Provider „Collosus" ist, eröffnete Siefert einen weiteren Handlungsraum für die deutsche Naziszene, da sie vor Kündigungen seitens anderer Provider oder staatlichen Zugriffen weitgehend geschützt bleibt. Seit der Gründung der Firma Ende des Jahres 2000 kann Siefert eine große Anzahl von deutschen Nazi-Internetseiten zu seiner Kundschaft zählen. Zu Sieferts brauner Netzkundschaft zählen unter anderen die Schleswig Holsteiner Homepages des NPD-Kreisverbandes Kiel/Plön, von Jens Lüdtke sowie die Seiten des „Bündnis Rechts" von Dieter Kern. Ob die Firma **Netzpunkt** wirklich Siefert gehört, oder ob er nur als Strohmann für Andre Goertz fungiert, um eine Firma ohne den „negativ" belasteten Namen „Goertz" aufzubauen, währe reine Spekulation.

Dirk Zorn.

Rechtliches

Rechtliches

Hier einige Bespiele für rechtliche Verstöße oder was man in Deutschland nicht tun sollte:

1. Beispiel:

"Wir treffen uns am (DATUM) um (UHRZEIT) an dem (TREFFPUNKT) um die (PERSON(EN)) aufzumischen". Wäre Aufforderung zu Straftaten, wie Körperverletzung, Landfriedensbruch oder auch eventuell Bildung eines bewaffneten Haufens u.s.w.

2. Beispiel:

"Der/Die (NAME EINER PERSON) ist ein linker/rechter/religiöser/ Aktivist und wohnt in (ORTSNAME) in der (STRASSENAME und HAUSNUMMER)". Alle Angaben die über den Personennamen hinausgehen verstoßen gegen das Persönlichkeitsrecht der betreffenden Person.

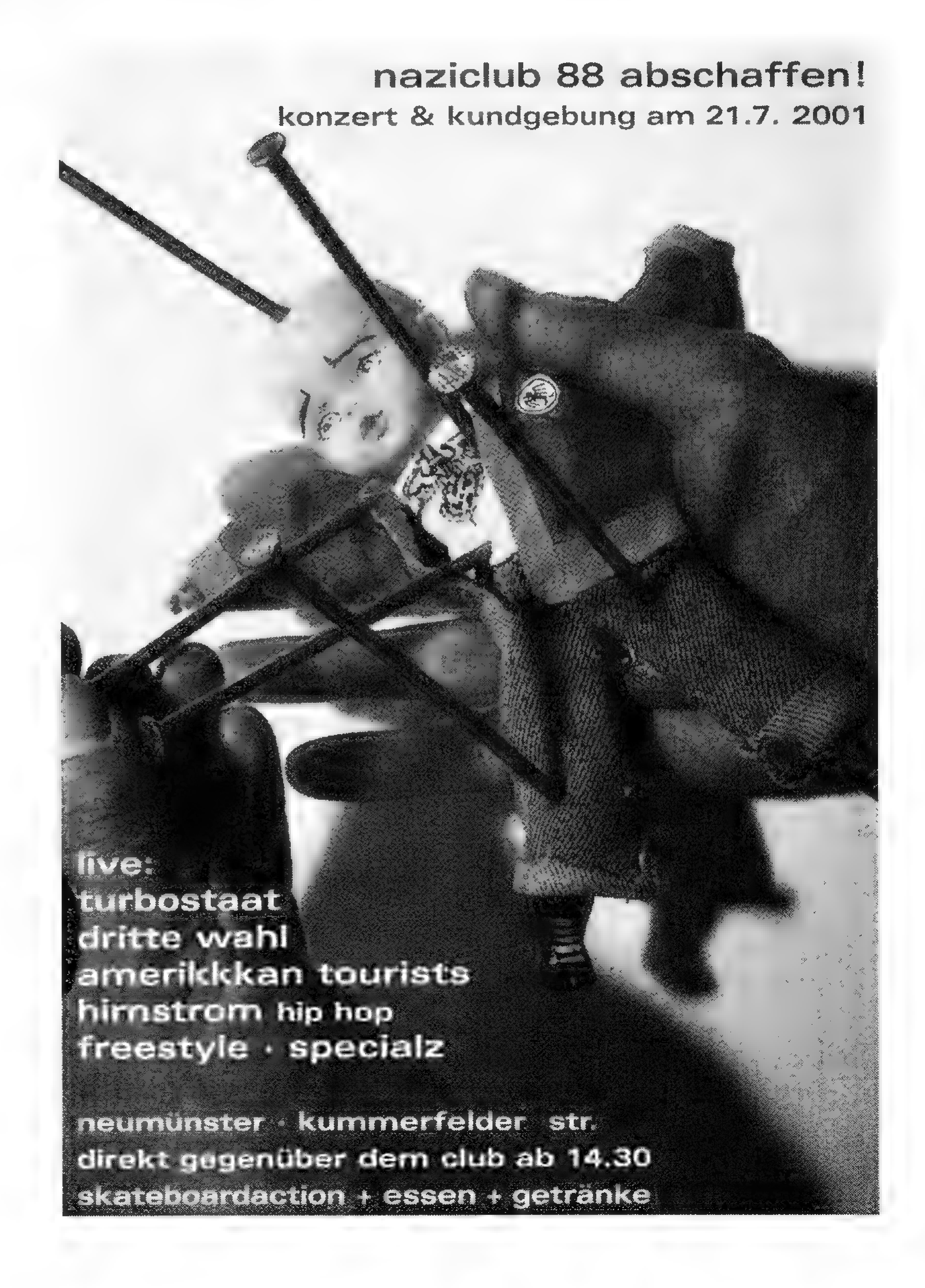
3. Beispiel:

"Die (PERSONEN u.s.w.) sind (SO und SO)". Man sollte alle negativen Äußerungen zu bestimmten Personen, Personengruppen und auserwählten Religionsgemeinschaften unterbinden.

Grundsätzlicher TIP:

Trag nur nette Einträge in Euer Gästebuch ein, denn Müll gibt es im Internet schon genug.

Rechtliche Hinweise: die Intention ist offensichtlich - „schreibt nicht eindeutig Verbotenes"



Hungerstreik in der Türkei -
Gefangene kämpfen gegen Isolationshaftbedingungen

In der Türkei befinden sich Hunderte revolutionäre Gefangene seit Oktober 2000 im Hungerstreik gegen Auflösung der Gefangenenkollektive und die Verlegung in die neuen F-Typ Isolationsgefängnisse. Bei einem Militär und Polizeiangriff im Dezember wurden 28 Gefangene ermordet. Durch den Hungerstreik kamen 19 Gefangene und 4 Angehörige ums Leben. Es ist schwer sich diese Dimension der Auseinandersetzung vorzustellen, deshalb ein kurzer Ausflug in die Geschichte:

Der Militärputsch

Vor gut zwanzig Jahren war die Türkei ein sehr instabiles Land. Es gab eine starke Linke und im Westen wurde der Begriff vom „Kranken Mann am Bosporus" wieder Ausdruck der Sorge, ob die Türkei langfristig der NATO und dem kapitalistischen Lager erhalten bleibt. Am 12.September 1980 putschte in der Türkei das Militär. In kurzer Zeit wurden mehrere zehntausend tatsächliche oder verdächtigte DemokratInnen, KommunistInnen, kritische KünstlerInnen und Intellektuelle verhaftet. Vergewaltigung, Schläge, Folter und Mord wurden systematische eingesetzt, um die Würde und den Lebenswillen der Gefangenen zu brechen. Bilder von Gefangen mit Verbrennungen von Herdplatten, Verletzungen von Stromstößen und massiven Schlägen, fanden sogar den Weg bis in die bürgerliche Presse. Hunderte wurden durch Polizei oder Faschisten umgebracht. Doch die Kritik an der Türkei war sehr verhalten, die Bedeutung der Türkei in Bezug auf den Kaukasus und den Nahen Osten war und ist enorm groß. Es gab zaghafte Forderungen nach Demokratisierung. Ende der 80er Jahre begann in der Türkei der sog. Demokratisierungsprozess. Parteien wurden teilweise wieder zugelassen und Wahlen angesetzt. Es gibt wieder ein gewähltes Parlament, einen Staatspräsident und einen Ministerpräsident. Es gibt aber auch den „Nationalen Sicherheitsrat", in dem das Militär das Sagen hat und der in allen relevanten Fragen die höchste Instanz ist und die Entscheidungen lenkt.


Abtransport eines Veletzten im aktuellen Hungerstreik

Die Gefangenen

Die revolutionäre türkische Linke konnte nie wieder die Stärke erlagen, die sie vor dem Putsch hatte. Neben der Verfolgung durch den Staat -kommunistische Organisationen sind verboten- spielt hierbei auch Spaltung und Zersplitterung eine bittere Rolle. Die zahlreichen Parteien wie TKP/ML, TKP(ML), DHKP-C, THKP-C, MLKP etc. verfüg(t)en großteils über bewaffnete Gruppen, die versuch(t)en, auf dem Land und in der Stadt, Angriffe gegen Militär und Polizei durchzuführen. In Kurdistan leistete die PKK ca. zwanzig Jahre bewaffneten Widerstand gegen das Militär. Aus diesen Kämpfen, sitzen Tausende im Gefängnis, aber auch wegen Streiks, Betätigung für verbotene Organisationen, Unterstützung der KurdInnen oder wegen Menschenrechtsaktivitäten. Die Gesamtzahl der politischen Gefangenen in der Türkei ist über 10.000, davon ca. 8.000 KurdInnen.



Die Polizei geht mit militärischem Gerät gegen Demonstranten vor

Es gibt in der Türkei keine Rechte für die Gefangenen, außer den erkämpften. Das tragen von ziviler Kleidung anstelle von Anstaltskleidung, das Besuchsrecht der Angehörigen, der Erhalt von Zeitungen, anwaltliche Betreuung wurden in Hungerstreiks durchgesetzt. Der wichtigste Erfolg der Gefangenen war die Unterbringung in Gemeinschaftszellen für politische Gefangene. In den Gemeinschaftszellen waren die Gefangenen vor Folter und Übergriffen der Sicherheitskräfte relativ geschützt. Die Folgen von Folterungen und Vergewaltigungen in vorhergehender Polizeihaft konnten von vielen Gefangenen dadurch verarbeitet und überlebt werden, da sie sich mit vielen, die gleiche Erfahrungen hatten austauschen konnten. In vielen Gefängnissen hatten die Gefangenen sich soviel Raum erkämpft, das es in ihren Trakten so etwas wie Selbstorganisierung gab. Sport, Verpflegung, Besuche und Arbeit, wurden von den Gefangen geregelt, und auch Diskussionen und Schulungen wurden organisiert, Veranstaltungen durchgeführt etc. . Doch haftunfähige und kranke Gefangene konnten nur schlecht versorgt werden, kleine Krankheiten entwickeln sich oft zu Dauerleiden, da keine Versorgung erfolgt. Aber die Isolation konnte

überwunden werden.

Es gab immer wieder Angriffe gegen die Kollektive, bei denen viele Gefangene erschlagen und erschossen wurden. Die Kollektive wurden von den Gefangenen mit dem wesentlichen Kampfmittel verteidigt, ihrem Leben, das sie bei zahlreichen Hungerstreiks bzw. Todesfasten einsetzten und oft auch verloren.



Aktueller Anlaß für den Hungerstreik - die Einführung von Isolationshaft nach deutschem Muster: Stammheim als Exportprodukt

Der aktuelle Hungerstreik

Ab Mitte letzten Jahres wurde immer klarer, dass die türkische Regierung die F-Typ-Gefängnisse fertig stellen wird. Das heißt, Zellen von ein bis drei Gefangenen, keine Gemeinschaftsräume, kein Umschluß. Unter den Gefangenen begann eine Diskussion, wie es gehen kann, die Verlegung in die neuen Gefängnisse zu verhindern. Die Rahmenbedingungen waren denkbar schlecht. Die im Todesfasten 1996 erkämpften Zugeständnisse durch den Staat waren nicht eingehalten worden, da die gesellschaftliche Beachtung der Situation in den Gefängnissen eher schwach ist. Die Linke in der Türkei wird in der Bevölkerung aktuell nicht als Hoffnungsträgerin gesehen und ist dementsprechend schwach. Da die Gefangenen aber die Einführung der Isolationshaft unter allen Umständen verhindern wollten, entschlossen sie sich trotzdem in den Hungerstreik bzw. das Todesfasten zu gehen. In der Türkei werden diese beiden Begriffe unterschiedlich verwendet, Hungerstreik ist ein Protestmittel, das oft zeitlich begrenzt eingesetzt wird, dann von anderen Gefangenen weitergeführt wird, etc.. Todesfasten hingegen bedeutet, dass erst bei Erfüllung der Forderungen, bzw. bei einem akzeptablem Kompromiss aufgehört wird.



Abtransport einer Verletzten, nach der Erstürmung und Inbrandsetzung eines besetzten Gefängnisses durch die Polizei im aktuellen Hungerstreik

Am 19. Dezember griff der türkische Staat zeitgleich in 22 Gefängnissen mit Polizei und Militär an. Die Propaganda behauptete, die Gefangenen in den Kollektiven würden zum Todesfasten gezwungen und gab der Operation den zynischen Titel „Zurück ins Leben". Bei diesen Angriffen kamen 28 Gefangene ums Leben. Mindestens sechs Frauen wurden lebend verbrannt, Hunderte verletzt. In einigen Gefängnissen brauchte das Militär mehrere Tage um die Gefängnisse zu stürmen. Die alten Gefängnisse wurden zerstört. Mehrere hundert Gefangene wurden in die neuen Gefängnisse verschleppt, viele Frauen wurden vergewaltigt. In den F-Typ-Gefängnissen wurde den Gefangenen anfangs Kleidung, ärztliche Behandlung und Medikamente, sowie Vitaminpräparate verweigert, Anwälte durften nicht in die Gefängnisse.

Isolationshaft ist europäischer Standard, ein wesentlicher Teil der Abschreckung: Knast heißt hier, dass Diskussionen und Kommunikation nahezu vorbei sind. In der BRD wurde der Tote Trakt entwickelt, um die Gefangenen aus der RAF dadurch zu brechen, dass kein natürlicher Laut, keine Sinneswahrnehmung mehr da ist. Isolationshaft wird oft als „weiße Folter" bezeichnet. In den Gefängnissen der Türkei bedeutet dies nach der „blutigen Folter", die „weiße Folter".

Auch unter den neuen Isolationshaftbedingungen dauert das Todesfasten an. Mindestens sechzig Gefangene haben irreparable Schäden und viele werden in den nächsten Tagen sterben.

Doch die Türkische Regierung bewegt sich nicht. Die Forderung, in Verhandlungen mit den Gefangenen einzutreten, wird ignoriert.

Es ist schwer, etwas über die weitere Perspektive dieses Gefängniskampfes zu sagen. Auf alle Fälle ist es aber richtig, sich an Aktionen und Demonstrationen zur Unterstützung der Gefangenen zu beteiligen.

Der Fall Italien:

Eine moderne Rechte kommt zurück an die Macht[1]

Mit erstaunen und Sprachlosigkeit wurde in Europa das Ergebnis der Parlamentswahlen vom 13. Mai in Italien zur Kenntnis genommen. Trotz Pannen und einem äußerst komplizierten Wahlrecht konnte das rechte Wahlbündnis um Silvio Berlusconi das seit fünf Jahren regierende Mitte-Links-Bündnis Ulivo (Olivenbaum) überflügeln. Berlusconi, Gründer und Chef der liberal-konservativen Forza Italia (FI) und unumschränkter Herrscher auf dem nationalen Medienmarkt, wird damit nach 1994 erneut Ministerpräsident. Größte und wichtigste Koalitionspartner seines Bündnisses Casa delle Libertà (Haus der Freiheiten) sind, die von Umberto Bossi geführte rechtspopulistische Lega Nord und die neofaschistische Alleanza Nazionale (AN) um Gianfranco Fini. Es deutet sich eine sehr schnelle Regierungsbildung an, und es ist davon auszugehen, dass die neue Regierung alles unternehmen wird, um das Debakel von 1994 nicht zu wiederholen. Berlusconi trat damals nach nur sieben Monaten zurück, da er die Parlamentsmehrheit durch den Koalitionsaustritt der Lega verlor. In der folgenden sechsjährigen Oppositionszeit mußte sich die politische Rechte zum Teil schmerzhaft konsolidieren und schon allein deshalb wird sie nicht so schnell abtreten, wie beim ersten Mal. Die Rechtskoalition wird vielmehr nichts unversucht lassen, um ihre Vorstellungen von einem neuen Italien schnell und konsequent durchzusetzen. Wie im Wahlkampf versprochen steht Italien eine „kopernikanische Wende" bevor, zu dessen Zweck institutionelle und personelle Veränderungen auf allen Ebenen anstehen, um reale und vermeintliche Hindernisse aus dem Weg zu räumen. Nicht nur im Land selbst werden damit grundsätzliche Fragen hinsichtlich der Überzeugungskraft der ökonomischen und sozialen Konzepte einer modernen Rechten und ihrem Demokratieverständnis im 21. Jahrhundert aufgeworfen, sondern letztlich wird sich ganz Europa mit den Entwicklungen auseinandersetzen müssen.

Zunächst ist zu konstatieren, daß die parlamentarische Rechte in Italien vor dem Hintergrund einer lebhaften, gut organisierten und differenzierten außerparlamentarischen rechten Szene agierte. Neben vielen „kleinen" Gruppierungen aus dem Bereich der Skinheads und Hooligans, existiert eine Anzahl von militanten neofaschistischen Schlägertruppen, Splitterparteien und rechtsintellektuellen Diskussionszirkeln. Die Verbindungen untereinander sind relativ gut und die zahlreichen Publikationsmöglichkeiten aus dem traditionellen und neu rechten Spektrum sind vielfältig, so daß die Verbreitung von Positionen und die „Diskussion" über das eigene Terrain hinaus geboten ist. Zur Parlamentswahl trat z.B. der Movimento Sociale-Fiamma Tricolore (MST) um Pino Rauti an. Der MST spaltete sich 1995 von der AN ab, da ihnen Finis Modernisierungskurs mißfiel. Wie so oft kam es aber auch im MST zu Konflikten über den richtigen Kurs, aus der 1997 die Fronte Nazionale um Adriano Tilgher austrat. Beide Parteien waren Splitterparteien und werden es bleiben, wobei der MST bei den Wahlen 2001, wie schon zuvor, ein inoffizielles Bündnis mit der Koalition von Berlusconi einging. Einige MST-Kandidaten traten in für das „Haus der Freiheiten" wichtigen süditalienischen Wahlkreisen nicht an und überließ ihnen die Stimmen. Erwähnenswert ist daneben die Forza Nuova um Roberto Fiore und Massimo Morsello, die 1998 in Rom gegründet wurde und in zahlreichen Städten ihre Ableger hat. Die Forza Nuova plaziert „auf der Straße" bestimmte Positionen der parlamentarischen Rechte (Kampagnen gegen Homosexuelle, Abtreibung oder Überfremdung) und radikalisiert sie. Gerade im Wahlkampf bildeten die antikommunistischen, ethnozentristischen und rassistischen Grundtöne ein Konglomerat, das die außerparlamentarischen Gruppierungen beflügelte, ohne den tonangebenden moderaten Kräften im Rechtsbündnis zu schaden. Gleichzeitig bindet die Forza Nuova vor allem Jugendliche, die den moderaten Kurs der AN zwar ablehnen, aber auch in der traditionell ausgerichteten MST oder der sektiererischen Fronte Nazionale keine adäquate politische Heimat finden. Daneben pflegt die Forza Nuova ihre Verbindungen zu den Kameraden ins europäische Ausland, wie z.B. zur deutschen NPD.

Aber kommen wir zurück zu den Wahlsiegern. Die Anziehungskraft der Rechtskoalition bestand weniger in einem klaren, detaillierten Programm, sondern in der Präsentation einer Utopie von einer besseren, effizienteren und stärkeren Gesellschaft. Von Vorteil war dabei, dass im Medienzeital-

ter die Sachargumente und die Richtigkeit der Aussagen immer mehr an Bedeutung verlieren. So konnte im Wahlkampf alles versprochen werden, ohne die Plausibilität zu hinterfragen. Trotzdem wäre es verkürzt, hier nur über die übliche politische Inhaltslosigkeit zu lamentieren, denn es lassen sich sehr wohl klare Botschaften entschlüsseln. Aus der gründlichen Analyse von FI, Lega und AN lassen sich drei zentrale Ergebnisse ableiten, die nicht nur für das Verständnis der italienischen Politik von Bedeutung sind. Erstens ist das verbindende Element klar zu identifizieren: ihre unterschiedlich begründete und vorgetragene radikale Kritik an der wohlfahrtsstaatlichen Regulation der Gesellschaft und am institutionellen Aufbau der Republik. Bei ihrem komplexen und widersprüchlichen politischen Projekt decken die Parteien verschiedene Felder ab, ergänzen sich und sprechen eine unterschiedliche Klientel an. Das Wahlbündnis ist zwar aufgrund des Wahlrechts und der differierenden regionalen Verankerung notwendig, um überhaupt eine Mehrheit zu erringen. Aber das Bündnis zwischen bürgerlicher, rechtspopulistischer und neofaschistischer Rechten hat daneben eine eigenständige, strategische Bedeutung. In einem Bündnis können nämlich die konträren Interessen besser bedient werden, als es für eine einzelne Partei möglich wäre. Nur so läßt sich – bei entsprechender Disziplin zwischen den Koalitionspartnern – der Rückhalt in der Bevölkerung vergrößern und die politische Hegemonie erweitern, was sich bei Wahlen auszahlt. Auf der anderen Seite liegen in der Verschiedenheit der Parteien, ihrer eigenständigen Profilierung und den Führungskonflikten ein destruktives Potential, das gerade nach einem Wahlsieg das Bündnis schnell scheitern lassen könnte. Es bleibt abzuwarten, ob die Konsolidierung und Professionalisierung soweit vorangekommen ist, um dieses generelle Problem zu bewältigen. Zumal die Lega geschwächt aus den Wahlen hervorgegangen ist und auch der prozentuale Stimmenzuwachs der AN nicht erreicht werden konnte. Beide haben zu Gunsten der FI verloren und es bleibt abzuwarten, wie sich diese Verschiebung auswirkt.

Zweitens greifen die Parteien mit unterschiedlichen Schwerpunkten eindeutig die neoliberale Wirtschafts- und Sozialpolitik auf und finden in der zugehörigen Sozialphilosophie – autoritärer Staat, antidemokratische Massenfeindlichkeit, Elitedenken – zentrale Anknüpfungspunkte. Ihre Botschaften, favorisierten Instrumente und politischen Ziele liegen im Spannungsfeld zwischen den beiden Polen Neoliberalismus und zugehörige soziale Rhetorik. Der Neoliberalismus wird somit bewusst und unbewusst zum primären Bezugspunkt, ohne den die Verbindung von konservativ-liberaler, regionalistischer und neofaschistischer Partei nicht möglich wäre. Die Stigmatisierung als rechtspopulistisch oder neofaschistisch greift damit kaum noch, da die Parteien mit dieser Ausrichtung im politischen Mainstream argumentieren. Entsprechend lassen sich die Erfolge nur sehr beschränkt auf ihre Führungsfiguren, sei es Berlusconi, Bossi oder Fini zurückführen. Sie tragen zwar dazu bei, dass sich ihre Medienpräsenz durch den Stimmenzuwachs auszahlt, die Integration verschiedener Flügel innerhalb der jeweiligen Partei gelingt und das Programm sich mit ihrer Person verbindet. Im Grunde sind sie aber austauschbar. Die seit den 90er Jahren zu beobachtende Tiefenwirkung der rechten Dominanz lässt sich erst verstehen, wenn die veränderte Grundstimmung betrachtet wird, vor dem die Botschaften präsentiert werden.

Drittens zeigt sich, dass die neofaschistische AN durch ihre theoretische Arbeit und programmatische Modernisierung gesellschaftsfähig geworden ist. Sie wirkt weder reaktionär noch archaisch und tritt in der Regel auch nicht so auf. Zumal sich in dieser Hinsicht bereits der historische italienische Faschismus durchgängig vom deutschen Faschismus unterschied. Von der AN wurden und werden biologistische Blut- und Boden-Ideologien ebenso vermieden wie antisemitische Positionen. Rassistische, sozialdarwinistische und autoritäre Positionen werden statt dessen modern formuliert. Die AN wie auch die rechtspopulistische Lega und die liberal-autoritäre FI besetzen so politische Begriffe und greifen stärker in die Diskussion ein. Sie beschreiben ihre Ziele zwar mit verklärten Darstellungen von Gemeinschaft, Volkswohlstand oder mit Bezug auf einen traditionellen Wertekanon und halluzinieren ein neues Wirtschaftswunder auf der Basis einer modernen Wirtschafts- und Sozialpolitik jenseits von Rechts und Links. Aber genau in dieser Unverbindlichkeit und der „Ideologie der Ideologiefreiheit" liegt eine besondere Stärke des Bündnisses.

Herrscht in Italien selbst zur Zeit eine große Unsicherheit über das Phänomen der Rechtswende, so fehlt die Sachkenntnis für eine kritische Reflexion außerhalb fast vollständig. Bei den europäischen Nachbarn ist bisher kaum klar, wie und warum die Koalition um Berlusconi erneut siegen konnte und welche Konsequenzen sich daraus ergeben. Betrachte man die Berichterstattung kurz vor und nach der Wahl so fällt auf, dass sich dem Problem primär moralisch genähert wird: Artikuliert wird das Unverständnis, dass die zahlreichen Strafverfahren und nach wie vor laufenden Ermittlungen gegen Berlusconi die Wähler kaum interessierte. Abgehoben wird außerdem auf den starken Konflikt zwischen den privaten Interessen des Unternehmers Berlusconis und der „Neutralität" des Amt des Ministerpräsidenten. Alle diese Aspekte sind durchaus kritikwürdig, aber sie greifen zu kurz. Denn selbst wenn er eine „weiße Weste" hätte und den Interessenkonflikt schnell lösen würde, so bliebe doch die Frage nach den politischen Botschaften, Instrumenten und dem Gesellschaftsbild, dass hinter den Visionen der Rechten steht. Die mangelnde Analyse und Kritik offenbart die allgemeine Sprachlosigkeit über das Bündnis von bürgerlicher, rechstpopulistischer und neofaschistischer Rechten, die mit unterschiedlicher Gewichtung auf genau die Themen setzt, die zum Standardrepertoire der „modernen Sozialdemokratie" in Europa gehören.

Kritikwürdig, aber von bereits

untergeordneter Bedeutung erscheint die Regierungsbeteiligung der Lega, zumal sie im Vergleich zu 1996 in der Wählergunst stark zurückgefallen ist. Problematisch erscheint zwar ihr immanenter Rassismus und Sozialdarwinismus, aber das Problem wird an den zukünftigen Regierungschef deligiert. Auch der Hinweis auf ihren Separatismus, verkennt in der Regel dessen reale Funktion. Der Separatismus ist immer nur ein strategisches Element gewesen. Realpolitisch hatte der Ruf nach Abspaltung selbst bei den eigenen Anhängern nie die Mehrheit. Viel wichtiger ist das favorisierte Konzept eines Wettbewerbsföderalismus und der autonomen Verwendung der finanziellen Ressourcen (Steuern) im eigenen Territorium, denn damit lässt sich eine legal Trennung zwischen reichen und armen Regionen ohne bewaffneten Konflikt durchsetzen.

Die Bewertung der AN macht, wie bereits 1994, die meisten Probleme. Sie als neofaschistisch zu bezeichnen geht vielen häufig schon zu weit. Statt dessen wird sie gerne als rechtskonservativ oder postfaschistisch definiert. Üblicherweise verbirgt sich dahinter sowohl eine mangelnde Kenntnis über die Partei im speziellen als auch des italienischen Faschismus im besonderen. Bis heute wird nicht zur Kenntnis genommen, dass die AN ideologisch und strukturelle im Kern identisch mit dem bereits 1946 gegründeten Movimento Sociale Italiana (MSI), der ältesten neofaschistische Partei in Europa, ist. Die modern ausgerichteten Kader um Fini haben der Partei ein neues Gesicht verschafft und werden in der zukünftigen Regierung mit den entsprechenden Posten versehen. Fini selbst wird neben Berlusconi stellvertretender Ministerpräsident und möglicherweise Innenminister, wobei der autoritäre Habitus der Partei sicher noch für einige Probleme sorgen wird.

Das Konglomerat aus Unkenntnis und Perspektivlosigkeit hinsichtlich der thematischen Abgrenzung zu modernen rechten Parteien, die sich nicht nur an den klassischen Kriterien wie Antisemitismus, Rassismus, Blut- und Boden-Ideologien sowie außen- und innenpolitische Aggressivität messen lassen, begründet die Sprachlosigkeit der modernen Gesellschaft und ihrer politischen Vertreter gegenüber den Entwicklungen in Italien, Österreich oder wahrscheinlich demnächst in Ungarn. Alles in allem scheint die europäische Politik darauf zu setzen, mit Aufforderungen der EU-Kommission und anderer politischer Vertreter, den minimalen Konsens der Demokraten auch wirklich einzuhalten, dem Problem der Rechtsentwicklung beikommen zu wollen. In ganz anderer Hinsicht wird der Wahlsieg von den konservativen Parteien in Europa interpretiert. Zwar ist die Freude bisher noch verhalten, aber an Italien zeigt sich, wie nach ihrer Ansicht die sozialdemokratische/sozialistische Dominanz in Europa gebrochen werden kann: im Bündnis mit modernisierten rechtsextremen Parteien unterschiedlicher Zuschnitts.

[1] Christian Christen: Italiens Modernisierung von Rechts – Berlusconi, Bossi und Fini oder die Zerschlagung des Wohlfahrtstaates. Herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Karl Dietz Verlag Berlin.


Hier gibt´s die Enough:
Carl v. Ossietzky Buchhandlung: Heiligengeistweg 9, 24937 Flensburg
SUBVERT Plattenladen: Norderstr. 41, 24939 Flensburg
Infoladen Beau Rivage: Hansastraße 48, 24118 Kiel
Zapata Buchhandlung:Jungfernstieg 27 und Medusastraße 16, Kie
Subrosa: Elisabethstraße, 24143 Kiel
Trau Dich: Holtenauer Straße 92, 24105 Kiel
Peter Panther Buchladen: Zingelstraße 12, 25704 Meldorf
Info Café: AJZ, Neumünster
Café Brazil und VEB: alternative, Willy-Brandt-Allee, 23554 Lübeck
Infoladen im Akzent: Fleischhauerstr. 32, 23552 Lübeck
Inihaus: Turmstr. 14, 23843 Bad Oldesloe
Autonomer Infoladen: Soziales Zentrum, Ulzburger Straße 6a, 22850 Norderstedt
Schwarzmarkt: Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg
VVN/BdA Hamburg: Hein Hoyer Str. 41, 20359 Hamburg
St. Pauli-Fanladen: Thadenstr. 94, 22767 Hamburg
Buchladen : Osterstraße156, 20255 Hamburg
Buchhandlung im Schanzenviertel: Schulterblatt 55, 20357 HH
B5 (Info-)Café: Brigittenstraße 5, 20359 Hamburg
Miteinanderleben e.V.: Lohgerbergang, 23879 Mölln
Neue Abobestelladresse:
Abobestellungen an:
rat – reihe antifaschistischer texte
c/o Schwarzmarkt
Kleiner Schäferkamp 46
20357 Hamburg
Ein Abo kostet DM 25,- für 4 Ausgaben.
Lieferung nur gegen Vorkasse.